

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



1. Mai 1987
Jg. 8 Nr. 9

G 7756 D

Preis:
2,50



Tarifabschluß Metall: Grünes Licht für Flexibilisierung – Aktienkurse steigen
Seite 4



Türkei: Bericht über anwachsenden Widerstand in der Türkei und Türkisch-Kurdistan
Seite 12



SPD-Parteivorsitz: In der Verfolgung der RAF hat der neue SPD-Vorsitzende Vogel gezeigt, zu was er fähig ist
Seite 19

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben von der Bundesdelegiertenkonferenz des BWK, 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon 0221/216442
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon 0221/211658.

Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Tarifabschluß Metall: Grünes Licht für Flexibilisierung – Aktien steigen	4
Chemie-Tarife 87: Differenzierung und niedriger Abschluß?	7
Papst-Besuch: „Euer Lohn im Himmel wird groß sein“	7
Landtagswahl Rheinland-Pfalz: Parteien setzen auf Mittelstandsförderung	8
Osthandel: Westschulden des RGW stark gesunken, BRD-Monopole wünschen neue Geschäfte	9
Südafrika/Azania: „Die Situation der Hausangestellten ist die modernisierte Sklaverei“	10

Auslandsberichterstattung

Türkei: Bericht über anwachsenden Widerstand in der Türkei und Türkisch-Kurdistan	12
Die Özal-Regierung unterdrückt die Studenten	13
Südafrika / Azania: Entwicklung des Mietboykotts	13
VR Polen: Wirtschaftsreform nimmt beunruhigende Ausmaße an	14
US-Demonstrationen: Gegen Rassismus, Armut, aggressive Außenpolitik	14
Brasilien: Massenstreiks gegen Lohnsenkungen	15
VR China: Volkskongreß kritisch, aber Wirtschaftskurs unverändert	15
Internationale Meldungen	16

Aus Verbänden und Parteien

Veröffentlichungen:	
Ratgeber für die Bundeswehr	18
Nützlich für Konzernkritik	18
Kritik an der AIDS-Politik der Bundesregierung	18
Enthüllungen über EDV-Einsatz	19
SPD: In der Verfolgung der RAF hat Vogel gezeigt, zu was er fähig ist	19

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten	21
--	----

Austritte aus der SPD CSU jetzt stärkste Fraktion

Dem Parteiaustritt der beiden Münchner SPD-Stadträte D. Henkel und P. Kripp ist eine herbe Abstimmungsniederlage der SPD und der Grünen in der Personalentscheidung für den neuen Kreisverwaltungsreferenten (Ordnungsamt, Ausländerbehörde usw.) vorausgegangen. Vier bis heute noch unbekannte Stadträte der SPD haben dem CSU-Kandidaten ihre Stimme gegeben.

Die CSU ist jetzt mit 35 Mandaten die stärkste Partei und zusammen mit der FDP und den beiden ausgetretenen Stadträten besitzt der bürgerliche Block jetzt eine Mehrheit. Auch wenn bisher die großen stadtpolitischen Entscheidungen – Mehrjahresinvestitionsprogramm, Finanzplan und Haushalt '87 – gemeinsam von der CSU, der FDP und SPD getragen worden sind, ist eine neue Situation entstanden. Die CSU und die FDP brauchen jetzt noch weniger Rücksichten auf Interessen der arbeitenden Klassen zu nehmen. Die Niederlage der CSU bei den Kommunalwahlen 1984 ist noch während der Legislaturperiode ins Gegenteil verwandelt worden. Bei den nächsten Kommunalwahlen im Jahre 1990 werden die Republikaner – wie schon angekündigt – den rechten Rand des bürgerlichen Blocks noch verstärken. Die SPD und die Grünen sind nicht in der Lage, diese Entwicklung zu stoppen. Die sozialistische Opposition wird sich verständigen müssen. – (dil)

Reaktion tobt über Linnas-Auslieferung

Die USA haben den von einem sowjetischen Gericht in Abwesenheit zum Tode verurteilten Nazi Karl Linnas an die Sowjetunion ausgeliefert. Linnas hat in einem estnischen KZ Tausende von Menschen jüdischen Glaubens ermordet. Aufgrund der von den sowjetischen Behörden vorgelegten Beweise hat ein amerikanisches Gericht Linnas die US-Staatsbürgerschaft aberkannt, weil er sich diese durch Verschweigen seiner Rolle im NS-Staat erschwiegen habe. Danach haben sich nach Angaben der US-Behörden verschiedene Staaten – darunter die BRD – geweigert, Linnas aufzunehmen. Gegenüber dem Argument von Linnas, er sei in der Sowjetunion seines Rechtes auf einen fairen Prozeß beraubt erklärte das amerikanische Gericht: „Dieser Appell an die Menschlichkeit, eine Menschlichkeit, die er schwer, gefühllos und ungeheuerlich verletzte, geht wirklich gegen den Anstandssinn dieses Gerichtes“.

Die „WELT“ bezeichnet den Vorgang als „Schande aller Rechtsstaaten“. Sie kommentiert: „In der Sowjetunion erwartet Linnas eine Feme-Justiz von Leuten, die um kein Haar besser sind als er (gewesen sein soll, laut Anklage).

Der Unterschied zwischen Linnas und denen, die ihn verdammen, sollte darin bestehen, daß sie keine den seinen Methoden vergleichbaren anwenden noch deren Anwendung zulassen.“ (22.4.87, S. 2)

Dieser Kommentar ist Teil der als „Historikerdebatte“ bezeichneten Pressekampagne, in deren Verlauf verschiedene Professoren die These vertraten, der Faschismus sei eine Reaktion auf den „Terror des Bolschewismus“ gewesen. Oder – wie F.J. Strauß (vgl. „Bayernkurier“, 29.11.86, S. 22) aus-



führte: „Wir wollen jetzt nicht in der Barbarei oder ihrer Bewältigung fortfahren, wir wollen ein Zeitalter der Humanität, der Freiheit und des Rechtes aufbauen für alle Menschen in ganz Deutschland und ganz Europa, und darum kämpfen wir gegen das sowjetische Machtsystem.“

Hierzu paßt auch die in einigen Zeitungen verbreitete Falschmeldung, die Sowjetunion erwäge, der Freilassung von Rudolf Heß zuzustimmen. Die Regierung der UdSSR hat diese Behauptung dementiert. – (tob)

Grüner Beckmann für reaktionäre Programmatik

Der stetige Druck und die mehr oder weniger verhüllten Drohungen mit strafrechtlicher Verfolgung, die von den Regierungsparteien gegenüber den Grünen ausgehen, zeigen Wirkung. Beckmann, bis Anfang Mai noch Vorstandssprecher der Grünen, will eine neue Programmdebatte unter den Grünen anzetteln: „Es muß zu einem integrierten Bestandteil unserer Strategie werden, auf allen Ebenen der Politik Tolerierungs- und Koalitionsgespräche mit der CDU nicht auszuschließen. Mit der heutigen CDU ist dies nicht möglich. Wir müssen in den nächsten Jahren gezielt daran arbeiten, in der CDU die Voraussetzungen für solche Gespräche zu schaffen. Hierzu bedarf es einer grundlegenden Auseinandersetzung mit den Grundwerten des

Christentums und des Liberalismus im Verhältnis zur Realpolitik der CDU und FDP.“ Beckmann meinte, insbesondere die Forderung der Grünen nach ersatzloser Streichung des §218 behindere nähere Freundschaft mit der CDU, und verlangt eine Änderung des Beschlusses der Bundesversammlung der Grünen. Er wünscht eine Debatte über das wahre Christentum und will die alte Diskussion, ob die CDU nun wirklich christlich sei und was sie tun müsse, damit sie es werde, erneut aufgreifen. Beckmann hofft anscheinend, die Grünen könnten mit der CDU über Moralvorstellungen und Zugeständnissen bei der Strafverfolgung von Abtreibenden und Abtreibern ins Geschäft kommen und dem christlich-reaktionären Lager auf diesem Wege Wähler abspenstig machen. Gleichzeitig stellt er aber noch weitgehendere Grundpositionen der Grünen zu Debatte – denn zu den Grundwerten von Christentum und Liberalismus gehört die freie Marktwirtschaft und die imperialistische Expansion allemal. – (uld)

Demonstration gegen Papstbesuch in Köln

26 Organisationen, Vertretungen und Komitees, darunter BWK, Volksfront und VSP, rufen in Köln auf, im Anschluß an die 1.-Mai-Demonstration des DGB an einer „Anti-Papst-Prozession“ teilzunehmen. Im Aufruf schreiben die Veranstalter:

„An diesem 1. Mai 1987 organisiert die römisch-katholische Kirche ein große Gegenveranstaltung im Müngersdorfer Stadion zur 1.-Mai-Demonstration. Das genau ist Kirchenpolitik in der BRD. Die katholische Soziallehre wird dazu benutzt, eine gewerkschaftliche Organisation der bei der Kirche Beschäftigten zu unterbinden. Für die Mitarbeiter/innen bei der zweitgrößten

Arbeitgeberin im Öffentlichen Dienst gelten keine gewerkschaftlichen Rechte ...

Am Jahrestag der Zerschlagung der Gewerkschaften durch die Faschisten versucht der Papst mit der Seligsprechung eines Opfers der Nationalsozialisten, den Eindruck zu erwecken, als hätte die katholische Kirche Widerstand gegen den Faschismus geleistet. Dabei hat sie seit dem Reichskonkordat 1933 (Anerkennung der faschistischen Machthaber, da sie die Kirche in ihrer Arbeit nicht behindert) offen mit den Nationalsozialisten kollaboriert. Damit versucht im Anschluß an die Historikerdebatte auch die Kirche ihre historische Schuld zu vertuschen ...

Dabei soll niemand von sich behaupten, die Politik und die Moralvorstellungen der katholischen Kirche würden uns eh nicht mehr betreffen. Über die geschürte Katastrophenangst vor Aids versucht die Kirche unter der Kutte der Aids-Vorsorge, die repressive Vatikanmoral wieder hervorzukehren. Damit hat die Kirche die historische Chance, ihre mittelalterlichen Moralvorstellungen gesamtgesellschaftlich – weit über Kirchenkreise hinausgehend – durchzusetzen ...

Die Kirche will die Unterdrückten Glauben machen, daß ihre Lage gottgewollt ist und sie daher auch kein Recht haben, sie zu ändern. Auf diese Weise erstickt sie jeden Glauben daran, daß eine bessere geschaffen werden kann. So erklärt sich der grenzenlose Zynismus, mit dem der Papst in Chile und Kardinal Höffner in Köln auf die brutalen Polizeieinsätze gegen die Demonstranten reagierte, die den Papst auf das Leiden der Menschen unter der Diktatur aufmerksam machen wollten.

Diese Kirche dient den Interessen der Herrschenden!“ – (uld)



Die durch das faschistische Euthanasie- und Zwangssterilisierungsprogramm Geschädigten haben Anfang April einen Verband gegründet, um ihre Forderungen nach Entschädigung und einer Grundrente besser vertreten zu können. Von den Grünen liegen im Bundestag zur Zeit drei Gesetzentwürfe vor, die Renten- und Entschädigungsregelungen für Verfolgte des Naziregimes enthalten. (Drucksachen 11/141, 142, 143) – (uld)

Freudenberg: Betriebsratswahlen als Schritt zur Wahrung der Interessen der Niedrig-Einkommen ... 22

Einzelhandel Bayern: 150 DM mindestens wird gefordert ... 22

Schleswig-Holstein: CDU betreibt Verschärfung des §218 ... 23

GEW: VW-Sprecher wirbt für Flexi-Ausbildungskonzept ... 23

Kommunalhaushalt: Der Zusammenschluß der Opposition erfordert die Kritik der „Konsolidierung“ ... 24

Ostermarsch München: Hoffnung auf Durchbruch bei atomarer Abrüstung ... 25

Wiedergutmachung: Mit 0,5 Mio. DM alle Ansprüche erledigt? ... 25

Krankenpflegeausbildung: Schüler greifen die unzureichenden Ausbildungsbedingungen an ... 26
Tagesablauf auf Station – aus der Sicht einer Vollkraft ... 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung ... 28

Schlesiertreffen Hannover: „Schlesien bleibt polnisch!“ ... 29

Aus Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge

Faschistische Kunst: Die Welt von allem Menschlichen gereinigt ... 30

Kindertagesstätten: Neuere Entwicklungen im Kindertagesstättenwesen ... 31
Resolution zur Pädagogischen Fachtagung der ÖTV-Berlin für Kinder- und Tagesstätten ... 33

Spezialberichte

Behindertenpolitik und „Arbeits-therapie“: „Abends tun einem oft die Beine weh, der Rücken auch“ ... 34
Forschungsbericht von Minister Blüm (CDU) fordert den Ausbau der Arbeitstherapie ... 37
Gegen die Rehabilitierung des NS-Psychiaters Carl Schneider ... 38
Eine eigenständige Schule für Körperbehindert und sogenannte Geistigbehinderte – nach wie vor eine uneingelöste Forderung ... 39
Arbeitstherapie – was Gesunde krank macht, kann Kranke nicht gesund machen ... 39

Titelbild: Karikatur, tis, HH

Tarifabschluß Metall

Grünes Licht für Flexibilisierung – Aktien steigen

Die Einigung im Spitzengespräch zwischen IG Metall und Gesamtmetall und die absehbaren regionalen Tarifabschlüsse werden von allen Seiten als eigener Erfolg reklamiert. So schreibt Franz Steinkühler für den Vorstand der IG Metall von einem „Ergebnis in den Eckpunkten für die diesjährigen Tarifaufinandersetzungen ... das vom Vorstand unserer Organisation als großer Erfolg gewertet wird“. (1) Auf der anderen Seite äußert sich auch Gesamtmetall zufrieden. Ebenso die Bundesregierung, CDU, FDP und SPD. Die Presse findet einige Unwägbarkeiten, hält in der Regel aber den Abschluß für das beste, was passieren konnte. Wer hat nun was von dem Ergebnis?

Die IG Metall bucht auf der Haben-Seite vor allem die eineinhalb Stunden Arbeitszeitverkürzung in zwei Stufen 1988 und 1989. Das sei soviel wie 1984, und diesmal ohne Streik. Damit würden in den nächsten drei Jahren ca. 100000 Arbeitsplätze „geschaffen und gesichert“. Der Abschluß sei ein „Signal“ an die Auszubildenden und die Angestellten, weil die Auszubildenden jetzt in die Arbeitszeitverkürzung einbezogen seien und bei differenzierten Arbeitszeiten („qualifizierte Fachkräfte“) die Zahl 40 als Wochenarbeitszeit jetzt auch gefallen sei. Die Stundenlöhne seien am Ende der Tarifaufzeit in drei Jahren mehr als 12% höher als heute (Lohnerhöhungen 1987: 3,7%, 1988: 2%, 1989: 2,5%; Lohnausgleich für Arbeitszeitverkürzung 1988: 2,7%, 1989: 1,4%).

Diese Beurteilung klammert die Gesamtheit der Wirkungen bei der Arbeitszeit und den Einkommen aus und ist deshalb einseitig und unzutreffend. Bei näherer Betrachtung zeigt sich, daß die Kapitalisten wichtige Zielpunkte erreicht haben.

Sie haben günstige Bedingungen für die weitere Rationalisierung und Intensivierung der Arbeit. Drei Jahre haben sie Zeit, zwei kleine Stufen von Arbeitszeitverkürzung aufzufangen. Anhaltspunkte zur Abwehr von Arbeitsverdichtung in den Tarifabschlüssen zeichnen sich nicht ab. „Da lohnt sich schon die Planung von Rationalisierungsinvestitionen oder die Reform der Arbeitsorganisation“, freut sich der



Mit dem Spitzengespräch hat der IGM-Vorstand unter Franz Steinkühler erstmals zentral verhandelt, statt regional, wie es seit den Septemberstreiks 1969 üblich gewesen war.

Kommentator des Handelsblatts. (2)

Die Flexibilisierung der Arbeitszeit ist im Abschluß bestätigt und noch erweitert. Sie war in dieser Tarifbewegung umkämpft. Die Kräfte, die gegen Flexibilisierung aufgetreten sind, waren zwar deutlich mehr, und Forderungen gegen Flexibilisierung wurden erhoben. Eine Kraftprobe in dieser Frage, eine Entscheidung gegen die Flexibilisierung wurde vom Vorstand der IG Metall aber nicht gesucht. Von vornherein war eine – dosierte – Flexibilisierung als Preis für Arbeitszeitverkürzung akzeptiert. In diesem Sinn hat sich Franz Steinkühler auf dem Gewerkschaftstag und danach gegen die Beschränkung der Maschinenlaufzeiten gewandt und sogar für ihre Ausdehnung geworben: Die Maschinen müßten länger als 40 Stunden arbeiten, damit die Menschen kürzer arbeiten können. Entsprechend ist die Sache ausgegangen.

Der Zeitraum, in dem die regelmäßige Arbeitszeit im Durchschnitt erreicht werden muß, wurde verdreifacht, statt zwei jetzt sechs Monate. Dazu der Präsident von Gesamtmetall, Stumpfe: „Das halte ich für einen ganz wesentlichen Fortschritt. Das gibt uns jetzt die Möglichkeit, über ein volles halbes Jahr zu flexibilisieren“. (2) Das heißt, liegt viel Arbeit an, kann die Tages- oder Wochenarbeitszeit monatelang an der oberen Grenze gehalten werden, ohne daß zuschlagspflichtige Mehrarbeit anfällt. Geht der Arbeitsanfall zurück oder kommt es zu Ausfällen an Produktionsanlagen, können die

SPD drängt Zimmermann beim Ausländergesetz

„Klare gesetzliche Regelungen“ über die Ausweisung ausländischer Lohnabhängiger, eine weitere Erschwerung der Einreise und eine Einschränkung von Ausweisungen nur dann, wenn ein Ausländer mit einem deutschen Staatsbürger verheiratet ist oder wenn ein ausländisches Kind in der BRD geboren wurde und seit 15 Jahren hier lebt – das sind die Forderungen der SPD an ein neues Ausländergesetz. Dr. Herta Däubler-Gmelin, stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion der SPD, und der hessische Ex-Innenminister Winterstein trugen sie auf einer Pressekonferenz am 14. April vor. Demagogisch behaupteten beide, die Absicht der Bundesregierung mit ihrem neuen Ausländergesetz stehe „in den Sternen“, die ausländischen Lohnabhängigen müßten endlich „langfristig planen können“ und bräuchten des-

halb ein neues Gesetz. Damit kündigt die SPD ihre Bereitschaft zur Mitarbeit an einer weiteren Verfestigung der Unterdrückung ausländischer Lohnabhängiger in der BRD an. Sie verlangt nicht einmal das kommunale Wahlrecht für Ausländer. Das wird Zimmermann zu einem noch schärferen Ausländerrecht ermutigen. – (rül)

Zwangsumsiedlungen in Kurdistan „freiwillig“?

Für die Bundesregierung sind gewaltsame Umsiedlungen kurdischer Bauern „freiwillig“ und deshalb kein Grund für Sanktionen gegen die türkische Regierung. Das hat Staatsminister Schäfer vom Auswärtigen Amt am 30.3. erklärt. Der SPD-Abgeordnete Duve hatte gefragt, wie die Bundesregierung zu der von der Regierung veranlaßten Umsiedlung von 50000 Kurden in der Provinz Dersim (s. Politische Berichte 7/87, S. 15) stehe, ob diese Umsiedlungen zwangsweise er-

folgten und welche Maßnahmen die Bundesregierung ergreifen wolle. In ihrer Antwort beruft sich die Bundesregierung auf eine Erklärung der – der Sozialistischen Internationale nahestehenden – „türkischen sozialdemokratischen Volkspartei (SDVP)“, wonach die Umsiedlung angeblich weitgehend „freiwillig“ erfolge. Kurdische Organisationen hat die Bundesregierung nicht befragt. Das hätte die behauptete „Freiwilligkeit“ der Aktion sofort widerlegt. (Bt-Ds. 11/140 – rül)

Pöhl (SPD) soll Bundesbank-Chef bleiben

Bundesbankpräsident Pöhl (SPD) soll nach Auslaufen seiner Amtszeit 1988 für weitere acht Jahre Bundesbankpräsident bleiben. Darauf scheint sich die Bundesregierung verständigt zu haben. Pöhl war vor seiner Berufung zum Bundesbankpräsident Staatssekretär im Finanzministerium unter Matthöfer. An der Regierung Kohl hat er nie Kri-



Die Mobilisierung bei den Warnstreiks war gut, wo sie gegen die Flexibilisierung wie Wochenend-, Schicht- und Saisonarbeit gerichtet war.

Leute nach Hause gehen. Es scheint nicht einmal ausgeschlossen, daß in den regionalen Tarifverträgen betriebliche Öffnungsklauseln für die Verlängerung der regelmäßigen Tagesarbeitszeit über acht und der Wochenarbeitszeit über 40 Stunden hinaus aufgenommen werden. Damit wäre die Saisonarbeit betrieblich perfekt. Die zu erwartende Ersetzung des Stundenlohns für Arbeiterinnen und Arbeiter durch Monatslohn würde nur wenig helfen. Das Recht der Kapitalisten, die Arbeitszeit entsprechend ihren Interessen flexibel zu gestalten, wäre auf jeden Fall gestärkt.

Beim Samstag, über den regional noch gestritten wird, ist ein ähnliches Ergebnis zu erwarten. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß es – teils auf der tariflichen Ebene für bestimmte

Beschäftigtengruppen, teils auf betrieblicher Ebene mit Zustimmung des Betriebsrats – Öffnungen geben wird. Die Kapitalisten könnten damit ihre jeweiligen Belegschaften und Betriebsräte unter Druck setzen und den Samstag oder einen Teil des Samstags zum Regelarbeitstag machen.

Dadurch kommt auch der Urlaub moralisch und ganz praktisch unter Druck. Mit der Halbjahresarbeitszeit setzen die Kapitalisten betrieblich auch Maßstäbe, wann Urlaub zu nehmen ist und wann nicht. Mit dem Samstag als betrieblichem Regelarbeitstag ginge zwangsläufig ein Teil des Urlaubs für Bemühungen drauf, das eine oder andere Wochenende aus zwingenden Gründen zusammenhängend freizukriegen.

Nutznießer der erweiterten Flexibi-

lisierung sind vor allem die Konzerne, nicht die Klein- und Mittelbetriebe, wie Gesamtmetall weismachen will. Die Konzerne sind die Preisboxer der Flexibilisierung, der Saisonarbeit, der Schicht-, Samstags- und Sonntagsarbeit. Es ist kein Zufall, daß der Ausgang des Spitzengesprächs gerade die Aktien von Daimler-Benz, BMW und Siemens stark anziehen ließ. Die Kapitaleigentümer dieser Konzerne finden ihre Interessen wieder. Klein- und Mittelbetriebe interessieren nur als möglichst flexible Anhängsel der Großen.

Bei den Löhnen und Gehältern sind alle Elemente von Besserstellung der unteren Einkommensgruppen vermieden. Nicht einmal die früheren Einmalzahlungen wurden vereinbart. Dazu kommen sehr niedrige Lohnerhöhungen in 1988 und 1989. Zumindest in den unteren Einkommensbereichen werden die Reallöhne wieder sinken. Und dann werden die Kohl, Blüm und Bangemann auftreten und erklären: „Ihr seid halt selber schuld, leistet mehr, qualifiziert euch ...“ Franz Steinkühler will den Abschluß unbedingt als „Signale“ an die verschiedenen Beschäftigtengruppen verstanden wissen: Für die Beschäftigten der unteren Einkommensgruppen, die auch diesmal wieder die gewerkschaftlichen Aktionen getragen haben, verheißt sie nichts Gutes. Deren Interessen rangieren im Abschluß und – wie zu befürchten ist – im ganzen Konzept des Franz Steinkühler unter „ferner liefen ...“

Richtig überschwänglich werden die Bürgerlichen bei der dreijährigen Laufzeit der Tarifverträge. „Drei Jahre Ruhe an der Tariffont, das ist schon ein einmaliges Ereignis in der deutschen Tarifgeschichte“, schwärmt der schon erwähnte Kommentator des

tik geäußert, ihre Haushaltspolitik stets unterstützt. Kohl und den Kapitalisten dient er so als Vorbild: solche Sozialdemokraten, die den Kapitalisten bei ihren Angriffen gegen die Lohnabhängigen dienen, ohne zu mucken, wünschen sie. – (rül)

Minister Möllemann denkt über BAfÖG nach

Bundesbildungsminister Möllemann (FDP) will Ende Mai ein Konzept zur Ausbildungsförderung vorlegen. Seit 1982 ist das Schüler-Bafög weitgehend abgeschafft und Studenten werden nur noch Darlehen gezahlt. Der Anteil der Bafög-Bezieher an der Studentenschaft ist inzwischen auf ca. 20% gesunken. Die Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) fordern ein darlehensfreies Stipendium in Höhe von 1000.-DM im Monat. Das Deutsche Studentenwerk schlägt vor, das Bafög in den ersten Semestern wieder als Zuschuß zu zahlen, in den

folgenden Semestern weiter als zinsloses Darlehen. Außerdem sollte der Mittelstand stärker berücksichtigt werden. Der RCDS fordert Beschränkung des Darlehens auf einen Sockelbetrag von 350 DM und Zahlung des Restes als Zuschuß. Studentenwerk und RCDS schlagen für Studenten höherer Semester die Einführung verzinsster Darlehen vor. Die CDU will ein durch Steuererlässe stark subventioniertes „Bildungssparen“ für Besserverdienende einführen. Möllemann will auf jeden Fall eine Reform ohne finanzielle Mehrbelastungen für den Staatshaushalt. – (tob)

BRD-Frankreich: geheimes Polizeiabkommen

Am 8. April unterzeichneten BRD-Innenminister Zimmermann und Frankreichs Innenminister Pasqua ein Abkommen über die polizeiliche Zusammenarbeit zwischen der BRD und Frankreich. Laut Pressemitteilung des

Innenministerium umfaßt das Abkommen formell alle Bereiche der sogenannten Inneren Sicherheit. Aus der Mitteilung ist zu entnehmen, daß der westdeutschen Polizei künftig erlaubt ist, als „Verbindungsbeamte“ in Frankreich zu fahnden, BRD-Fahndungsplakate in Frankreich zu verbreiten und bei Ermittlungsverfahren in Frankreich mitzuwirken. Der Rechtshilfeverkehr zwischen Frankreich und der BRD soll vereinfacht und beschleunigt werden. Der Wortlaut des Abkommens ist geheim. Anscheinend will Zimmermann unter Umgehung von verfassungsmäßigen Institutionen wie dem Kabinett und dem Parlament die internationale Tätigkeit der westdeutschen Polizei- und Geheimdienste ausweiten. Zu vermuten ist, daß die Vereinbarungen im ganzen auch entsprechend geheimhaltungsbedürftig sind und selbst gegen die wenigen bestehenden Rechtsgrundsätze verstoßen. (Innenpolitik, Nr. II, III, IV/87 – uld)



Die Kampagne für 35-Stunden-Woche konnte die Auflösung des Arbeitszeitschutzes durch Flexibilisierung nicht verhindern. Die Arbeiterbewegung muß mit dem Kampf für eine bessere gesetzliche Arbeitszeit einen Halt schaffen.

Handelsblatts. Es ist zu erwarten, daß die Kapitalisten durch gezielte Inflation die niedrigen Lohnerhöhungen ganz entwerten, während die IG Metall auf den Tariffrieden verpflichtet ist. Ein Hindernis für neuerliche Inflation hat die Bundesregierung schon aus dem Weg geräumt: die Unzufriedenheit besser gestellter Leute über inflationsbedingte Steuererhöhungen. Die Steuerreformen sorgen dafür, daß auch bei kräftiger Inflation und nominaler Einkommenssteigerung dort noch gehörig Steuerersparnis übrigbleibt.

Die dreijährige Laufzeit ist auch wie geschaffen für eine große Expansion der BRD auf dem Weltmarkt. Der Abschluß ist billig und die Arbeitszeit flexibel, und die IG Metall gibt drei Jahre bei Lohn und Arbeitszeit Ruhe. Tarifbewegungen mit ihren Ansprüchen und Forderungen schwächen die Pro-

paganda von Betriebsgemeinschaft und vom Volksganzen, das sich gegen den Rest der Welt behaupten muß. Das bleibt den Kapitalisten jetzt eine geraume Zeit erspart.

Schließlich findet auch die Bundesregierung für die Realisierung ihres Programms verbesserte Bedingungen. Die absehbare Einkommensentwicklung verschafft ihrer spalterischen „leistungsgerechten“ Steuerpolitik Boden. Die Stärkung der Flexibilisierung erleichtert die reaktionäre Novellierung der gesetzlichen Arbeitszeit, die noch für dieses Jahr geplant ist. Drei Jahre Tarifzurückhaltung der IG Metall schaffen den Reaktionären auch mehr Spielraum für die anderen „großen“ Umgestaltungen bei den Renten und der Krankenversicherung. Manche bürgerlichen Kommentatoren gehen soweit, den Tarifabschluß in dieser Hin-

sicht in eine Reihe mit dem Bundestags- und dem Hessenwahlergebnis zu stellen.

Auf die Belegschaften und Betriebsräte kommen schwierige Auseinandersetzungen um die Flexibilisierung und Differenzierung zu. Der Widerstand der Belegschaften und Betriebsräte muß unterstützt werden. Dringend nötig wäre, daß er Rückendeckung durch eine politische Initiative der Arbeiterbewegung in der BRD zur gesetzlichen Arbeitszeit erhielte, die sich gegen deren geplante Verschlechterung wendet und eine Verbesserung verlangt.

Quellen: (1) Vereinbarung von IGM und Gesamtmetall und Stellungnahmen in: Nachrichtendienst der Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie, 2.5.87; (2) Handelsblatt, 23.4.87 – (rok, ros)

Regierung prüft Haftung für Volkszählungsboykott

Mit Zwangsgeldern, die in die Millionenhöhe gehen können, will die Bundesregierung die Bewegung für Boykott der Volkszählung das Rückgrat brechen. Aus einigen Antworten des Innenministeriums auf kleine Anfragen ist zu entnehmen: Die Regierung prüft derzeit, wie sich in Mark und Pfennig angeben läßt, welcher „Schaden“ Bund, Ländern und Gemeinden aus Boykott der Volkszählung entstehen. Ihre Absicht ist, wenn irgend möglich auf das Urteil gegen den Verband der Fluglotsen von 1978 zurückzugreifen. Damals war der Verband zur Zahlung von Einnahmeausfällen der Lufthansa verurteilt worden, weil er die Dienstaufsicht-Vorschrift-Aktionen der Fluglotsen durch seine Öffentlichkeitsarbeit unterstützt hatte. Eine Haftungspflicht für hoch bezifferte Schäden könnte dann gegen alle Verbände geltend

gemacht werden, die zum Boykott der Volkszählung aufrufen. Außerdem drängt die Regierung die Strafverfolgungsbehörden der Länder, gegen alle Aufrufe und Maßnahmen zur Beschädigung oder Vernichtung von Erhebungsbögen wegen Aufruf zu Straftaten, Urkundenunterdrückung und Sachbeschädigung zu verfolgen. (Btdrs. Nr. 11/97 – uld)

Engelhard will „Bagatelldelikte“ schärfer verfolgen

Die neueste Kriminalstatistik weist weiterhin einen hohen Anteil von Diebstahl aus – etwa 60% der gut 4 Millionen in der polizeilichen Kriminalstatistik erfaßten Gesetzesübertretungen sind Diebstahlsdelikte. Darunter sind die meisten angezeigten Fälle Ladendiebstähle und Einbrüche in Kraftfahrzeuge, einen weiteren, großer „Kriminalitätsbereich“ ist der Versicherungsbetrug durch vorgetäuschte Versicherungsschäden. Die Aufklärungsquote

bei Ladendiebstahl und Versicherungsbetrug, also im Schnitt bei Delikten, die große Kapitalisten treffen, ist mit über 90% überdurchschnittlich hoch. Als Straftäter ermittelte die Polizei überwiegend Jugendliche und Frauen über 50 bzw. Männer über 60, also Leute, deren Einkommen niedrig sind. Justizminister Engelhard erklärte, insbesondere diese „Bagatelldelinquenz“ sei besorgniserregend und müsse künftig noch schärfer verfolgt werden. – (uld)

„Wiederbelebung der WEU“: Türkei will beitreten

Die vor knapp zwei Jahren von der Bundesregierung gemeinsam mit Frankreich eingeleitete „Wiederbelebung“ der WEU entwickelt sich immer deutlicher zu einer gemeinsamen Aggression der westeuropäischen Imperialisten gegen die nordafrikanischen und arabischen Staaten. Die französische Intervention im Tschad und der

Chemie-Tarife 87

Differenzierung und niedriger Abschluß?

Die zentrale Verhandlungskommission und die Entgelttarifkommission der IG Chemie-Papier-Keramik haben ihre Forderungsempfehlung für die diesjährige Tarifaueinandersetzung für die rund 690000 Arbeitskräfte in der chemischen Industrie der Bundesrepublik aufgestellt. Neben dem Abschluß eines Entgelttarifvertrages nach nunmehr sechs Verhandlungsjahren, der in diesem Jahr im Vordergrund stehen soll, empfiehlt die Verhandlungskommission eine Forderung nach Anhebung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen um sechs Prozent bei einer Laufzeit von 12 Monaten. Diese „Forderungsempfehlung“ wird jetzt zunächst von den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten usw. diskutiert. Sie soll am 19. Mai endgültig beschlossen werden. Die ersten Tarifverhandlungen sind am 26.5.

Bei der Ausarbeitung eines Entgelttarifvertrages besteht bereits eine weitgehende Eingung. Die Chemiekapitalisten scheinen sich gegenüber der IG Chemie in wichtigen Punkten durchgesetzt zu haben, was sich allerdings bereits in den Ausgangsforderungen der Gewerkschaft angedeutet hatte. Abkoppeln der tarifierten Niedriglöhne von den Tariflöhnen im Bereich der „Ausgebildeten“ und mehr Entgeltgruppen in diesem Bereich unterhalb des bisherigen Facharbeiterlohns; starke Differenzierung im Facharbeiterbereich, Senkung des Tarifgehalts für Teile der kaufmännischen Angestellten bei „Besitzstandswahrung“, d.h. Lohnsenkung auf Zeit – so lassen sich die Minuspunkte des bisherigen Verhandlungser-

gebnisses in etwa zusammenfassen (siehe Politische Berichte Nr. 2/87)

Zu den offenen Punkten gehöre laut „gewerkschaftspost 4/87“ „insbesondere die Entgeltgarantieregelung – das heißt eine Regelung über das Heranführen der Löhne der gewerblichen Arbeitnehmer an die Angestelltegehälter bei vergleichbarer Tätigkeit wie auch der Gehälter der kaufmännischen Angestellten an die entsprechenden Gehälter der technischen Angestellten“. Die Tarifkommission fordere die volle geldliche Gleichstellung dieser Gruppen in der Endstufe eines Stufenplans und wolle der geforderten Absenkung des Tarifniveaus bei den technischen Angestellten auf keinen Fall zustimmen. Wobei allerdings festgehalten werden muß, daß die Ausgangsforderung, die alle Tätigkeiten mit drei- bzw. dreieinhalbjähriger Berufsausbildung für „vergleichbar“ hält, bereits nicht mehr besteht – zugunsten einer Höherbewertung von Tätigkeiten mit Fremdsprachenkenntnissen, höherem Abstraktionsgrad usw., d.h. zugunsten der Kopf- und zuungunsten der Handarbeit. Ebenso ist über die maximale Länge des auszuhandelnden „Stufenplans“ nichts festgelegt. Die Kapitalisten fordern zehn Jahre, was die gewerkschaftliche Handlungsfähigkeit stark einengen würde.

Der Hauptgeschäftsführer des hessischen Arbeitgeberverbandes Chemie, Friedrich Karl Janert, läßt verlauten, daß zwar eine gemeinsame Entgeltordnung mit einem gemeinsamen Gruppensystem und mit gemeinsamen Regeln für die Staffelung der Entgeltsätze für alle regionalen Tarifbezirke entstehe, daß allerdings die bestehenden Einkommensdifferenzen bestehen bleiben werden und es keinen „Bundestarif von Flensburg bis München“ geben werde. Einen Ausbau der bestehenden regio-

nalen Lohndifferenzierung behalten sich die Chemiekapitalisten also vor.

Der Bundesarbeitgeberverband Chemie erklärt, daß die beim Entgelttarifvertrag entstehenden „materiellen Probleme“ (sprich Kosten) nur in Verbindung mit der allgemeinen Lohn- und Gehaltsentwicklung gelöst werden könnten. Deshalb seien die zentralen Verhandlungen gewählt worden. Diesen offen angedrohten „Abstrichen“ – mit denen ja insbesondere die unteren Einkommen zum zweiten Mal getroffen würden, denn ihnen bringt ja schon der Entgelttarifvertrag nichts, jedenfalls nichts Gutes – ist die IG Chemie bisher nicht entgegengetreten. Vielmehr soll es sogar bei der Erörterung der „Forderungsempfehlung“ Stimmen gegeben haben, die von einer Tarifforderung in 1987 ganz absehen wollten zugunsten eines günstigen Entgelttarifvertragsabschlusses. Dagegen die Kritik und Polemik zu entwickeln und auf einem hohen Tarifaufschluß zu bestehen, ist auf jeden Fall richtig.

– (mio)

Papst-Besuch

Euer Lohn im Himmel wird groß sein

Der Papst wandte sich über das Fernsehen an die Bevölkerung der BRD und stimmte sie auf seinen Besuch ein. Bemerkenswert ist die Tendenz hin zum politischen Katholizismus, zur Verbindung von Politik und Religion. Der Papst nutzt die Tatsache, daß das Wüten der Nationalsozialisten sich auch gegen solche Gegner richtete, die katholisch waren, um den Katholizismus mit einer Aura des Antifaschistischen, Antireaktionären zu umgeben.

von dort aus betriebene Zermürbungskrieg gegen libysche Truppen ist schon mehrfach von der WEU offiziell unterstützt worden. Nun hat die türkische Regierung einen Aufnahmeantrag an die WEU gestellt. Ein solcher Beitritt zur WEU wäre der erste rein „europäische“ Militärpakt mit der Türkei und eine große Bedrohung der arabischen Völker und Griechenlands. Die griechische Regierung will einen türkischen Beitritt in die EG bekanntlich mit einem Veto blockieren. Der WEU gehört Griechenland gar nicht an. Vor allem aber richtet sich der türkische Beitrittsantrag gegen das kurdische Volk. Sein Befreiungskampf soll mit WEU-Hilfe unterdrückt werden. Eine Billigung des türkischen Antrags durch die WEU, darunter führend die BRD und Frankreich, käme einer gemeinsamen Kriegserklärung der in der WEU vereinten westeuropäischen Imperialisten gegen den kurdischen Befreiungskampf gleich. – (rül)



Die türkische Regierung wird Bundespräsident von Weizsäcker mit dem „Atatürk-Friedenspreis 1987“ auszeichnen. Welche Sorte „Friedenspolitiker“ die Junta auszeichnen will, konnte man 1986 schon sehen, als der frühere NATO-Generalsekretär Luns den ersten Preis erhielt. Von Weizsäcker bekam ihn nun, weil er nach dem Militärputsch von 1980 als erstes Staatsoberhaupt der NATO 1985 die Türkei besuchte und damit die internationale Reputation des terroristischen Regimes aufbessern half. – (rül)

Das nachstehend dokumentierte „Wort zum Sonntag“ zeigt, wie. Zentral ist darin der Begriff der Grausamkeit, der sündiges Verhalten des Einzelnen umschreibt. Die Ursache des Nationalsozialismus ist so längst klar: sie liegt in der Sündhaftigkeit, der Glaubenslosigkeit und Glaubensferne des Menschen. Der Papst lenkt ab von den Interessen, von den Motiven. Aus seinen Äußerungen kann man erschließen, daß der Zweck nicht die Mittel heiligt und das für fortschrittlich halten; aber seine Äußerungen vertuschen, daß die Mittel des Faschismus genau zu seinen Zielen paßten und gehörten, ja sich aus der Verfolgung von Zielen ergaben, wie sie in Kirchenkreisen geschätzt wurden und werden. Ruhe, Ordnung, Ausrottung des Kommunismus.

Der Zweck der Übung dürfte sein, dem christlichen Zweifeln an der kapitalistischen Gesellschaft, an dem Imperialismus, den sie hervorbringt, und an dem Faschismus, zu dem sie tendiert, den wahren Gegenstand, das wahre Ziel vorzuhalten: den eigenen Wandel, die eigene Seele und – lest es nur – knallhart den Himmel als Lohn. Frau Stein, im KZ ermordet, findet im Himmel großen Lohn. Hitler befindet sich wahrscheinlich in der Hölle und leidet dort. Alles in Ordnung? – (maf)

Liebe Brüder und Schwestern,
Am nächsten Donnerstag komme ich zum zweiten Mal als Bischof von Rom in ihr Land. Darauf freue ich mich. Ich komme als Nachfolger des Apostel Petrus, zu dem Jesus gesagt hat: „Du, Petrus, stärke deine Brüder!“ (Lk. 22.32) Der Glaube, den wir von unseren Eltern empfangen haben, muß immer neu gestärkt werden. Auch der Nachfolger des heiligen Petrus braucht für seinen Dienst in der Kirche die Stärkung durch den Glauben der Gemeinde. Wenn ich zu Ihnen komme, wollen wir gemeinsam unseren Glauben bekennen. Ich werde einige Städte ihres Landes besuchen, unter anderem Köln, München und Münster. Mit diesen Städten verbinde ich die Namen von Glaubenszeugen. Mit Münster: Kardinal von Galen. Er wurde zu Recht der „Löwe von Münster“ genannt. Bewußt hat er sich in der Zeit des Nationalsozialismus für das Leben und gegen die Tötung von Geisteskranken eingesetzt. In München werde ich Pater Rupert Mayer seligsprechen, wodurch dieser mutige Bekenner, vorbildliche Priester und Apostel der Nächstenliebe den Gläubigen zur Verehrung und Nachahmung vorgestellt wird. „Seid einig, wenn ihr um meinetwillen verfolgt werdet“, hat Jesus gesagt. „Freut euch, eurer Lohn im Himmel wird groß sein“ (Lk. 5.11f.) Selig ist auch die Philosophin Edith Stein. Sie stammte aus einer jüdischen Familie in Breslau und hat als Schwester Theresia Benedicte a Cruce einige Jahre im Kölner Karmel gelebt. Sie hat an Jesus geglaubt, an Jesus den Messias,

den Heiland, den Erlöser der Welt. In ihm hat sie den letzten Sinn ihres Lebens gesucht und gefunden. Ihr Leben und ihr Sterben hat sie verstanden als Teilhabe am Kreuz Jesu. Wie Jesus hat sie sich dem himmlischen Vater rückhaltlos ausgeliefert und seiner Liebe anvertraut. Sie ist umgebracht worden als katholische Jüdin im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau. In Auschwitz wurde auch mein Landsmann Pater Maximilian Kolbe ermordet. Als Erzbischof von Krakau habe ich oft vor der Todesmauer gestanden und bin zwischen den Trümmern der Krematorien von Birkenau umhergegangen. Ich habe mich immer wieder gefragt: „Wo liegen die Grenzen des Hasses – die Grenzen der Vernichtung des Menschen durch den Menschen – die Grenzen der Grausamkeit?“

Landtagswahl Rheinland-Pfalz

Parteien setzen auf Mittelstandsförderung

Im rheinland-pfälzischen Landtag sind die CDU mit 57 und die SPD mit 43 Sitzen vertreten. Das Bundestagswahlergebnis deutet den Einzug von FDP (1983: 3,5%) und GRÜNEN (1983: 4,5%) bei den Landtagswahlen am 17. Mai an, während die CDU in ländlichen Gebieten (1983 bis zu 69,9%) die höchsten Verluste hatte. Alle Parteien legen deswegen Gewicht auf die Einbindung von werktätiger Intelligenz, besonders aber von Bauern, Winzern und Kleinunternehmern in ihre Konzeptionen.

In ihrem Wahlprogramm verlangt die CDU für kleine Winzerbetriebe: Durchsetzung deutscher Interessen und Neuordnung der EG. Für das Kleinunternehmertum und auch die werktätige Intelligenz werden angeboten: mittelstandsorientiertes Technologieprogramm, Technologietransfer, Ausbau von Fort- und Weiterbildung, Begabtenförderung. Im Hinblick auf diese soziale Basis und aufbauend auf das in 16 Jahren CDU-Alleinregierung Erreichte wird ein reaktionäres Gesamtkonzept von Subsidiaritätsprinzip („Wir orientieren uns nicht an Gruppen oder Klassen“) bis zum starken Polizeistaat („Neueinstellung von mindestens einer Hundertschaft pro Jahr bei der Bereitschaftspolizei“) entwickelt.

Die FDP („Privatisierung ernst machen“) und die erstmals kandidierende Freie Wählergemeinschaft („Förderung des heimischen Handwerks“) wenden sich mit Forderungen wie größere Aufstiegschancen für Leistungsträger, Eigenvorsorge in der Sozialpolitik und auch „Arbeitsbedingungen flexibilisieren“ massiv gegen Arbeiterinteressen.

Die GRÜNEN wenden sich deutlich

(J.P.II., Homilie 7.6.1979 KZ Birkenau). Edith Stein hat gesagt: „Niemals darf der Haß in der Welt das letzte Wort haben!“ Wenn ich am Donnerstag zu ihnen komme, dann sollen die Zeugen der Vergangenheit für uns zum Zeichen der Hoffnung werden. Sie sollen uns erinnern an unsere christliche Berufung, Zeugen für Christus zu sein, an unsere Verpflichtung für das Leben und daß jedes Leben lebenswert ist. Deshalb bitte ich Sie, daß wir all unsere Kräfte auf die Sorge um den Menschen, um sein irdisches Wohl und sein ewiges Heil konzentrieren. Und die, die mit mir an Gott, unseren Vater im Himmel, glauben, bitte ich, daß sie sich mit mir vereinen im Gebet um Frieden und Versöhnung. Schon heute segne ich Sie alle von Herzen.

gegen die Umweltpolitik der Konzerne und den weiteren Ausbau des Landes als Militärstandort. Zu den stattfindenden Kämpfen wie z.B. gegen Tiefflugübungen u.ä. ziehen sie leider keine direkte Verbindung. Mit „neue(n) Formen der regionalen Wirtschaftsförderung“ konzipieren die GRÜNEN für ihr Publikum die Förderung von alternativen Wirtschaftsformen wie selbstverwaltete Betriebe, Vereine wie der „Bund ökologischer Moselwinzer“ usw., aber auch freie Schulen, Selbsthilfegruppen usw.

Rechts von der CDU kandidieren NPD, Patrioten und ÖDP. Sie hatten bei den Bundestagswahlen 87 mit zusammen 1,2% überdurchschnittlich abgeschnitten; im Wahlkreis Pirmasens hatten sie sogar 1,9% erhalten. Die NPD will zur Mobilisierung ihr diesjähriges Deutschlandtreffen am 1. Mai in Rheinland-Pfalz durchführen. Die Republikaner haben ihre Kandidatur zurückgezogen.

Das Wahlprogramm der SPD enthält auch Forderungen zu wichtigen Kämpfen in Rheinland-Pfalz, so z.B. die Anwendung des deutschen Tarifrechtes bei den Beschäftigten der NATO-Truppen. Wo er aber zusätzliche Wähler gewinnen will, sagt der SPD-Landesvorsitzende Scharping: „bei Handwerkern und Mittelständlern sowie bei Bauern und Winzern“.

Die ebenfalls kandidierende DKP bezieht sich durchgängig auf die Interessen der werktätigen Klassen und fordert für die Landwirtschaft z.B. den Zusammenschluß von Bauern und Winzern in Genossenschaften.

Quellenhinweis: Wahlprogramme 1987; Handelsblatt v. 23.04.87 – (sth)

Osthandel

Westschulden des RGW stark gesunken, BRD-Monopole wünschen neue Geschäfte

Gleich drei Verträge mit der Sowjetunion haben westdeutsche Minister in den letzten zwei Wochen in Moskau unterzeichnet: am 22.4. unterschrieb Minister Riesenhuber ein „Abkommen über Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie“, drei Tage später Ministerin Süßmuth ein „Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Gesundheitswesens und der medizinischen Wissenschaft“, und dann Minister Kiechle ein Abkommen über „Zusammenarbeit im Bereich der Agrarforschung“. Während der für Mai geplanten Reise von Bundespräsident von Weizsäcker in die Sowjetunion ist die Unterzeichnung eines Abkommens über „Zusammenarbeit im Umweltschutz“ geplant. Die Bundesregierung kann damit Erfolge in der Ostpolitik vorweisen, ohne ihre aggressive Hetze und Rüstung gegen die Sowjetunion und die DDR verrinnern zu müssen.

Die Kapitalisten hoffen sogar auf ein neues Aufblühen im Ostgeschäft. Angeblich haben sowjetische Vertreter bei der KWU wegen eines sogenannten „Nachrüstungspakets“ zur Verbesserung der Sicherheit sowjetischer Reaktoren angefragt. Die KWU, deren Auftragsbestand für neue Kernkraftwerke gegen Null sinkt, hofft auf Aufträge von fünf Mrd. DM. Die Essener Firma INNOTECH als Federführer des Entwicklungskonsortiums des Hochtemperatur-Reaktors HTR 100 (beteiligt daran sind u.a. BBC, die HTR GmbH Dortmund, Mannesmann, Strabag und die Deutsche Babcock) hat mit dem sowjetischen Staatskomitee für die Nutzung der Atomenergie eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit bei Entwicklung, Bau und Nutzung von Hochtemperaturreaktoren mit einer Leistung von 100 MW unterzeichnet. Die INNOTECH erwartet Aufträge zum Bau eines HTR-Reaktors zum Preis von einer Mrd. DM. „Damit zeichnet sich eine reelle Chance für den Marktdurchbruch dieser in der Bundesrepublik und mit Unterstützung der öffentlichen Hand entwickelten Reaktortechnologie ab“, urteilt das „Handelsblatt“.

Sollten sich diese Erwartungen bestätigen, so hätten die westdeutschen Monopole nicht nur die politischen und ideologischen Folgen des Tschernobyl-Unglücks erfolgreich bewältigt. Sie würden von dem Unglück sogar profitieren und könnten ihre Propagandabehauptung von der „Überlegenheit westlicher Sicherheitstechnik“ im Atomreaktorbau als durch sowjetische Aufträge bestätigt hinstellen.

Auch die mühsam erreichten Fortschritte, die die RGW-Staaten in den

letzten Jahren bei der Lösung vom imperialistischen Weltmarkt erzielt haben, würden durch eine solche „Öffnung“ der Sowjetunion für imperialistische Warenausfuhren gefährdet, wenn nicht rückgängig gemacht. Der Osthandel westlicher Monopole, speziell der westdeutschen Monopole, stagniert seit mehreren Jahren. Im letzten Jahr mußten die westdeutschen Monopole sogar einen absoluten Rückgang ihrer Exporte in zahlreiche RGW-Staaten hinnehmen. So sanken ihre Exporte in die europäischen RGW-Staaten (ohne DDR) einschließlich der Sowjetunion von 21,3 Mrd. DM (1985) auf 19,6 Mrd. DM. Der Export in die DDR sank schon von 1984 auf 1985 von 8,24 auf 8,16 Mrd. DM.

Die Hoffnung, durch Ausdehnung des Osthandels die Widersprüche in

gen Kredite imperialistischer Banken zurückgezahlt, und die CSSR nimmt seit Jahren kaum noch westliche Kredite auf. Lediglich die VR Polen (26,8 Mrd. Dollar Westschulden) und Ungarn (8,8 Mrd. Dollar Westschulden) sowie Jugoslawien (20,5 Mrd. Dollar Westschulden) sind weiterhin hoch bei imperialistischen Banken verschuldet.

Die imperialistischen Kreditgeber hatte diese Entwicklung zunehmend nervös gemacht. Die Zeitschrift „Banker“ etwa beklagte unlängst, Vertreter westlicher Banken würden sich im RGW inzwischen die Türklinke in die Hand geben bei dem Versuch, neue Kredite loszuwerden. Das „Handelsblatt“ propagierte: „Die Erkundung und Auslotung von Chancen, durch neue Formen der wirtschaftlichen Kooperation über die Systemgrenzen hinweg auch ein neues qualitatives Niveau zu erreichen, wird immer wichtiger.“ (16.4.87) Nun scheint die Nervosität verflogen und die Freude über neue Ostgeschäfte groß.

Die sowjetische Regierung verbindet mit ihren Angeboten anscheinend die



Unterzeichnung eines Protokolls nach einer Beratung westdeutscher Kapitalisten und Regierungsvertreter mit sowjetischen Vertretern Anfang April in Bonn. Otto Wolff von Amerongen, Vorsitzender des „Ost-Ausschuß der deutschen Wirtschaft“, sieht in dem sowjetischen Gesetz über gemischte Unternehmen einen „respektablen Schritt, der sich noch vor einem Jahr nicht einmal am Horizont abzeichnete.“

und zwischen den Staaten des RGW schüren zu können und die Wirtschaften des RGW in die Abhängigkeit von westlichen Lieferungen zu treiben, schien mit dieser Entwicklung um Jahre zurückgeworfen, zumal die RGW-Staaten gleichzeitig ihre Westschulden zum Teil erheblich senken konnten. Die DDR etwa hat ihre Nettoverschuldung bei imperialistischen Kreditgebern (Bruttoschulden abzüglich eigene Guthaben bei westlichen Banken) von 10,1 Mrd. US-\$ 1981 auf 5,5 Mrd. US-\$ 1986 fast halbiert. Damit einher ging ein Rückgang des Anteils des sogenannten „Innerdeutschen Handels“ am Außenhandel der DDR auf acht Prozent. 1970 hatte die BRD noch 11% des DDR-Außenhandels bestritten. Rumänien hat fast sämtliche kurzfristi-

Hoffnung, durch wirtschaftliche Kooperation mit einzelnen großen Kapitalisten die Aggressionsvorbereitungen der NATO stören und vielleicht den einen oder anderen Kapitalisten „kaufen“ zu können für einen friedlicheren Kurs gegenüber der Sowjetunion. Das ist ein gefährlicher Irrtum. Handelsgeschäfte und Kapitalanlagen im Ausland haben die Aggressivität der Imperialisten noch nie gedämpft, sondern sie im Gegenteil angestachelt. Zumal dann, wenn für die zwecks Exportgeschäft errichteten Anlagen die Anschluß- und Erweiterungsaufträge ausbleiben.

Quellenhinweis: Handelsblatt, 30.3., 16.4., 21.4. und 22.4.87; Deutschland-Archiv 12/86, 1/87; Bundesbank, Außenhandelsstatistik, April 1987 - (rül)

Südafrikanische Hausangestelltengewerkschaft

„Die Situation der Hausangestellten ist die modernisierte Sklaverei

Seit dem 16. März befindet sich die Vertreterin der Südafrikanischen Hausangestelltengewerkschaft South African Domestic Workers Union (SADWU), Frau Mary Mkhwanazi, auf einer Solidaritätsrundreise in der BRD. Die SADWU wurde im November '86 gegründet und zählt ca. 50000 Mitglieder. Frau Mkhwanazi wurde vom ASA-Solifonds eingeladen, der von Stipendiaten des entwicklungspolitischen Stipendienprogrammes „Arbeits- und Studienaufenthalte in Afrika, Asien und Lateinamerika“, ASA, gebildet wird. ASA wird vorwiegend mit Mitteln des BMZ und Geldern verschiedener Bundesländer finanziert; seit diesem Jahr leistet auch die „Kirche in der Arbeitswelt“ Finanzhilfe. Die Stipendiaten hatten mit der Rundreise vor, „einer schwarzen Frau, ... einer Vertreterin der Hausangestelltengewerkschaft, die Möglichkeit zu verschaffen, möglichst langfristige finanzielle und politische Kontakte zu Organisationen ... in der BRD“ aufzubauen.

Anlässlich einer Pressekonferenz am 6.4. in Braunschweig erläuterte Frau Mkhwanazi einige Aspekte der Lebensbedingungen der schwarzen Hausangestellten und die Entstehung und Ziele der SADWU. – (Azania-Komitee BS)

Frage: Wie ist es dazu gekommen, daß sich die Hausangestellten zu einer Gewerkschaft zusammenschlossen?

Antwort: Wegen ihrer Isolation ist es sehr schwierig, Hausangestellte zu organisieren. 1970 hatte eine besorgte weiße Arbeitgeberin das „Domestic Workers and Employers Project“ (Hausangestellten- und Arbeitgeber-Projekt, d. Red.) begonnen, um die Beziehungen zwischen den Hausangestellten und den Arbeitgeberinnen zu verbessern. (Sie) begannen mit Centers of Concern, in denen ... die Arbeitgeberinnen ... die Hausangestellten in nach Meinung der Weißen den Hausangestellten fehlenden Fähigkeiten wie Kochen, Nähen und auch Lesen und Schreiben ausgebildet werden sollten. Die Hausangestellten gingen in diese Zentren ... zu Hunderten und Tausenden. Diese Centers of Concern bildeten die Basis zur Organisation einer Gewerkschaft. Heute gibt es dieses Projekt nicht mehr.

Frage: Wie ist das Lohnverhältnis zwischen den weißen Arbeitgebern und den Hausangestellten?

Antwort: In Südafrika nennen wir die Situation der Hausangestellten die modernisierte Sklaverei.

Es ist äußerst schwierig zu wissen, wieviel die Arbeitgeber verdienen, denn selbst bei den Leuten, die nicht arbeiten oder in Rente sind, wird man

auch schwarze Hausangestellte finden ... sie können sich Hausangestellte leisten, wenn sie es wollen. Die durchschnittliche Hausangestellte in Südafrika verdient 100 Rand/Monat, ca. 85 DM. Was wir als Mindestlohn für die Hausangestellten empfehlen, liegt eigentlich auch unter dem Existenzminimum. Wir empfehlen, daß 150 Rand für eine wenig ausgebildete und 200 Rand für eine ausgebildete Hausangestellte gezahlt werden sollen. Nicht, daß sie davon leben könnten, aber wir müssen berücksichtigen, was derzeit gezahlt wird.

Frage: Die Dienstmädchen früher (in Deutschland, d. Red.) waren ledig und jung. Wie ist das in Südafrika?

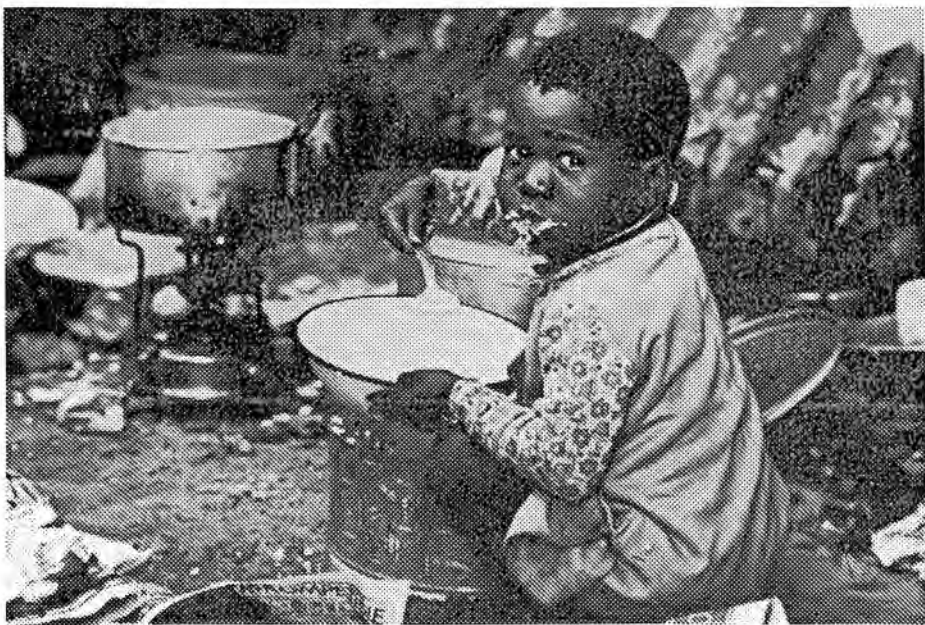
Antwort: Einige Hausangestellte sind verheiratet, und die leben in den Town-ships. Die Mehrheit der Hausan-

dum an das Arbeitsministerium in Pretoria geschickt. Obwohl viele Nachfragen gestellt wurden, ist bis jetzt nichts herausgekommen. Nun sind wir am Ende der Möglichkeiten unserer Verhandlungen angekommen. Wir haben die Regierung und die Arbeitgeber aufgefordert, bis zum 1. Mai auf die Forderungen einzugehen. Wenn das nicht geschieht, werden wir einen nationalen Protest durchführen.

Wir fordern einen Lohn zum Überleben, Mutterschutz, Renten, Arbeitslosenversicherung, Arbeitssicherheitsmaßnahmen, und wir fordern einen Acht-Stunden-Tag. Das einzige Recht, das Hausangestellte z.Zt. haben, ist eine monatliche Kündigungsfrist, und wenn diese nicht eingehalten wird, sollen sie bei fristloser Kündigung eine Abschlagszahlung erhalten. Das ist ein allgemeines Recht, nach dem die Arbeitgeber sich meistens nicht richten.

Frage: Stimmt es, daß über 800000 schwarze Frauen als Hausangestellte arbeiten, und wie hoch ist ihr Organisationsgrad?

Antwort: Die Anzahl von 800000



gestellten, die in den Hinterhofzimmern ihrer Arbeitgeber leben, ist nicht verheiratet. Die Hausangestellten, die zu ihrem Arbeitsplatz pendeln, sind wenigstens in der Lage, mit ihren Familien zusammenzuwohnen. Die Hausangestellten, die Wanderarbeiter sind, sehen diese sehr selten ...

Frage: Welche Forderungen habt Ihr, und wie wollt Ihr sie durchsetzen?

Antwort: Die hauptsächliche Forderung ... ist eine rechtliche Absicherung, ein Arbeitsschutzgesetz für Hausangestellte. 1982 fingen wir an, unsere Forderungen zu stellen. Wir haben damals ein Memorandum verfaßt, in dem die Arbeitssituation der Hausangestellten beschrieben und in dem Empfehlungen ausgesprochen wurden. Wir haben dieses Memoran-

betrifft nur die registrierten Hausangestellten. Sie stammt aus der Zeit, als die Zuzugsgesetze (für Schwarze in „Weiße Gebiete“, wegen der Paßgesetze) sehr streng gehandhabt wurden. Tatsächlich sind es zwei Millionen, die als Hausangestellte arbeiten. Unsere zahlenden Mitglieder sind nur ein Tropfen im Ozean; es sind 20000.

Frage: Stimmt es, daß es Gewalt gegenüber den Hausangestellten gibt?

Antwort: Es stimmt, daß die Arbeitgeber die Hausangestellten angreifen. Wir denken, sie tragen auf deren Rücken das aus, was im ganzen Land vor sich geht. Was die sexuellen Belästigungen betrifft, gibt es sehr wenige Fälle, die ans Licht kommen ... Es ist sehr schwierig, diesen Punkt der sexuellen Belästigungen gegenüber den

Hausangestellten aufzugreifen ... Wenn Du dem männlichen Arbeitgeber damit drohst, es seiner Frau zu sagen, dann hört er damit auf. Aber manchmal behandelt er dich so schlecht, daß keine Alternative bleibt als zu gehen; in der Hoffnung, es beim nächsten aushalten zu können ... Es ist nicht schwierig, eine neue Arbeit zu finden, denn es gibt ein Überangebot an Arbeitsmöglichkeiten.

Frage: Wie sind die Verbindungen der SADWU zu anderen Gewerkschaften und Dachverbänden?

Antwort: Die SADWU ist gerade vier Monate alt. Aber wir haben uns bereits dem Dachverband COSATU (Council of South African Trade Unions, d. Red.) angeschlossen. Und wir hoffen, daß wir, wenn wir den nationalen Protest machen, von den COSATU-Gewerkschaften unterstützt werden. Es wird ein Treffen zwischen SADWU und COSATU stattfinden, um darüber zu diskutieren, wie wir den Protest durchführen werden.

Frage: Wie ist das mit der Beziehung zur Madam?

Antwort: Die Beziehung zwischen der Hausangestellten und der Arbeitgeberin ist so: Die Hausangestellte existiert nicht als menschliches Wesen, sondern als eine Arbeitsmaschine. Die Form der Kommunikation ist die Arbeit und nichts anderes. Ein konkretes Beispiel:

Meine erste Arbeit als Hausangestellte war, nach einem einjährigen Kind zu schauen. Die Arbeitgeberin legte alle Arbeitsbedingungen fest. Sie sagte mir, was ich verdiente, aber sie konnte mir nicht sagen, wieviel Stunden ich zu arbeiten hatte. Ich mußte feststellen, daß ich nicht wie ein menschliches Wesen, sondern wie ein Untermensch aus einer Unterwelt behandelt wurde. Mir war es nicht erlaubt, die Mahlzeiten in der Küche einzunehmen, mir war nur erlaubt, sie auf den Treppenstufen zur Küche einzunehmen. Danach mußte ich mein Geschirr ... draußen abwaschen. Wenn ich es in die Küche brachte, mußte ich es an das äußerste Ende des Regals stellen, damit es sich nicht mit dem Geschirr meines Arbeitgebers vermischte. Dies mag sehr alt und überholt klingen, aber wir stoßen in unseren Gewerkschaftsbüros immer noch auf solche Fälle ... Ihr erinnert mich an eine Arbeitgeberin, die uns immer unser Essen brachte, und zwar auf den Tellern, von denen sie selber gegessen hatte. Schließlich sagte ich: „Schauen Sie, Madam, das kann ich nicht akzeptieren.“ Denn das Essen war auf einem Teller, und wir zwei Hausangestellten mußten uns das teilen. Das war im wahrsten Sinne des Wortes ein Überrest.

Frage: Wie lang ist der Arbeitstag?

Antwort: Durchschnittlich zwölf Stunden; wenn Du arbeitest, sagen sie

Dir immer den Beginn, aber nie die Zeit, wann Du aufhören kannst. Die Freizeit liegt ebenfalls in ihrem Ermessen, sie ist nicht der Rede wert ... Meistens fängt sie erst um 10 Uhr an oder erst nachmittags, und manche Hausangestellten müssen dann auch noch wiederkommen, um z.B. abzuwaschen. Wir sollten es nicht einen freien Tag nennen, das ist er nicht.

Frage: Leben die Hausangestellten im Haus der Familie, und können sie über Nacht weggehen?

Antwort: Im Hause eines Weißen kannst Du nicht einmal auf dem Stuhl sitzen, den Du abgestaubt hast; deshalb kann eine Hausangestellte nie einen Raum im Haus des Arbeitgebers haben. Da sind diese Hinterhofräume

auch Resolutionen, die außerhalb der Arbeit gelten. Unser Kampf geht nicht nur um die Befreiung der Hausangestellten, sondern um die generelle Befreiung. Wir machen Bildungsprogramme, in denen wir unsere Mitglieder in der Führung und den Grundlagen der Gewerkschaftsbewegung unterrichten.

Frage: Wie steht die SADWU zur Rassenfrage?

Antwort: Es ist nicht einfach, die Ansichten der Hausangestellten zu ändern, denn sie haben einen tiefverwurzelten Minderwertigkeitskomplex. Die Indoktrination von mehr als 300 Jahren, daß die weiße Rasse die Rasse ist, kann von der SADWU in den vier Monaten ihrer Existenz nicht verändert werden.



... in denen die Hausangestellten gezwungen sind, ohne menschliche Kontakte zu leben. Aber wir schmuggeln unsere Freunde, Ehemänner und alle anderen dort hinein ... Die im Hinterhof wohnen, die arbeiten ständig. Den Pendelnden passiert es aber auch, daß sie samstags und sonntags kommen müssen.

Frage: Wenn die Hausangestellten krank werden, wie sieht es dann aus?

Antwort: Wenn eine Hausangestellte erkrankt, egal woran, verliert sie automatisch ihren Job. Wenn Du mal nicht auf der Arbeit bist, ist es damit sofort vorbei. Viele Hausangestellte werden fristlos entlassen, während sie im Krankenhaus liegen. Die Arbeitgeberin ruft dann in der Klinik an und sagt, die Hausangestellte solle ihre Sachen abholen. Die männlichen Hausangestellten, es sind ca. zehn Prozent, werden genauso behandelt wie die Frauen. Sie verdienen das gleiche.

Frage: Wie steht die SADWU zum Befreiungskampf?

Antwort: Auf unserer Gründungsversammlung ... verabschiedeten wir

Frage: Wird noch Geld für einen Bus gesammelt?

Antwort: Wir denken, wenn wir einen Kleinbus, einen 16-Sitzer, hätten, würde es die Ausgaben für unsere Programme verringern. So ein Bus kostet ca. 25000 Rand. Er würde nicht nur genutzt, um Gewerkschaftsmitglieder zu transportieren, sondern auch, um Hausangestellte in entfernten Gebieten zu organisieren. Unsere Art zu organisieren ist meistens Mundpropaganda, und dann rufen uns die Hausangestellten an und fragen, ob wir nicht 'mal kommen könnten, um ihnen die Gewerkschaft zu erklären. Wenn Hausangestellte hören, daß wir in entfernte Gebiete fahren, wollen sie mitkommen, und sie sagen: „Schaut her, wir wollen selbst zu den Hausangestellten reden, wir, die Hausangestellten. Und Ihr bezahlten Funktionäre bleibt sitzen und hört zu, wie wir zu den Hausangestellten reden.“ Diese Hausangestellten, die mit uns gehen wollen, um zu organisieren, das sind diejenigen, die an unseren Programmen teilgenommen haben.

Türkei

Bericht über anwachsenden Widerstand in der Türkei und Türkisch-Kurdistan

Mit der Machtübernahme der faschistischen Militärjunta am 12. September 1980 wurden in der Türkei und in Kurdistan Zehntausende von Demokraten, fortschrittlichen Menschen und Revolutionären ohne Verfahren und ohne Begründung festgenommen und in die Folterkammern gebracht. Hunderte von ihnen verloren bei der Folter ihr Leben. Es ist bekannt, daß viele Menschen als Folge der Folter verkrüppelt oder gelähmt blieben. Mehr als 50 Personen wurden hingerichtet. Alle demokratischen Vereine und Institutionen wurden verboten. Allein das Wort „Demokratie“ in den Mund zu nehmen, gilt als Verbrechen, da es den „Terroristen“ nützt. Die Unterdrückungs- und Vernichtungskampagne der Faschisten ist an einen Höhepunkt gelangt. Es ist nicht bekannt, was aus vielen freigelassenen Häftlingen geworden ist, sie sind verschwunden. Kurz gesagt, unser Land ist in ein Gefängnis verwandelt worden. Jeder, der sich auf die Seite von Unabhängigkeit und Freiheit stellt, ob Jugendlicher, Arbeiter, Intellektueller oder Schriftsteller, wird gesucht und verfolgt.

Gegen die faschistische Junta und ihre Methoden wurden verschiedene Arten des Kampfes angewendet. Bis 1983 wurden im ganzen Land und bis 1985 wurden in den Gefängnissen zahlreiche unvergessene Beispiele des Widerstandes geliefert. Gegen die Schaffung eines uniformen, gleichgeschalteten Menschentyps wurde besonders in den Gefängnissen von Istanbul demonstriert: Beim Todesfasten vom April bis Juni 1984 starben vier Gefangene von Dev-Sol. Trotz aller Schwierigkeiten wurde der Kampf nicht aufgegeben.

In den letzten zwei Jahren hat der revolutionäre Kampf für die Türkei und Kurdistan sich wieder formiert und begonnen, seine Rolle innerhalb des Klassenkampfes einzunehmen. Besonders der bewaffnete Kampf in Kurdistan, der auf einer nationalistischen Basis beruht und einen antiimperialistischen Charakter besitzt, bedroht offen die inzwischen „in Zivil“ auftretende faschistische Özal-Evren-Regierung. Sogar die bürgerliche Presse spricht offen von der „Kurdenfrage“, wo es doch verboten ist, von „Kurden“ zu sprechen, und das Wort „Kurde“ bis vor kurzem auch nicht verwendet wurde (d.h. in der Presse), natürlich nachdem ein bewaffneter Widerstand sich gezeigt hat und Hunderte dafür ihr Leben gelassen haben.

In der Türkei wurden gegen die Vernichtungsangriffe der Türkei auf Irakisch-Kurdistan im letzten Jahr in ver-

schiedenen Städten, insbesondere in Istanbul, Protestaktionen durchgeführt. In Istanbul wurde das Gebäude der Regierungspartei ANAP in Kadıköy besetzt, alle Akten wurden verbrannt und Parolen an die Wände geschrieben, die dies Massaker verurteilten. Es wurden Transparente aufgehängt und Flugblätter verteilt. Die bürgerliche Presse berichtete ausführlich über diese Ereignisse. So wurde das Schweigen durch eine radikale Aktion gebrochen.

Gegen den amerikanischen Angriff auf Libyen wurde durch verschiedene Aktionen protestiert. Dieses Thema wurde tagelang in der Öffentlichkeit diskutiert. Verlautbarungen wie „Die Terroristen solidarisieren sich mit Libyen“ waren zu lesen. Aus Solidarität mit dem Hungerstreik vom April 1984 und zum Gedenken an dessen Opfer wurden Flugblätter verteilt und Transparente aufgehängt. Auf mehrere monopolistische Unternehmen wurden symbolisch Bombenanschläge verübt.

Die größten Banküberfälle seit dem

sprang, brach sich die Rippen und wurde gefangen. Eine dritte Person wurde am Tatort verhaftet, weil sie auf einem Auge blind und ein Arm amputiert war (durch einen früheren Unfall). Die Polizei nahm am gleichen Tag vier weitere Personen fest und gab bekannt, daß in einer „konspirativen Wohnung“ eine „Todesliste“ gefunden worden sei.

Eine Woche später wurde berichtet, daß vier Personen freigelassen wurden, die fünfte wegen verschiedener Artikel in einer Zeitschrift angeklagt würde, die letzte Person wegen ihrer Verletzungen nicht entlassen werden konnte. Das heißt, es ergab sich ein großer Unterschied zu dem, was eine Woche vorher geschrieben wurde. Das einzige Verbrechen der Festgenommenen war, zu den Anhängern von Dev-Sol zu gehören und früher im Gefängnis gesessen zu haben. Das Interessante an der ganzen Sache ist aber folgendes: Während zunächst in den Zeitungen stand, sie wären mit fast 100 Waffen erwischt worden, schrieb die Presse zwei Wochen später unter der Überschrift: „Wir sind auf die Polizei hereingefallen“, daß die Polizei die Quelle für die Falschmeldung gewesen sei. Die faschistische Ordnungsmacht will durch Komplote die Stimme der Re-



Polizeiangriff auf demonstrierende Studenten in der Türkei, 6.4.1987

Militärputsch vom 12. September 1980 fanden vor drei Monaten in Istanbul statt. Innerhalb von zwei Wochen wurden 300 Mio. Lira geraubt. Während die Presse darüber ausführlich berichtete, konnten auch die obersten Vertreter des Staates ihr Erstaunen nicht verbergen; sie erklärten, daß die Täter in kürzester Zeit gefaßt würden.

In den türkischen Zeitungen vom 28. Februar wurde der Angriff der Türkei auf den Irak gelobt, daneben fanden sich auch Schlagzeilen wie „Operation gegen die Räuberbande“, „Razzia auf Dev-Sol“, „Schießerei in einer konspirativen Wohnung“. Schließlich wurden zwei Personen festgenommen. Die erste Person sprang aus dem 3. Stock und floh. Eine Frau, die ebenfalls

revolutionäre zum Schweigen bringen. Aber vergebens. Die Freigelassenen protestierten auf einer Pressekonferenz des „Solidaritätsvereins mit den Häftlingen“ gegen diesen Vorfall.

Kurz darauf wurden in Istanbul aus Protest gegen die Ermordung des Führungskaders der THKP-C (1) (zwei davon Anhänger der THKO) am 30. März 1972 ein Büro der Fluggesellschaft THY in Istanbul besetzt, das Personal ausgeschaltet und Transparente am Gebäude zurückgelassen. Dieser Zwischenfall war tagelang das Thema. Mit Schlagzeilen wie „Der Terror feiert seine Wiederkehr“ drückte man seine Furcht aus.

In den Gefängnissen dauert die allseits bekannte Unterdrückung und

Gewalt an. In den letzten Tagen zeigten Verlautbarungen der Presse anlässlich des Prozesses gegen D. Karataş, Mitglied des Führungskader von Dev-Sol, wie „Im Gericht wurde eine Menschenkette aus Soldaten und Polizisten gebildet“, daß trotz aller Beteuerungen über Demokratie der Terror anhält.

Im Militärgefängnis von Istanbul-Metris befindet sich der Dichter N. Çelik, der zum Tode verurteilt wurde, im Gefängnis zwei Gedichtbände schrieb und damit an die Öffentlichkeit trat, seit zwei Wochen aus Protest gegen die Folter im Hungerstreik.

Die Lage der Studenten

Im letzten Jahr waren fast 60 Studentenvereine in der ganzen Türkei legal tätig. Die Özal-Regierung versucht, auch sie zu beeinflussen. Andererseits möchte sie in der europäischen Öffentlichkeit als Apostel der Demokratie erscheinen. Da sich die Studenten am revolutionären Kampf beteiligten, kam das Verbot dieser legalen Vereine auf die Tagesordnung. Demnach soll es an jeder Universität nur einen Verein geben, alle Studenten sollen in ihm Mitglied sein, der Verein soll unter der Kontrolle des Universitätsrates stehen,

alle anderen Vereine sollen verboten werden.

Aus Protest gegen diesen Gesetzentwurf sagten die Studenten auf einer erstmals seit dem Militärputsch illegal veranstalteten Demonstration (mit 3000 Teilnehmern, wie die Presse schrieb) „Nein zum Verbot“.

Mit dem Einschreiten der Polizei kam es zu Auseinandersetzungen. 200 Personen und vier Vereinsvorsitzende wurden festgenommen. Aus Protest gegen diese Verhaftungen wurden in einigen Städten Flugblätter verteilt. Ein Hungerstreik von 260 Personen (mit 20 Eltern) hat begonnen, um die Freilassung der Verhafteten und die Aufhebung des Verbotes zu erreichen. Das Gesetz wurde sofort zurückgenommen. Ein Teil der Festgenommenen sitzt zur Zeit noch im Gefängnis.

Die Lage der Arbeiter

In letzter Zeit begannen die Arbeiter, die sich nach dem Verbot der Gewerkschaftsföderation DISK in der (gelben) Türk-İş-Gewerkschaft organisiert hatten, sowie revolutionäre Arbeiter, die sich in unabhängigen Gewerkschaften organisierten, ihre Stimme zu erheben.

Im Unternehmen Netaş, in dem

2600 Arbeiter beschäftigt sind, haben die Arbeiter mit einem 93tägigen Streik die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich gezogen. Im Tarifabschluß haben sie wichtige Erfolge erzielt (besonders unter diesen Umständen). Heute wird in 167 Unternehmen gestreikt. Die Streikwelle breitet sich nach allen Seiten aus, obwohl die Polizei dies zu verhindern sucht. In Istanbul allein warten 20000 Arbeiter auf das Ergebnis der Tarifverhandlung. Jeden Augenblick können neue Streiks ausbrechen.

Aus Protest gegen die Verhaftung von fünf Arbeitervertretern trat eine Gruppe von Arbeitern in einen zweiwöchigen Hungerstreik.

Kurz gesagt, das Schweigen ist gebrochen. Jetzt beabsichtigt das faschistische Regime die Umsiedlung von Millionen von Menschen, die in Kurdistan leben, in den Westen der Türkei, um, wie es heißt, ein „Waldgebiet zu schaffen“. Man hört schon heutzutage, daß einige Dörfer geräumt worden sind.

Der Kampf in der Türkei, die zu einem offenen Gefängnis geworden ist, geht auf verschiedenen Ebenen weiter. Es ist notwendig, daß die linken Kräfte hier wahre internationale Solidarität zeigen und sich, ohne Zeit zu verlieren, mit dem Kampf in der Türkei und Türkisch-Kurdistan solidarisieren. – (Komitee gegen die Hinrichtungen in der Türkei, Hamburg, 27.4.87)
(1) Volksbefreiungspartei-Front der Türkei (THKP-C); sie hatte drei englische Militärtechniker vom NATO-Stützpunkt in Ünye entführt. Mit dieser Aktion wollte sie die Hinrichtung von drei führenden Kadern der THKO (Volksbefreiungsarmee der Türkei) verhindern.

Die Özal-Regierung unterdrückt die Studenten

(Auszüge aus einem längeren Artikel)
Fünf Jahre sind vergangen, seitdem man darangegangen ist, mithilfe der faschistischen Verfassung von 1982 die Universitätsjugend zu gefügigen Befehlsempfängern des herrschenden Systems zu machen, indem man mit Hilfe der Vertreter des Monopolkapitals das YÖK-Gesetz (Gesetz Nr. 2547 über die Hochschulbildung) formulierte und in Kraft setzte. Unter den Bedingungen scharfer Unterdrückung, die die achtziger Jahre mit sich gebracht hatten, konnte dieses Gesetz ohne alle Mühe und ohne irgendeiner starken Opposition zu begegnen, durchgebracht und institutionalisiert werden. Bei seiner Institutionalisierung kam eine gleichzeitig auftretende Desensibilisierung und Entfremdung unter der studentischen Jugend sehr entgegen. Disziplinierungsverordnungen und die Taktiken der ständigen „Beobachtung“ schränkten das Aktionsfeld der Studenten ein und hinderten sie daran, sich ihrer eigenen Probleme aktiv anzunehmen. Diese Unterdrückungspraktiken trugen wesentlich dazu bei, daß sich eine durch Desensibilisierung und Defätismus geprägte Situation entwickelte.

Mit Verordnungen und Kasernenhofgeist versuchte man, die Jugend in den Hochschulen und Studentenheimen unter Kontrolle und die jungen Hirne zum Schrumpfen zu bringen.

Die daraus entstehende moralische Degeneration führte zur Zunahme des Drogenmißbrauchs. In dieser Situation bildeten sich verschiedene Alternativen heraus. Auf der anderen Seite wurde dem Studium von armen, aus den werktätigen Schichten stammenden Studenten an den gebührenpflichtigen Hochschulen durch zusätzliche Verordnungen ein Riegel vorgeschoben, und durch Aufhebung des Abendstudiums und Abschaffung der externen Teilnahme wurden weitere Hindernisse für aus diesen Schichten stammende Studenten geschaffen.

Mit dem YÖK-Gesetz wurden die Studentenzahlen erhöht und damit der unzureichende Zustand der Bildungseinrichtungen vor Augen geführt; mit neuen Prüfungsrichtlinien, die die Exmatrikulation erleichterten, wurde das Hire-and-Fire-System zur normalen Praktik gemacht. Die daraus erwachsende Angst der Studenten, von der Hochschule geworfen zu werden, wurde für Tausende von Studenten zu einer einfachen Bedrohung, manche von ihnen trieb es in den Selbstmord.

Die wichtigste Forderung, die kurzfristig vor den Studenten liegt, bezieht sich, wie oben angedeutet, auf das „System der Prüfungen und der Exmatrikulation“; sie konkretisiert sich unter der Studentenschaft in dem Bemühen, den Artikel 44, einen der Unterdrückungsparagraphen des YÖK-Gesetzes, ändern zu lassen.

Südafrika/Azania

Entwicklung des Mietboykotts

Die Auseinandersetzung auf dem Sektor des Mietboykotts zwischen den regierungstreuen Stadtverwaltungen und der schwarzen Bevölkerung hat an Schärfe zugenommen. Der Versuch, die bankrotten Haushalte der Townships durch hohe Mieten für die Elendsquartiere zu sanieren, ist bisher gescheitert. Der Mietboykott hat die Basisorganisationen der schwarzen Bevölkerung gestärkt, auch wenn ganze Vorstädte inhaftiert sind. Seit zwei Jahren hält der Mietboykott an und hat sich auf über 54 Townships ausgebreitet. Allein in der Provinz Natal mußte die Regierung 55 Mio. DM Verluste durch Boykott der Mieten hinnehmen. Weiße südafrikanische Wissenschaftler berichten von Plänen der Regierung, in der Nachbarschaft weißer Gebiete Angehörige der schwarzen Mittelklasse

anzusiedeln, die sich die hohen Mieten leisten könnten. Massenhafte Zwangsvertreibung der armen Schwarzen – durch überhöhte Mieten zum Mietboykott gezwungen – sei ein Mittel der Regierung, eine weitere Spaltung der schwarzen Bevölkerung zu erreichen – entlang der ökonomischen Linien.

In vielen Ghettos und Townships versuchen die von der Regierung eingesetzten Marionetten-Stadträte, den Mietboykott durch Einsatz von Polizei zu brechen. Der Stadtrat von Soweto hat im März einen Plan für die organisierte massenhafte Zwangsvertreibung von Mietboykotteuren bewilligt: Spezialgerichte für Schnellverfahren sollen eingerichtet, neun Anwaltsfirmen in den Bezirken für die Townshipsmanager tätig werden; SADF (Sicherheitskräfte), SAP (Polizei) und die Spezialpolizei der Stadträte sollen koordiniert eingreifen, Transportfahrzeuge und Lageräume für das abtransportierte Mobiliar bereitgestellt werden. Der Präsident der Soweto Civic Association, Dr. Motlana, hat den entschlossenen Widerstand der Gemeinschaft von Soweto angekündigt und das Oberste Gericht angerufen, um die Unrechtmäßigkeit der Zwangsräumungen feststellen zu lassen. Obwohl schon überall Gruppen von Zahlungsunwilligen zwangsgeräumt werden, wird eine landesweite Aktion des Staates offensichtlich vom Urteil des Obersten Gerichtes abhängig gemacht.

Durch neue Verordnungen wird die Kontrolle über Ansiedlungen der Schwarzen verschärft. In vielen Gebieten werden Aufenthaltsrecht und südafrikanisches Bürgerrecht davon abhängig gemacht, ob Leute in der Lage sind, ein Haus zu kaufen oder zu mieten. – (and)

VR Polen

Wirtschaftsreform nimmt beunruhigende Ausmaße an

Am 29.3.87 sind in Polen wieder massive Preiserhöhungen in Kraft getreten. Die Preise für Grundnahrungsmittel wurden um durchschnittlich 9,6% erhöht (Speiseöl 7%, Brot 14%, Fleisch 10%, Tee und Butter 25%), Alkohol und Zigaretten um 20%, Benzin 25%, Gas und Strom 23%, Kohle 51%. In den nächsten Monaten sollen die Preise für öffentliche Dienstleistungen von Post und Verkehrsbetrieben, Kindergärten u.a. noch steigen. Daß die Preissteigerungen „nur“ 9,6% statt wie von der Regierung geplant 13% betragen, ist dem Widerstand der (neuen) Gewerkschaften zu verdanken, die heftigen Protest bis hin zu Streikdrohungen erhoben hatten. Die Preiserhöhungen sind Bestandteil der gegenwärtigen Wirtschaftsreform, die u.a. den Abbau staatlicher Subventionen für Grund-

nahrungsmittel, Energie, Wohnungsbau und öffentliche Transporte vorsieht. 1990 sollen die staatlichen Zuschüsse nur noch 25% des Standes von 1986 betragen.

Weitere Elemente der sog. „Zweiten Etappe“ der Wirtschaftsreform (vgl. die Beschlüsse auf dem Parteitag der PVAP im Juli 1986, Pol. Ber. 15/86) stellte Pressesprecher Jerzy Urban auf einer Pressekonferenz in Stockholm am 7.4.87 vor: Die Regierung plane die Schaffung eines Börsenmarktes, der es Privatpersonen erlauben solle, Aktien bestimmter polnischer Unternehmen zu kaufen. Die Regierung habe sich „für das Prinzip der Öffnung für Privatkapital“ entschieden. Weiter sei die Förderung privater Firmengründungen und Joint ventures, d.h. Gemeinschaftsunternehmen mit westlichen Betrieben, vorgesehen. Damit werde „die Entwicklung von Privatinitiativen in Konkurrenz mit den staatlichen Unternehmen“ angestrebt (NZZ, 10.4.87). Der Anfang mit den Aktiengesellschaften wurde bereits am 1.1.87 mit der Gründung der Export-Entwicklungsbank AG gemacht, in der Finanz- und Außenhandelsministerium nur noch 51% der Aktien halten, der Rest an andere Banken und Unternehmen verteilt ist. Mit dieser Bank soll Konkurrenz im Bankwesen ermöglicht werden. Hinsichtlich der Gründung neuer Joint-venture-Unternehmen soll im Oktober in Warschau ein Kongreß mit westlichen Firmen stattfinden. Bereits jetzt besitzen 430 polnische Unternehmen eigene Außenhandelskompetenz.

Die jetzige Wirtschaftsreform, bei der versucht wird, mit marktwirtschaftlichen Mitteln die Krise in Polen in den Griff zu bekommen, ist nicht nur von daher gefährlich, weil sie Elemente der Planwirtschaft beseitigt (damit auch mögliche Einflüsse der Arbeiterklasse) und stattdessen den westlichen Kapitalisten Spielraum im Land einräumt, sondern auch, weil sie Ansprüche der Arbeiterklasse beseitigen will. Das kommt nicht nur in den Preiserhöhungen zum Ausdruck, sondern auch im Nachdenken darüber, daß Arbeitslosigkeit die Arbeitsproduktivität stimulieren würde, sowie darin, daß sich J. Urban über nur schwer zu ändernde sozialistische Gewohnheiten beklagte, „z.B., daß es keine Unterschiede bei den Entlohnungssätzen geben soll und daß der Lohn die grundlegenden Bedürfnisse decken müsse“. Derzeit sind dem Einreißen solcher „Gewohnheiten“ noch Schranken gesetzt, aber die Entwicklung ist bereits vorgezeichnet. – Bei aller Kritik an dem Reformkurs ist zu berücksichtigen, daß dieser nicht zuletzt Ergebnis der früheren und neuerlichen Erpesungen der kapitalistischen Gläubigländer ist.

Quellenhinweis: NZZ, Handelsblatt, FAZ, März-April 1987 – (brb)

US-Demonstrationen

Gegen Rassismus, Armut, aggressive Außenpolitik

Über hunderttausend Menschen protestierten am 25. April in Washington, D.C., unter dem Aufruf „Für Gerechtigkeit und Frieden in Zentralamerika und Südafrika“. An der parallelen Demonstration in San Francisco beteiligten sich 80000. Es war die größte Demonstration seit den Protesten gegen den Vietnam-Krieg. Schon in den Hauptparolen des Aufrufs:

– Stoppt den US-Krieg in Zentralamerika,

– Stoppt die Unterstützung der US-Regierung und der Unternehmen für Apartheid,



– Stoppt US-Hilfe an die Kontras,

– Stoppt US-Hilfe an UNITA,

– Schluß mit Rassismus hier und anderswo!,

– Stoppt den Rüstungswettlauf! Geld für Jobs, nicht für Krieg!,

kündigte sich eine neue Qualität der Koalition gegen die Kriegspolitik der Reagan-Regierung an. Zum ersten Mal war eine breite Verbindung hergestellt worden zwischen den fortschrittlichen Organisationen und Gruppen der Schwarzen, die gegen Apartheid kämpfen, und den in der Anti-Interventionsbewegung zusammenarbeitenden fortschrittlichen Kräften der Gewerkschaften, Kirchengruppen, Intellektuellen und anderen bürgerlichen Kräften. Ganz entscheidend für die hohe Beteiligung ist natürlich die Iran/Kontra-Affäre. Wenn auch die Bourgeoisie versucht, die Untersuchungen auf die Waffenlieferungen an Iran zu konzentrieren, es kommen genügend Enthüllungen über das weltweite Terrornetz der verschiedensten US-Regierungsagenturen heraus, um klar zu machen, daß Hilfe an die Kontras und Hilfe für UNITA parallel laufen, daß Krieg gegen die Befreiungsbewegungen und die

Völker in Zentralamerika und Unterstützung des Rassisten-Regimes im Kampf gegen die Befreiung der Völker von Azania und Namibia den selben Zweck haben. Wenn sich das Bewußtsein verbreitet, daß die Unterdrückung der Arbeiter und Ausbeutung zu Hungerlöhnen weltweit der gemeinsame Nenner der US-Außenpolitik ist und daß Rassismus, Armut und Arbeitslosigkeit im eigenen Land sowie immer mehr Rüstung das Gegenstück dazu ist, dann könnte diese Bewegung den Imperialisten gefährlich werden. Jedoch nicht nur die Teilnahme von Schwarzen war um ein Vielfaches höher als in vergangenen Jahren. Sehr bedeutsam ist die herausragende Rolle der Gewerkschaften. Die Gewerkschaften stellten das vorderste und sehr große Kontingent des Demonstrationszuges. 24 Gewerkschaftsvorsitzende haben den Demonstrationsaufzug unterschrieben. AFL-CIO Präsident Lane Kirkland hatte in einem Brief aufgefordert, die Demonstration wegen kommunistischer Fernsteuerung nicht zu unterstützen. Keiner der 24 hat seinen Namen zurückgezogen. Zwei Gewerkschaftsvorsitzende und zwei weitere Gewerkschaftsfunktionäre haben auf der Kundgebung in Washington gesprochen. Die Berichterstattung in der bürgerlichen Presse hat diese neue Qualität gleich erfaßt. Im Fernsehen wurden neben Jesse Jackson hauptsächlich die Gewerkschaftsführer gezeigt und kurz interviewt. Südafrika und Apartheid kamen nur unter anderem vor. Da scheint man einen neuen Spaltkeil anzuschärfen. Zum anderen wurde in der Presse der Vorwurf der kommunistischen Steuerung zitiert. Die neue Breite der Koalition gegen die Regierungspolitik, auch wenn ihr eine politische Organisation und Führung fehlt, ist gefährlich für die Imperialisten, und man kann sich auf einige Spaltungsmanöver gefaßt machen. – (her, ger)

Brasilien

Massenstreiks gegen Lohnsenkungen

Nach den Parlamentswahlen im November 1986 hatte die Regierung Sarney auf Drängen der Kapitalisten den seit Anfang 1986 geltenden Preisstopp aufgehoben, den Lohnstopp aber weitgehend beibehalten. Als Folge davon stiegen die Preise innerhalb kürzester Zeit um 100 bis 150 Prozent. Die Gewerkschaften mobilisierten zu einem Generalstreik unter Forderungen wie Arbeitszeitverkürzung, Lohnerhöhungen, höherer Mindestlohn, höhere Sozialleistungen, gegen Entlassungen und die Privatisierung von Staatsbetrieben usw., ohne jedoch die Regierung zur Rücknahme ihres Wirtschaftspro-

grammes zwingen zu können.

Seither streikten Hunderttausende von Lohnabhängigen gegen die ständigen Lohnsenkungen. Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes erkämpften den 13. Monatslohn, konnten aber mit einer Lohnerhöhung von 25% die Einbußen nicht wettmachen. Die monatliche Inflationsrate stieg im ersten Vierteljahr 1987 um durchschnittlich 14% pro Monat. Für 1987 wird mit einer Inflationsrate von über 200% gerechnet.

Im März streikten über 50000 Hafen- und Erdölarbeiter für höhere Löhne trotz Streikverbots, das das Oberste Arbeitsgericht nach Gesetzen aus der Zeit der Militärdiktatur ausgesprochen hatte. Sie erreichten schließlich nach Richterspruch derselben Instanz durchschnittliche Lohnerhöhungen von knapp 120%. Ihnen folgten die Eisenbahnarbeiter. Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes erheben neben Lohnforderungen vor allem Forderungen gegen die Privatisierungs- und Entlassungspläne der Regierung.

Mit einem Tarifabschluß über die Einführung der 44-Stunden-Woche für

die gesamte Metallbranche haben die Metallgewerkschaften einen wichtigen Erfolg erzielt, ohne jedoch Lohneinbußen zu verhindern. Die Metallgewerkschaften bereiten deshalb zur Zeit den Lohnkampf vor.

Seit Mitte April streikten zunächst fast alle der insgesamt 700000 Bankangestellten. Durch Polizeieinsätze und gerichtliche Streikverbote konnte Präsident Sarney den Streik bei den staatlichen Banken brechen und Abschlüsse in Höhe der Inflationsrate verhindern. Das Grundgehalt liegt im Bankenbereich bei umgerechnet ca. 220 DM, das Durchschnittsgehalt bei ca. 595 DM, selbst das ist zu wenig, um z.B. eine Hochhauswohnung (zwei Zimmer, Küche) unterer Qualität bezahlen zu können. Diese kostet bereits über 1000 DM im Monat.

Neben den Lohnkämpfen verschärft sich in den nächsten Wochen die Auseinandersetzung um die Arbeitsgesetze, die mit der neuen Verfassung verabschiedet werden sollen.

Quellenhinweis: NZZ, April 1987; Brasilien-Ausschnittdienst, 3/87; Die Weltwoche, 09.04.87 – (sie)

VR China

Volkskongreß kritisch, aber Wirtschaftskurs unverändert

Die in der ersten Aprilhälfte abgeschlossene Plenartagung des Nationalen Volkskongresses, des Parlaments der VR China, hat den Haushaltsplan und den Volkswirtschaftsplan für 1987 verabschiedet. Die Berichte der Regierung zu den wirtschaftlichen Ergebnissen von 1986, die Begründungen für die vorgelegten Pläne und vor allem viele kritische Diskussionsbeiträge zur Wirtschaftslage ließen erkennen, daß

die seit Anfang der 80er Jahre verfolgte Politik, die zentral gesteuerte Planwirtschaft durch eine Steuerung über den Markt zu ergänzen, jetzt vor großen Schwierigkeiten steht. In einer Entschließung zum Rechenschaftsbericht der Regierung forderten die Delegierten eine Kontrolle der Inflation, weniger Haushaltsdefizit und sparsamen Umgang mit den Devisen.

Ende 1986 arbeiteten ca. 20% der



Mit der Reform der Unternehmensverfassung will die chinesische Regierung die Arbeitsproduktivität drastisch steigern. Problem: Wohin mit den freizusetzenden Arbeitern?



Unter den 30 Freiwilligen, die am 21. April ihren Dienst in der luxemburgischen Armee begannen, befinden sich auch erstmals drei Frauen. Die Rekrutierung weiblicher Freiwilliger geht auf ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs zurück, vor dem Luxemburgerinnen auf Gleichberechtigung geklagt hatten. Das Armeeministerium kündigte an, die Grundausbildung werde für alle dieselbe sein. Mit dem Urteil haben Reaktionäre einen Grundsatz erklagt, der leicht auch auf andere Armeen ausgeweitet werden kann. Nur noch in Italien und der BRD ist Frauen der „Dienst mit der Waffe“ nicht erlaubt, allerdings werden bislang nur in Frankreich und den USA Frauen direkt bei Kampftätigkeiten eingesetzt. – (uld)

Irland: Anschlag hohen Richters

Am 25.4.87 tötete die IRA durch ein Attentat den hohen nordirischen Richter Maurice Gibson. Er war besonders wegen eines Freispruchs aus dem Jahr 1983 bekannt. Drei Polizisten waren damals angeklagt gewesen, IRA-Angehörige provoziert und erschossen zu haben. Gibson lobte sie dafür, daß sie Terroristen „vor das letzte Gericht“ gebracht hätten. Damit sanktionierte er die (immer noch stattfindenden) „shoot-to-kill“ Aktionen der Armee und der Polizei, die unbewaffneten Leuten auflauern und sie erschießen. Selbst eine nach vielen Protesten von der Regierung in Auftrag gegebene Untersuchung ergab, daß solche Mordak-

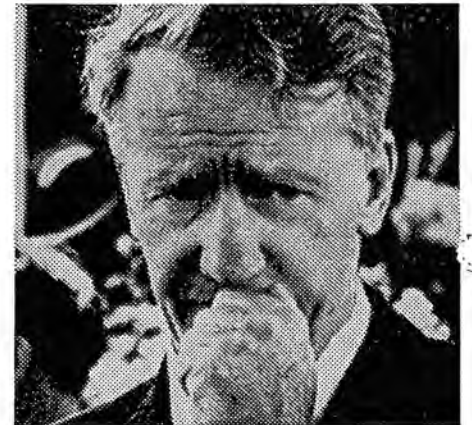
tionen stattfanden und die von Gibson so kommentierte Polizeiaktion dazu gehörte. – (hef)

Türkisch-Kurdistan: Bewaffneter Widerstand

Kurdische Befreiungskämpfer haben erneut bewaffnete Aktionen gegen türkische Armee- und Polizeikräfte durchgeführt. Am 2. März griff eine Einheit der Volksbefreiungsarmee (ARGK) eine Armeewache in Egil in der Provinz Diyarbakir mit Raketen an und machte sie dem Erdboden gleich, ein Soldat starb. Am 7. März griffen ARGK-Einheiten eine Versammlung von „Dorfschützern“ an. 15 Milizionäre wurden getötet. In Dogubeyazit starben 8 türkische Soldaten bei einem Gefecht mit ARGK-Kräften. – (rül)

Zimbabwe: Parlament schließt Smith aus

Das Parlament von Simbabwe hat Ian Smith für zwölf Monate von seinem Mandat suspendiert. Außer 10 Abgeordneten der weißen Minderheit stimmten allen Abgeordneten für den Ausschluß. Smith war Ministerpräsident von Rhodesien, bevor er durch den bewaffneten Befreiungskampf der Patriotischen Front gestürzt wurde. Er hatte einen Sitz im Parlament überhaupt nur erhalten, weil Großbri-



tannien im Lancaster House Abkommen, das zwischen der ehemaligen Kolonialmacht und den Befreiungsorganisationen abgeschlossen wurde, die Privilegierung der weißen Minderheit durchgesetzt hatte. Das Abkommen ist am 1. April dieses Jahres ausgelaufen. Smith wurde vom Parlament ausgeschlossen, weil er im vergangenen Jahr ununterbrochen gegen Sanktionen gegen Südafrika aufgetreten war und in einer Rundreise durch Südafrika für die Aufrechterhaltung der Rassistenherrschaft eingetreten war. Bei weiterer Verbreitung rassistischer Parolen droht ihm ein Gerichtsverfahren. – (uld)

Staatsbetriebe mit Verlust. Die Inflationsrate steht nach offiziellen Angaben bei 10%, nach westlichen Berichten bei ca. 20%. Allein im letzten Quartal 1986 ist die zirkulierende Geldmenge um fast 50% gegenüber dem Vorjahr gewachsen. Chinas Auslandsverschuldung – meist in kurzfristigen Krediten – betrug Ende 1986 30 Mrd. US-\$, und in 1987 soll die Kreditaufnahme gegenüber 1986 nochmal um 86% wachsen: 14,6 Mrd. Yuan (ca. 7 Mrd. US-\$) sollen neu aufgenommen werden. Für 1987 wird ein Haushaltsdefizit von 8 Mrd. Yuan veranschlagt – trotz 10%iger Kürzung der Staatsausgaben über alle Bereiche mit Ausnahme der Landwirtschaft.

In dieser Lage hat der Volkskongreß es vermieden, das Tempo der Einführung marktwirtschaftlicher Reformen weiter zu forcieren. Daran glauben mußte u.a. der Entwurf eines Gesetzes über die Unternehmensverfassung, das

der Direktion weitgehende Rechte über Produktionspläne, Preise, Lohnfestlegung sowie die Einstellung und Entlassung von Beschäftigten zugestanden hätte. Diverse Entwürfe dieses Gesetzes zirkulieren schon seit mehreren Jahren. Die Beschlußfassung über das Gesetz und dessen Inkrafttreten hätten in den nächsten Jahren zu fatalen Konsequenzen geführt: zur Entlassung von Millionen Beschäftigten der Staatsbetriebe bei Nichtexistenz einer Arbeitslosenversicherung, zu einer weiteren Zunahme der Inflation und der Ungleichzeitigkeit in der wirtschaftlichen Entwicklung der verschiedenen Landesteile. Schon heute hat die beschränkte Freigabe der Preise und der Vermarktung von Industrieprodukten dazu geführt, daß in der Industriemetropole Shanghai z.B. für Stahl auf dem freien Markt 80% mehr bezahlt werden muß als bei Zuteilung nach Staatsplan, und in entlegenen Landes-

teilen ein Vielfaches davon.

Die Vertagung der Entscheidung über das Unternehmensgesetz bedeutet zugleich einen Aufschub für das Inkrafttreten des schon im letzten Jahr beschlossenen Konkursgesetzes. Dieses Gesetz sieht die Möglichkeit vor, daß Staatsbetriebe Konkurs anmelden und daß deren Beschäftigte eine Zeitlang Geld aus der zu errichtenden Arbeitslosenversicherung bekommen.

Die Vertagung bedeutet keineswegs, daß entsprechende Pläne aufgegeben sind. Es ist auch nicht wahrscheinlich, daß die geplanten Eingriffe in die Wirtschaftsstruktur etwa unter die Räder eines Fraktionskampfes in der Parteispitze gekommen sind – so die besorgte These bürgerlicher Kommentatoren, die das Erstarken der „Maoisten“ wittern und um die gerade erschlossenen Absatzmärkte in China zittern. Vielmehr haben die Wirtschaftsreformen der vergangenen Jahre das Gefüge der

Japan: Wahlerfolge der Linken

Bei den Kommunalwahlen im April konnte die KP Japans, die bei den letzten Parlamentswahlen fast 10% der Stimmen erreicht hatte, ihre Position in den großen Städten weiter festigen. In verschiedenen Bezirken Tokyos und Nagoyas gewann sie die Mehrheit. Stimmengewinne verzeichnete auch die Sozialistische Partei, die bei den letzten Parlamentswahlen noch Verluste hinnehmen mußte. Wahlverlierer: die Regierungspartei LDP, deren Führer, Japans Premier Nakasone, jetzt zur Disposition steht. – (wom)

USA: Drogentests nach Eisenbahnunglück

Nach dem Zusammenstoß eines Inter-city-Zuges mit einem Güterzug in den USA, bei dem 16 Menschen ums Leben gekommen waren, wurde das Zugpersonal sofort auf Drogen untersucht. Ein Lokführer und ein Bremser testeten angeblich positiv auf Spuren von Marihuana. Gleichzeitig versicherte das Eisenbahnunternehmen, daß man keine Mängel an seinen technischen Anlagen habe feststellen können. In den Anhörungen zur Unfallursache mußte die Transportministerin zugeben, daß die Blut- und Urinproben womöglich nicht „korrekt“ behandelt worden seien. Seit einem Jahr hat dasselbe Labor Drogentests an Eisenbahnangestellten durchgeführt, aufgrund denen Beschäftigte diszipliniert und entlassen wurden. Jetzt befürchten die verschiedenen Eisenbahngesellschaften eine Flut von Gerichtsverfahren. Ein Anwalt der Eisenbahnergewerkschaft hat angekündigt, daß alle Fälle vor Gericht gebracht werden, und das seien eine ganze Menge. Hilfreich wird dabei eine kürzlich veröffentlichte Untersuchung

sein. 50 Labors waren Scheinproben zugesandt worden. 20% fanden Drogen, wo keine waren, und das, obwohl die Labors im voraus informiert worden waren, daß es sich um Scheinproben handelt. – (her, ger)

Boliven: Minenarbeiter im Streik

Seit Mitte April befinden sich die bolivianischen Minenarbeiter in einem unbefristeten Streik. In allen Minenstädten des Landes werden Kundgebungen und Demonstrationen durchgeführt und so die monatelangen Kampfmaßnahmen der Minenarbeiter

gegen die drastische Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen fortgesetzt. Nach dem Verfall der Zinnpreise auf dem Weltmarkt hatte die Regierung von Präsident Estenssoro zwei Drittel der Bergarbeiter in der größten staatlichen Zinnmine Comibol entlassen und die Löhne gekürzt. Zur Zeit organisiert auch der bolivianische Gewerkschaftsdachverband COB eine landesweite Kampagne für höhere Löhne und Sozialleistungen. Die Masse der Lohnabhängigen muß von Einkommen leben, die unter dem Existenzminimum liegen, und über 20% sind arbeitslos. – (sie)



Auch die vierte kanadische Verfassungskonferenz über die Rechte der Ersten Nationen ist ergebnislos zu Ende gegangen. Die Ureinwohner gehen davon aus, daß ihr Überleben von der verfassungsmäßigen Verankerung ihres Rechts auf Selbstbestimmung abhängt; sonst ist die Alternative Assimilation oder Dahinvegetieren im Elend. Sie fordern Selbstbestimmung über Land, Schulen und soziale Einrichtungen. Widerstand dagegen wurde vor allem von den westlichen kanadischen Provinzen geäußert, in denen die Ersten Nationen zahlreicher sind. Der Premierminister von British Columbia, Vander Zahn, erklärte, die Indianer müßten ihre alten Landgebiete mit allen Kanadiern teilen, statt eigene Mini-Staaten zu errichten. (Bild: Blackfoot Jim Manybears mit den Premierministern von Manitoba und Ontario) – (mfr)

Planwirtschaft nachhaltig erschüttert, ohne daß es bislang gelungen ist, an Stelle einer zentralen Planung, die bis ins Detail aller Wirtschaftssektoren ging, wirksame neue Steuermechanismen zu etablieren, die flexibler sind und die dezentrale Initiative fördern und gleichzeitig zentrale Kontrolle und Korrektur nicht ausschließen.

Als einen solchen Steuermechanismus hatten Chinas Ökonomen als neu-bekehrte Marktwirtschaftler den Marktpreis auserkoren: Die Freigabe der Preise werde die rationale Verteilung von Rohstoffen, Arbeitskräften, Kreditmitteln etc. erleichtern. Aber schon die ersten Schritte auf diesem Weg haben die Inflation angeheizt und die sektoralen und regionalen Ungleichgewichte nur verschärft; bei vielen Produkten klaffen die per Plan festgesetzten und die auf dem Markt zu erzielenden Preise enorm auseinander – was sowohl Schwarzmarkt und Spekulation fördert,

als auch die Verluste vieler Betriebe vergrößert, die jetzt Rohstoffe teurer einkaufen müssen, aber ihre niedrigen Abgabepreise weiter vorgeschrieben bekommen; von den Reformen profitieren vor allem die Industriezentren, während die Wirtschaftsentwicklung in Gebieten wie Tibet oder Xinjiang immer weiter zurückbleibt. Schließlich fehlen Mindestsicherungen der Existenz der Lohnabhängigen wie auch der Bauern: Arbeitslosenversicherung und ein Rentenversicherungswesen sollen erst aufgebaut werden. Es sind offenbar die Voraussetzungen für eine neue Unternehmensverfassung und die damit notwendig einhergehende Freigabe der Preise und des Arbeitsmarktes bislang nicht gegeben, es sei denn um den Preis gewaltiger sozialer Erschütterungen.

So hat denn Zhao Ziyang in den Perspektiven für 1987 die „Konsolidierung und Vertiefung“ der bisherigen

Reformen angekündigt. Mit der Unternehmensreform soll in 8000 von insgesamt 90000 großen Staatsbetrieben experimentiert werden; die Staatsbetriebe werden künftig Neueinstellungen nur noch auf Zeitvertragsbasis durchführen und zudem pro Beschäftigten eine Abgabe an die Arbeitslosenversicherung und die Rentenkasse auf Provinzebene leisten; Staatsbetriebe können andere Staatsbetriebe aufkaufen oder deren Anlagen mieten; Staatsbetriebe können sich durch Anleihen Geld besorgen, Kollektivbetriebe dürfen auch Aktien ausgeben. Damit wird die bisherige Wirtschaftspolitik fortgesetzt und auch eine Methode bekräftigt, zunächst Reformen praktisch durchzusetzen – evtl. nur in ausgewählten Bereichen – und anschließend zu legalisieren.

Quellenhinweis: Far Eastern Ec. Review, 23.4.87; SZ, div. Ausgaben; NZZ, div. Ausgaben – (wom)

– Veröffentlichungen –

Ein Ratgeber für die Bundeswehr!

Das Buch „Ich muß zum Bund“ ist vom Februar 87. Die beiden Autoren sind ehemalige Bundeswehrsoldaten. Angefangen bei der Entstehung über die Entwicklung, die Perspektiven bei der Bundeswehr, über Alternativen zum Militärdienst wird ein Leben eines Wehrpflichtigen von Beginn an beschrieben. Das Buch will eine Informationslücke für Leute schließen, die aus verschiedenen Gründen nicht verweigert haben, sich aber trotzdem Gedanken machen wollen. Es gibt auch genug Stoff, sich mit der Bundeswehr auseinanderzusetzen. Nur hier läßt das Buch die jungen Leute alleine. Es gibt zu wenig Tips und macht zu wenig Angebote, anders mit dem Buch umzugehen. Den künftigen Soldaten wird Angst gemacht, ohne ihnen eine Lösung anzubieten. Eine Ausnahme sind die Interviews. Insgesamt möchte ich eine kritische Empfehlung für das Buch aussprechen. Die Gradwanderung zwischen Reformhilfe, daß die Leute sich leichter in die Hierarchie einordnen können und so besser die Funktion in der Bundeswehr erfüllen können und der grundlegenden Änderung der Bundeswehr ist schmal. Das Buch bewegt sich in diesem Spannungsfeld. Im Alltag der Bundeswehr hilft das Buch eher dem Einzelnen, ein Mensch zu bleiben, anstatt der Bundeswehr ein vielleicht kritischer aber im gesamten nützlicher Soldat zu werden. Kritisiert werden muß, daß die extreme Frauenfeindlichkeit beim Bund fast völlig unerwähnt bleibt. H.P. Wickel, M. Heilmann: Ich muß zum Bund – Handbuch für Wehrpflichtige, rororo Nr.8310, Preis: 9.80 DM – (M., AG Jugend, Militär, Gefängnisse)

Ein nützliches Buch für Konzernkritik

Auf 200 Seiten weist die Bremer Diplomökonomin Dr. Angelika Sörgel in einem jüngst erschienenen Taschenbuch in die Grundsätze kapitalistischer Geschäftsbilanzen und die damit verbundenen Techniken der Profitverschleierung ein. Die Stärken ihres Buches liegen dort, wo die Verfasserin die von den Kapitalisten benutzten Methoden der Bilanzerstellung und Bilanzverfälschung im einzelnen beschreibt. Wer erfahren will, was sich hinter Angaben über „Anlagekapital“, „Umlaufvermögen“, „Rückstellungen“ und dergleichen verbirgt, mit welchen Verfahren die Kapitalisten gewöhnlich ihre Bilanzen frisieren, um ihre Profite nur zum geringen Teil auszuweisen, erfährt einiges. Ein Anhang, der die wichtigsten gesetzlichen Bilanzierungsvorschriften erläutert, Listen der größten

Unternehmen im Produktions-, Handels- und Bankenbereich in der BRD sowie ein Register der am häufigsten in Geschäftsberichten verwendeten Fremdworte schließen das Buch ab.

So akribisch die Verfasserin, Mitglied der „Memorandumgruppe“, den Techniken der Profitverschleierung nachgeht, so achtlos übergeht sie andere wichtige Kritikpunkte. So wird das Steuerrecht für die Kapitalisten nur ganz am Rande kritisiert, obwohl doch gerade hier die Regierung in letzter Zeit energisch tätig war und obwohl dieses Steuerrecht schon lange den Kapitalisten Steuerabzüge erlaubt, wie sie vergleichsweise für gewöhnliche Lohnabhängige niemals möglich sind.



„Abschreibungen auf Anlagevermögen“ z.B. müssen die Lohnabhängigen für Auto und Wohnungseinrichtung auch jedes Jahr machen. Die Steuer der Kapitalisten sinkt dadurch um Milliardenbeträge, die Lohnsteuer der Lohnabhängigen um keinen Pfennig. Auch die Umwälzungen in der Arbeitsorganisation und die zunehmende Flexibilisierung von Lohn und Arbeitszeit als Ursache der gestiegenen Gewinne der Unternehmen werden nur am Rande gestreift. So wird die Bilanzkritik auf die Suche nach verborgenen Gewinnen begrenzt und bleibt ohne Beziehung zur Kritik an der kapitalistischen Arbeitsorganisation und Entlohnung und ohne Bezug zu den Expansionsplänen der Kapitalisten.

Ausgesprochen schwach und zum Teil direkt dümmlich sind die knappen Ausführungen der Verfasserin über die marxistischen Grundlagen ihrer Kritik. Ein Verweis auf „Lohn, Preis und Profit“ oder ähnliche Schriften von Marx und wo diese zu beziehen sind, wäre hilfreicher gewesen. (A. Sörgel, Entschleierte Profite, Nachrichten-Verlags-Gesellschaft, Frankfurt 1987, 22 DM – rül)

Kritik an der AIDS-Politik der Bundesregierung

Rolf Rosenbrock stellt zu Beginn seines Buches grundsätzliche Mängel in der AIDS-Forschungspolitik fest. Wo die wichtigsten Antworten auf die Frage nach Vorbeugung und Behandlung gefunden werden könnten, wird nicht geforscht: „Dabei weiß man aus dem Kampf gegen die ‚alten‘ großen Infektionskrankheiten, daß der Keim (hier: das Virus) stets nur eine notwendige Voraussetzung der Infektion und der Krankheit ist. Die hinreichenden Bedingungen, an denen Prävention anzusetzen hat, lagen bislang immer in den sozialen, hygienischen und Ernährungsumständen sowie dem dadurch geprägten Verhalten der Betroffenen.“ Er sieht die Ursache dafür vor allem bei dem Profitstreben von Pharmaunternehmen und dem Karriereiz des medizinischen Wissenschaftssystems und nicht bei der zunehmenden Ausbeutung und Absenkung des unteren Lebensstandards durch die westdeutschen Imperialisten.

Rosenbrock kritisiert alle Versuche, die Verbreitung des Virus durch staatliche Unterdrückung oder moralische Kampagnen für Treue und Familie verhindern zu wollen. Er verweist auf Forschungsergebnisse, die beweisen, daß diese Maßnahmen das Gegenteil bewirken werden. Stattdessen solle sachgerechte Information am besten durch Selbsthilfegruppen verbreitet werden. Staatliche Einmischung bei jedem Antrag auf Finanzierung dieser oder jener Broschüre verzögere und behindere die Arbeit.

Den größten Teil seines Buches widmet der Autor der Kritik des sog. AIDS-Tests. Höchstens für Forschungszwecke und evt. zur Schwangerschaftsvorsorge sei er geeignet. Ansonsten richtet er nur Unheil an, weil ein positives Testergebnis erstens falsch sein kann und zweitens nur aussagt, daß eine Auseinandersetzung mit dem HIV-Virus (=heutige Benennung des AIDS-Virus) stattgefunden und der Körper Abwehrstoffe gebildet hat. Ob eine Virusinfektion überhaupt zu der Krankheit AIDS führt, unter welchen Bedingungen und nach wie vielen Jahren, diese Fragen kann der HIV-Antikörpertest nicht beantworten. (Rolf Rosenbrock, AIDS kann schneller besiegt werden, VSA-Verlag 1987, 16,80 DM – sul)

Enthüllungen über EDV-Einsatz

Der vorwiegend in Hessen tätige Arbeitskreis gegen Computer, ein Zusammenschluß von Gewerkschaftsmitgliedern, Betriebs- und Personalräten, hat eine Reihe von Vorträgen über den EDV-Einsatz in großen Betrieben veröffentlicht. Die einzelnen Beiträge sind vor allem von Nutzen, wenn man etwas

erfahren will, wie und von wem die verschiedenen Dateien der Sozialversicherungsträger, der Schufa und anderer Datensammlungen benutzt werden, z.B. wird enthüllt, daß die Allgemeinen Ortskrankenkassen und andere große Krankenkassen versuchen, nicht nur durch Datenabgleich „Risikogruppen“ aus den Versicherten herauszufinden, sondern nach der Erfassung von Merkmalen für bestimmte Krankheiten auch bemüht sind, für einzelne Versicherte herauszufinden, ob und welcher „Risikogruppe“ sie angehören. Der Berichterstatter, Angestellter bei der Frankfurter AOK, weist mit Recht darauf hin, daß solche Benutzung der EDV vor allem dann gesellschaftlich wirken wird, wenn es der Reaktion gelingt, den „Risikoaufschlag“ für häufig oder chronisch erkrankte Versicherte durchzusetzen. Spannend ist auch die Beschreibung eines Bankbeschäftigten, daß die Auskunfteien, vor allem die Schufa, nicht nur – und das völlig legal – von den Kreditunternehmen benutzt wird, sondern auch von Unternehmen bei Stellenbewerbungen, von Banken und Kreditunternehmen immer vor Einstellungen, von Wohnungsbauunternehmen bei Mietbewerbern, vom Versandhandel für Auskünfte über Kunden und von Lebensversicherungen benutzt werden. Auskunft erhält jedes Unternehmen, das der Schufa angeschlossen ist – und das sind etwa 30000 Unternehmen. Die Schufa selbst hat mit etwa 25 Millionen Personen fast die gesamte erwerbsfähige Bevölkerung der BRD erfaßt.

Daneben enthält das Buch Enthüllungen über die Arbeitsbedingungen an Datenverarbeitungsgeräten vor allem im Bereich der Verwaltung und die Anwendung von Personalinformationssystemen. Einige Ansatzpunkte für die Auswirkung der EDV auf die Arbeitsorganisation in der Produktion enthält ein Bericht über „EDV bei Hoechst“, indem berichtet wird, wie Computer in der Farbherstellung, der Reparaturabteilung und der Konstruktion und Produktion der Rohrleitungssysteme eingesetzt werden und welche Auswirkungen auf die Arbeit der jeweils in den Abteilungen Beschäftigten das hat.

Ein ausführlicher Beitrag befaßt sich mit den Auswirkungen der EDV im Einzelhandel auf Lagerhaltung und die Arbeitsbedingungen. Er hebt hervor, daß insbesondere der zeitlich flexible Einsatz von Arbeitskräften und die Differenzierung der Ausbildung in eine dreijährige und eine verkürzte Ausbildung und die Entstehung von weiteren, äußerst stupiden Tätigkeitsbereichen eine Folge des EDV-Einsatzes im Handel ist.

(Arbeitskreis gegen Computer, EDV – Abtauchen oder Aufstehen?, Der elektronische Angriff auf Kopf, Herz & Hand; Steinweg-Verlag, 29,80 DM – uld)

SPD-Parteivorsitz

In der Verfolgung der RAF hat Vogel gezeigt, zu was er fähig ist

Mit der Ernennung Jochen Vogels zum künftigen Parteivorsitzenden hat der Parteivorstand der SPD eine programmatische Entscheidung getroffen: Wie kein anderer in der Partei ist Vogel Garant gegen Linksentwicklungen und Links-Bündnisse der SPD.

Von 1974 bis 1981 war Vogel Bundesjustizminister. Unter seiner Federführung entstanden Gesetze, mit denen Strafgefangene und Untersuchungshäftlinge im Verdacht des Terrorismus völlig entrechtet wurden; in Vogels Amtszeit lief der Stammheim-Prozeß und kamen politische Gefangene in Justizgewahrsam um. Vogels Name ist fest mit einer Politik verbunden, die sich nicht scheute, auch außerhalb von Gesetzen zu handeln, um politische Opposition auszuschalten.

1974: Am 9. November starb Holger Meins. Er hatte an einem Hungerstreik gegen die Isolationshaft teilgenommen, der er wie alle anderen politischen Gefangenen der RAF und verwandter Bewegungen unterworfen war, und hatte bei der angeordneten Zwangsernährung systematisch zu wenig Nahrung erhalten. Im Bundestag begründete Vogel nach dem Tode Holger Meins den Kurs der Justiz, die vor der physischen Vernichtung politischer Gefangener nicht zurückschreckte, um die Isolationshaftbedingungen aufrechtzuerhalten:

„Der von Angehörigen der kriminellen Baader-Meinhof-Vereinigung seit September praktizierte Hungerstreik dient ebenso ... wie der angedrohte Durststreik nicht einer Verbesserung angeblich schlechter Haftbedingungen; er ist vielmehr ... Teil eines geplanten Kampfes gegen den Rechtsstaat mit dem Ziel, entgegen den gesetzlichen Bestimmungen die Entlassung aus

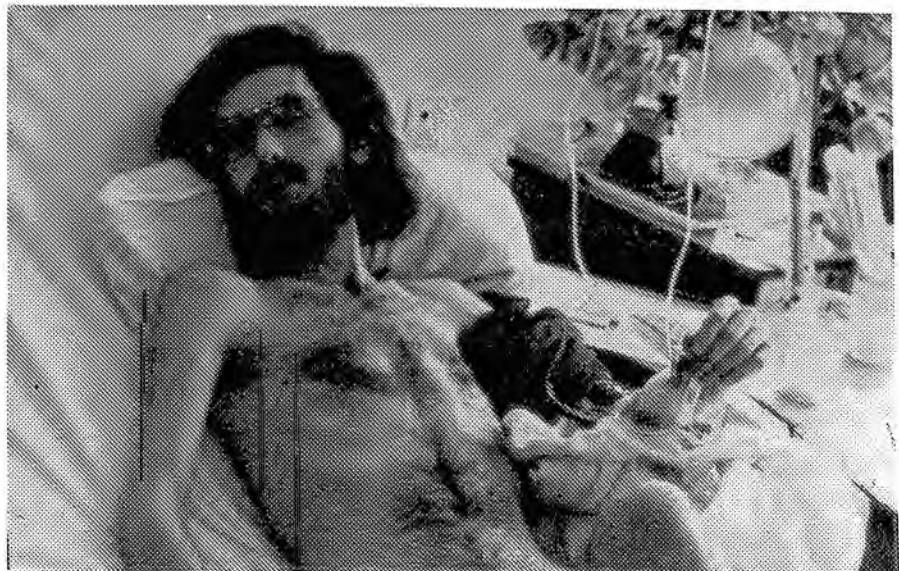
rechtmäßiger Haft zu erzwingen oder doch zumindest die Rechtsstaatlichkeit der zuständigen Institutionen gegenüber der Öffentlichkeit in Zweifel zu ziehen, verächtlich zu machen und wenigstens teilweise zu lähmen. Der Rechtsstaat darf und wird bei Wahrung aller medizinischen und humanen Erfordernisse vor solchen Aktionen nicht kapitulieren.“ (13.11.74, Protokolle S. 8797)

1975: Am 1.1.75 trat das Strafverfahrensrechtsreformgesetz in Kraft, das Vogel den Koalitionsparteien als „Formulierungshilfe“ angetragen hatte und das in weniger als drei Monaten – parallel zum Hungerstreik – durch's Parlament gepeitscht worden war. Mit diesem Gesetz ermöglichte sich die Staatsgewalt, Verteidiger von Verfahren auszuschließen und Verhandlungen ohne Angeklagte durchzuziehen; die Zahl der Wahlverteidiger wurde auf drei beschränkt und die Mehrfachverteidigung verboten. Das Gesetz zielte so eindeutig darauf, die Verteidigung der RAF-Mitglieder Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof und Jan Carl Raspe in dem im Mai 1975 beginnenden Stammheim-Prozeß zu verunmöglichen, daß sich Vogel genötigt sah, im Bundestag zu erklären:

„In der bisherigen öffentlichen Debatte ist da und dort der Eindruck erweckt worden, bei der heute zur Beratung anstehenden Novelle handele es sich um ein Ad-hoc-Gesetz (ein Gesetz eigens für einen bestimmten Zweck – Red.). Davon kann gar keine Rede sein.“ (18.12.74, Protokolle S. 9511)

Dessen ungeachtet erklärte der Berichterstatter des Rechtsausschusses und Vogel-Parteifreund Gnädinger 18 Monate später frank und frei:

„Jedem Eingeweihten ist klar, daß



z.B. ohne die bereits beschlossenen Änderungen der Strafprozeßordnung der Prozeß in Stammheim gegen die Baader/Meinhof-Terroristen in noch größere Schwierigkeiten geraten wäre, ja, unter Umständen hätte abgebrochen werden müssen.“ (24.7.76, Protokolle S. 17990)

1976: Gemäß der Devise von Schmidt:

„Mir scheint, in erster Linie ist die Wirksamkeit der Strafverfolgung, also die Sicherheit, mit der ein Täter seine Bestrafung erwarten muß, für die Sicherheit in unserem Lande entscheidend.“ (13.3.75, Protokolle S. 10735)

hatte sich das Parlament 1975/76 mit zwei weiteren Gesetzespaketen aus dem Bundesjustizministerium zu befassen, die die Strafverfolgung revolutionärer Kritik im allgemeinen und der RAF und verwandter Bewegungen im besonderen verschärfen, zum Teil überhaupt erst ermöglichen: das 14. Strafrechtsänderungsgesetz vom 24.6.76 und das „Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches, der Strafprozeßordnung ...“ vom 20.8.76. Mit beiden Gesetzen schloß, wie sich Vogel später brüstete, der Gesetzgeber „erkannte Lücken“ und verbesserte „unzulängliche Regelungen“:

„Er hat die Strafdrohung für terroristische Vereinigungen in einem eigenen Tatbestand geregelt und erhöht (§129a – Red.). Er hat die Anzeigepflicht ausgedehnt. Er hat das Haftrecht verschärft. Er hat die Erstzuständigkeit des Generalbundesanwalts erweitert, ... Er hat die Überwachung des schriftlichen Verteidigerverkehrs eingeführt. Er hat die Anleitung, die Befürwortung und auch die Billigung von Gewalttaten unter strengere Strafdrohung gestellt. Zweifellos haben diese Regelungen mit dazu beigetragen, daß bislang von den Strafverfahren gegen Terroristen 123 rechtskräftig und 63 in erster Instanz abgeschlossen werden konnten.“ (5.5.77, Protokoll S. 1689)

1977: Das Bundesjustizministerium legte den Entwurf eines Strafverfahrensänderungsgesetzes vor. Damit reagierte Vogel auf die erheblichen Mühen der Justiz, den Stammheim-Prozeß durchzuziehen und zum von vornherein feststehenden Ende zu bringen (u.a. wurde der Vors. Richter Prinzing Anfang 1977 mit dem 85. Befangenheitsantrag zu Fall gebracht). In der klaren Erkenntnis, daß sich die BRD nicht viele solcher Prozesse leisten konnte, betrieb Vogel damit die „Straf- führung von Großverfahren“. Durch weitere Eingriffe, z.B. „Maßnahmen gegen den Mißbrauch des Rechts der Richter- ablehnung und des Anspruchs auf Verwendung aller präsenten Beweismittel“, sollten die letzten Reste des Rechts auf Verteidigung für die politischen Gefangenen noch mehr beschnitten werden.

Daß die genannten Gesetze den

Charakter von Sondergesetzen haben, wird auch in der knappen Schilderung deutlich. Überdeutlich wird der Charakter der „Anti-Terror-Gesetzgebung“ mit dem Kontaktsperregesetz und den Umständen seiner Durchsetzung. Mögen Bundestag, Bundesregierung und Bundesjustizminister mit den vorherigen Gesetzen noch den Anschein von Rechtsstaatlichkeit zu wahren versucht haben – mit der Kontaktsperre und dem Kontaktsperregesetz haben sie selbst diesen Anschein aufgegeben, um kalt ihren Zweck zu erreichen.

Am 5.9.1977 war Schleyer, Chef der Kapitalistenverbände BDA und BDI, entführt worden. Schon in der Nacht zum 6.9. verhängten die Justizverwaltungen der Länder, angewiesen von Vogel, gegen alle aufgrund des § 129 verfolgten Gefangenen eine Kontaktsperre, die sie von ihrer Umwelt, auch ihren Verteidigern, völlig abschneit.

Beschlossen hatte diese Maßnahme der „Kleine Krisenstab“, dem neben Schmidt Vogel, Innenminister Maihofer, Staatsminister Wischnewski, Staatssekretär Schüler, BKA-Präsident Herold und Generalbundesanwalt Rebmann angehörten. Eine Nacht später vereinheitlichte sich auch der „Große Krisenstab“ darauf. Am 7.9. trat erst die Regierung zusammen und billigte nach dem Vortrag von Vogel ebenfalls die Verhängung der Kontaktsperre.

Eine Rechtsgrundlage für die Verhängung der Kontaktsperre, die z.T. sogar unter Ignorierung anderslautender Gerichtsbeschlüsse durchgesetzt wurde, bestand nicht. Obwohl die Bundesregierung sich bemühte, unter Berufung auf einen „übergesetzlichen Notstand“ eine zusammenzufassen, waren sich darüber alle Akteure im „Kleinen“ und „Großen Krisenstab“ vollständig im Klaren, wie Schmidt später auch gegenüber dem „Spiegel“ vom 15.1.79 deutlich machte:

„Ich kann nur nachträglich den deutschen Juristen danken, daß sie das alles nicht verfassungsrechtlich untersucht haben.“ (1)

Auch der Vorwand war mehr als dünn. Als Vogel am 15.9. die Kontaktsperre begründete, die das Recht auf Verteidigung für die Betroffenen gänzlich außer Kraft setzte, log er in vollem Bewußtsein:

„Mit Rücksicht auf die nach den bisherigen Erkenntnissen bestehende Kommunikation zwischen inhaftierten terroristischen Gewalttätern und in Freiheit befindlichen Gesinnungsgenossen war es nicht nur gerechtfertigt, sondern geboten, jegliche Möglichkeit eines unerlaubten Kontakts nach außen für die Dauer der gegenwärtigen von den Entführern ausgehenden Bedrohung zu verhindern.“ (1)

Denn später gab er gegenüber dem italienischen Fernsehen in Beantwortung der Frage, ob die Schleyer-Entführung von den Zellen aus gelenkt worden sei, zu:

„Nein. Das haben wir seinerzeit schon nicht angenommen, und es hat sich keine Bestätigung dafür gefunden.“ (1)

Trotzdem brachten CDU/CSU/FDP/SPD am 28.9. einen vom Justizministerium formulierten Entwurf eines „Kontaktsperregesetzes“ ins Parlament ein, das am gleichen Tag in erster Lesung und einen Tag später in zweiter und dritter Lesung beschlossen wurde und am 2.10. mit Vogels Unterschrift in Kraft trat. Damit sollte eine auch im Sinne bürgerlicher Gesetzgebung illegale Handlung nachträglich legalisiert, oder besser: ein illegaler Zustand Gesetz werden. Daß den Verantwortlichen vollständig bewußt war, auch hier jenseits der eigenen Verfassung zu handeln, gab später wiederum Schmidt im Bundestag zu:

„Wir haben sogar in der Gesetzgebung ... mit dem Kontaktsperregesetz ein rechtsstaatliches Risiko in Kauf genommen, das Gott sei Dank durch das Bundesverfassungsgericht anschließend gerechtfertigt worden ist.“ (15.6.78, Protokolle S. 7771)

Unter der Kontaktsperre kamen in Stammheim in der Nacht vom 17. zum 18. – in Mogadischu hatte die GSG 9 zuvor eine entführte Lufthansa-Maschine gestürmt und die Entführer niedergeschossen – die Gefangenen Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan Carl Raspe zu Tode.

Bundesjustizminister Vogel erklärte anschließend im Bundestag:

„... insgesamt versteht der harte Kern der Terroristen nur die Sprache rechtmäßig geübter staatlicher Gewalt; die Sprache, die in Mogadischu gesprochen wurde und die besagt, daß das Risiko der Gewalt nicht einseitig verteilt ist, daß das Unheil auch auf die verbrecherischen Urheber zurückfallen und zurückschlagen kann.“ (28.10.77, Protokolle S. 4092)

In derselben Rede rechnete Vogel auch „moralisch-politisch“ mit der RAF und den „Ursachen des Terrorismus“ ab:

„Ist der Realitätsverlust der Terroristen nicht auch durch eine maßlos übersteigerte und bis zum Exzeß getriebene Gesellschaftskritik verursacht worden, durch eine Kritik, die Haß gegen unseren Staat erkennen ließ und sich nicht mehr mit den wirklichen Mängeln unserer Ordnung, sondern mit einem Zerrbild beschäftigte, mit einem Zerrbild, das, wäre es Wirklichkeit ... die Frage nach der Gewalt als dem letzten Mittel nicht völlig erscheinen ließe.“ (S. 4094, unvollständig im Original)

Dieser Mann soll der neue SPD-Parteivorsitzende werden.

Quellenhinweis: (1) zitiert nach P. Bakker Schut, Stammheim, Kiel 1986; weitere Hinweise: Jahresberichte der Bundesregierung 1976–1979; Bundestagsprotokolle 1974–1978; Kommunistische Volkszeitung 1974–1977 – (scc)

Landesparteitag der NPD in NRW geplatzt

Dortmund. Erstmals seit Jahren ist es gelungen, den nordrhein-westfälischen Landesparteitag der NPD zumindest vorerst zu verhindern. Vor Monaten hatte die NPD in mehreren Städten Anfragen nach städtischen Räumen gestartet. Offensichtlich als Reaktion auf Proteste von Antifaschisten, die sich in Essen und Waltrop auch in Ratsbeschlüssen niederschlugen, mietete die NPD für den 26.4. private Räume in einer Gaststätte in Dortmund an. Dies wurde sechs Tage vorher bekannt. Trotz der knappen Zeit gelang es, den Wirt am 24.4. zur Kündigung des Vertrages zu bewegen: Das Antifaschistische Forum Dortmund, der DGB, der SPD-Unterbezirk u.a. hatten ihn dazu aufgefordert. Am Sonntagmorgen versammelten sich rund 300 Antifaschisten vor der Gaststätte. Lediglich ein anscheinend nicht informiertes NPD-Mitglied tauchte auf. Nach eigenen Recherchen und nach Aussage der Polizei konnte die NPD auch nicht anderswo tagen. Die NPD selbst drohte dem DGB und dem Hoesch-Betriebsrat am Abend des 26.4. mit einer Strafanzeige wegen Nötigung. – (wof)

Demonstration gegen Kampagne zur Hess-Freilassung

Westberlin. Zum 26. April, dem Geburtstag des Kriegsverbrechers Hess, hatten Faschisten erneut auf Flugblättern dessen Freilassung gefordert. Weil damit zu rechnen war, daß sie versuchen würden, Kundgebungen vor dem Militärgefängnis in Spandau durchzuführen, hatte ein antifaschistisches Bündnis zu Gegenaktionen aufgerufen. Ganztägig wurde eine Mahnwache vor dem Gefängnis durchgeführt, und nachmittags demonstrierten ca. 500 Leute zum Gefängnis hin. Aufgerufen hatten die AL, Autonome, Demokratischer Frauenbund, Jusos, Die Falken, SJV Karl Liebknecht, VVN sowie Volksfront. Ziel der Aktion war nicht nur, ein Auftreten der Faschisten zu verhindern, sondern auch ein Gegengewicht zu der seit einigen Wochen laufenden Pressekampagne zur Hess-Freilassung zu schaffen. Ständige Mitteilungen über angebliche Krankheiten von Hess, Gerüchte von Gnadengesuchen, die Ente des "Spiegel" über die angebliche Einwilligung der Sowjetunion zur Freilassung des Kriegsverbrechers, regierungsoffizielle Unterstützung der von den Faschisten erhobenen Forderung sollten massiv die Meinung der Westberliner Bevölkerung beeinflussen. Autonome, VVN und Volksfront nahmen in ihren Kundgebungsbeiträgen gegen die damit beabsichtigte Reinwaschung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit Stellung. – (gug)



Hildesheim. Der diesjährige Ostermarsch war geprägt von der Auseinandersetzung um das geplante „Schlesien-Museum.“ Mit Transparenten, Flugblättern und Reden wandten sich alle teilnehmenden Organisationen gegen das Museum und die Ziele, die damit verfolgt werden. Am 16.04. fand im Stadttheater eine „Pausen-Aktion“ von 30 Gegnern des Museums statt. – (anp)

Demonstration gegen die faschistischen „Grauen Wölfe“

München. Gegen eine „Kulturveranstaltung“ der faschistischen Türk-Föderation (besser bekannt unter dem Namen „Graue Wölfe“), die am 18.4.87 im Münchner Schwabinger-Bräu stattfand, führten kurdische, türkische und westdeutsche Antifaschisten eine Mahnwache vor dem Münchner Rathaus durch und riefen zu einer Demonstration gegen dieses Faschistentreffen auf. 250 Menschen beteiligten sich an der Demonstration, die zum Versammlungslokal führen sollte, jedoch in einer Entfernung von einem Kilometer auf Anweisung des Kreisverwaltungsreferates aufgelöst werden mußte. Begründet wurde dies mit der „unmittelbaren Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ und weiter mit Gewalttätigkeiten unter türkischen Gruppen. Trotzdem zogen fünfzig Leute vor das Schwabinger-Bräu und protestierten dort gegen die Versammlung. Zu Auseinandersetzungen kam es nicht. – (ror)

Vorbereitungen gegen Treffen der Paneuropa-Union

Goslar. Gegen die „Europa-Tage“, die die Paneuropa-Union Deutschland vom 15.-17.5.87 in Grenznähe zur DDR unter Beteiligung ihres internationalen Präsidenten Otto Habsburg sowie mit Kohl und Albrecht als Redner durchführen will, bereitet die „Initiative für ein Antifaschistisches Plenum Goslar“ Protestaktionen vor. Am 16.5.87 soll eine Demonstration durchgeführt werden. Das Aufruf-Flugblatt, dessen politische Stoßrichtung – gegen die Wiedererrichtung eines Großdeutschlands in einem vereinten „freien Europa“ und für die volle völkerrechtliche Anerkennung der DDR sowie der bestehenden Nachkriegsgren-

zen – bereits festgelegt ist, wird u.a. von VVN/BdA, Volksfront, SJD/Die Falken, DKP, SDAJ, GAW/Grüne, Friedensliste und Jungsozialisten unterzeichnet. Ferner haben sich bisher gegen das Treffen der PEU u.a. SPD Ortsverein und Unterbezirk Goslar, ÖTV-Kreisvorstand, OJA IG Metall ausgesprochen. – (mio)

Kampagne gegen Wahlzulassung von Faschisten

Lübeck. Etwa 30 Mitglieder von Autonomen, BWK, DKP, Roter Hilfe, Volksfront sowie verschiedenen antifaschistischen Initiativen haben sich am 25./26. April zu einem antifaschistischen Kongreß getroffen, um zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen faschistische Aktivitäten in Schleswig-Holstein zu kommen. Insbesondere wurde beraten, wie die Bemühungen von Faschisten und ihnen nahestehenden Organisationen, die Landtagswahlen zu einer Vergrößerung ihres Einflusses zu nutzen, durchkreuzt werden können. Es wurde beschlossen, „in einer Kampagne gegen die Wahlzulassung und Kandidatur von Parteien zusammenzuarbeiten, die nach den im Artikel 139 des Grundgesetzes genannten alliierten Kontrollratsgesetzen als faschistische Organisationen verboten und aufzulösen sind“. Es ist noch nicht klar, welche faschistischen Parteien kandidieren wollen. Die Anwesenden waren sich aber einig, daß „die Republikaner ein zentrales Sammelbecken des faschistischen und ultrarechten Spektrums sind“, und haben deshalb Kieler Rechtsanwälte gebeten, in einem Rechtsgutachten besonders zu überprüfen, ob und wie die Kontrollratsgesetze auf die Republikaner anzuwenden sind. Eine gemeinsame Gegenkandidatur von verschiedenen antifaschistischen Kräften kam zu diesen Landtagswahlen leider nicht zustande. – (clm)

C. Freudenberg Weinheim

Betriebsratswahl als Schritt zur Wahrung der Interessen der Niedrig-Einkommen

Weinheim. Carl Freudenberg ist ein Konzern mit mehr als 8000 Beschäftigten allein in Weinheim/Bergstraße. Rund 50% der Belegschaft ist in den Produktions-Lohngruppen. Die rund 1000 Arbeiterinnen sind zu 90% in den unteren vier Lohngruppen – mit einem tariflichen Bruttolohn zwischen 2130 und 2360 DM und einem effektiven Akkordlohn von selten über 2500 DM (bei Normalarbeitszeit und ohne Zulagen). Die niedrigste Handwerker-Lohngruppe liegt noch über der höchstens erreichbaren Produktionsgruppe.

Die satte Spaltung spiegelt sich in der Politik des Betriebsrates wider: Vorschläge von Vertrauensleuten für stärkere Anhebung der unteren Lohngruppen im Haustarif der Gewerkschaft Leder wurden abgelehnt. Eine Betriebsrentenvereinbarung, die für lei-

und in Verbindung mit der Betriebsratsarbeit des „Frischen Windes“.

Dieses Mal mußte der Ortsvorstand der Gewerkschaft aufgrund heftigen Druckes aus der Belegschaft einer Persönlichkeitswahl zustimmen. Die vorbereitenden zehn Teil-Betriebsversammlungen wurden von jeweils zwischen 25 und 30 Kandidatinnen und Kandidaten genutzt; viele von ihnen sprachen dabei konkret gegen Pläne der Unternehmensleitung. Angegriffen wurden z.B. alle Flexi-Pläne der Unternehmensleitung; gesundheitsgefährdende Arbeitsbedingungen wie Lärm, Hitze, giftige Dämpfe, Stäube und Gase; Ausdehnung von Nacht- und Schichtarbeit; Überstundenzwang; diskriminierende Behandlung von Ausländern u.a.

Zusätzlich brachten schließlich sie-

den Betriebsrat (von 19 gewerblichen und zwölf Mitgliedern aus dem Angestelltenbereich). Der bekannteste bisherige „Frischer-Wind“ Betriebsrat kam mit 1527 Stimmen und 280 Stimmen Vorsprung auf Platz eins im Arbeiterbereich. Um ein Haar (eine Stimme) wäre auch Platz zwei von einem „Frischer-Wind“ Betriebsrat belegt worden. Insgesamt kamen drei Arbeiterinnen und vier Arbeiter neu in das Gremium.

Dieses Ergebnis bestätigte die oppositionellen Kräfte im Betrieb. Es wirft aber auch Probleme auf: Wird auf dieser Grundlage eine Bündnispolitik möglich sein, die wenigstens an einzelnen Punkten zu *Mehrheiten* führt? Wird die schroffe Spaltung im Betriebsrat gedämpft? Wird der Bereich der Handwerker – bisher tragende Kraft im Betriebsrat, jetzt fast überhaupt nicht mehr vertreten – in eine solche, die unterschiedlichen Interessen berücksichtigende Betriebsratsarbeit einzubinden sein? Werden beispielsweise nun die Flexi-Anträge eindeutig zurückgewiesen? Werden bei der laufenden Tarifrunde durch eine stärkere Anhebung der unteren Gruppen deren Interessen berücksichtigt?

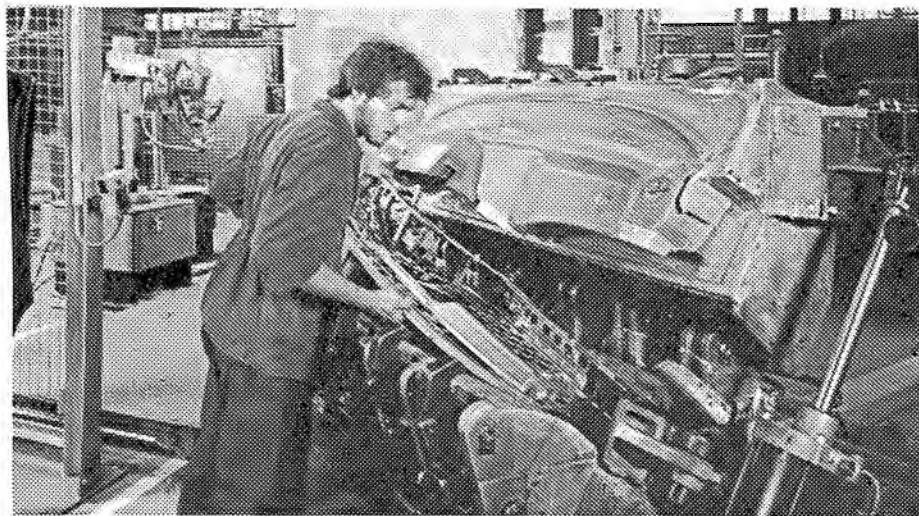
All das ist bisher noch alles andere als sicher. Es ist aber unabdingbar, wenn die Belegschaft einen praktischen Nutzen vom neuen Betriebsrat haben soll. – (HS, VSP; bef, BWK)

Einzelhandel Bayern

150 DM mindestens wird gefordert

München. Die HBV fordert für den bayerischen Einzelhandel Lohn- und Gehaltserhöhungen um sieben Prozent, mindestens jedoch 150 DM für alle, die Ausbildungsvergütungen sollen um 100 DM erhöht werden, am 7. Mai ist Verhandlungsbeginn. Die HBV führt 1987 eine reine Lohn- und Gehaltsrunde, will aber in allen Tarifbereichen die geltenden Ladenöffnungszeiten tarifvertraglich absichern. In einigen Tarifbereichen, z.B. Hessen, will die HBV die Eingruppierungsregelungen verbessern, in Baden-Württemberg, wo der niedrigste Tariflohn im Einzelhandel 1306 DM beträgt, fordert sie einen Mindestlohn von 1500 DM. In Niedersachsen und Hamburg fordert die HBV einen Mindestlohn von 1500 DM. In Niedersachsen und Hamburg fordert die HBV einen Mindestbetrag von 150 DM, in Nordrhein-Westfalen Festgeld von 150 DM und im Saarland 8,5 Prozent.

Die relativ hohen Lohnforderungen, erfreulicherweise oft verbunden mit der Absicht die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen besonders anzuheben, sind begründet mit dem Nachholbedarf des Einzelhandels gegenüber den anderen Branchen, die HBV spricht



Produktion von Kunststoff-Armaturenbletern – Gestank, Hitze, Akkorddruck, Nacharbeit und harte körperliche Arbeit.

tende Angestellte Beträge bis ca. 3000 pro Monat ergibt, wurde als „Jahrhundertwerk“ gefeiert, obwohl die Betriebsrenten für neu eingestellte Niedriglöhner mit 70 bis 135 DM/Monat sogar tiefer liegen als bisher.

Bestrebungen, diese Politik zu ändern, sind alt wie die Geschichte ihrer Unterdrückung durch die Führung von Gewerkschaft und Betriebsrat.

Dies führte 1981 dazu, daß neun Arbeiter erstmalig als eigenständige Liste „Frischer Wind“ bei der Betriebsratswahl kandidierten – und 1/3 der Arbeiterstimmen erhielten, 1984 sogar ca. 39%. Seit sechs Jahren findet nun im Betriebsrat ein unerquicklicher Kleinkrieg statt. Die „Frischer Wind“-Betriebsräte wurden aus der Gewerkschaft 1983 ausgeschlossen. Doch auch innerhalb der Gewerkschaft findet Oppositionstätigkeit statt – mit Bezug

ben Kandidaten ein gemeinsames Flugblatt dreisprachig heraus: Die bisherigen vier „Frischer-Wind“-Betriebsräte sowie drei Vertrauensleute – zwei Türken, ein Spanier und vier Deutsche. Darin formulierten sie in persönlich gezeichneten Stellungnahmen ihre Vorstellungen. Gemeinsam erklärten sie: „Es muß ein Betriebsrat sein, der sich ... besonders um die Lage derjenigen Teile der Belegschaft kümmert, die unter den härtesten Bedingungen und – meistens direkt damit gepaart – mit den niedrigsten Einkommen arbeiten müssen. Und es muß ein Betriebsrat sein, der sich ausschließlich an den Belegschaftsinteressen ausrichtet, statt sich unter dem Titel ‚Partnerschaft‘ die Ziele der Unternehmensleitung aufzwingen zu lassen.“

Das Ergebnis der Wahl ergab einen Ruck: Von den sieben kamen sechs in

von einer Spanne zwischen 20 und 30 Prozent.

Für Bayern stellt sich das etwa so dar: 62 Prozent der Beschäftigten im bayerischen Einzelhandel sind Frauen. Die Arbeit als Kassiererin, Verkäuferin oder Auffüllerin ist nicht nur schwer, sie wird auch schlecht bezahlt. Eine Verkäuferin bekommt im ersten Jahr nach der Lehre 1447 DM brutto. Nach frühestens neun Berufsjahren kann sie 2135 DM brutto verdienen. 77 Prozent der Frauen verdient 2000 DM brutto oder weniger (dabei sind die 430-DM-Pauschalkräfte nicht enthalten), sieben Prozent (ebenfalls ohne Pauschalkräfte) verdient unter 1650 DM brutto, das Durchschnittseinkommen der beschäftigten Frauen beträgt 2188 DM.

Die Einzelhandelskapitalisten halten die HBV offensichtlich nicht für streikfähig, in Hessen boten sie ganze 2,5 Prozent an. Aktionsfähig sind allerdings die HBV und die DAG. In München versammelten sich am 22.4.87 rund 200 Bank- und Versicherungsangestellte auf dem Frauenplatz am Dom und demonstrierten gegen das unzureichende Angebot der Kapitalisten. Die Ablehnung des Dienstleistungsabends wurde dort bekräftigt und auf einem Transparent konnte man lesen: „Banken volle Kassen, Personal leere Taschen“. – (dar)

Schleswig-Holstein

CDU betreibt Verschärfung des § 218

Kiel. Am 5.3.1987 vereinbarten CDU und FDP Maßnahmen zur „Verbesserung der Beratung Schwangerer“, um den „Mißbrauch der sozialen Indikation“ des § 218 „einzudämmen“. Diese werde u.a. mißbraucht aus Gründen der Berufsausbildung, der Karriere, einer anderen Lebensplanung oder Beziehungsproblemen ... Eine Anerkennung von Beratungsstellen soll künftig nur erteilt werden, wenn sichergestellt ist, daß die Beratungen „zugunsten des werdenden Lebens“ durchgeführt werden. Beratende und indikationsstellende Ärzte müssen an Fortbildungen zum „Schutze ungeborener Kinder“ teilnehmen, die Beratung darf nicht mehr von der indikationsstellenden Person durchgeführt werden. Dies ist der vorläufig letzte einer Reihe von Versuchen, den § 218 bei prinzipieller Beibehaltung des bestehenden Gesetzes zu verschärfen: durch die bundesweit geregelte Gängelung der Beratungsstellen, denn wird nicht im Sinne des ungeborenen Lebens beraten, können jederzeit die Genehmigung zur Beratung und Geld entzogen werden. 1976 beschränkte sich die damalige Regierung noch auf Durchführungsbestimmungen auf Länderebene.

In Schleswig-Holstein hieß es schon damals: „... Die Fachaufsichtsbehörde (der Minister für Soziales, der Verf.) ist berechtigt, von der ihrer Aufsicht unterstehenden Behörde Berichterstattung und Vorlage der Akten zu verlangen, Prüfungen vorzunehmen und Weisungen zu erteilen.“ Mit dem Bundesgesetz sollen die letzten Lücken gestopft und die Kontrolle in einer Hand konzentriert werden. Es geht darum, die Entscheidung über Fortführung oder Abbruch einer Schwangerschaft in keinem Falle den betroffenen Frauen zu überlassen, sondern dies staatlich zu entscheiden. Dies ist notwendig geworden, weil das ideologische Trommelfeuer zum Schutze ungeborenen Lebens und materielle Trostpflasterchen nicht ausreichend waren, dies durchzusetzen und die Beratungsstellen auf die Bedürfnisse des Staates auszurichten. Zur Förderung der Frauen wurden Stiftungen wie „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“ gegründet oder die Stiftung der Landesregierung „Familie in Not“, die ihrerseits Aufgaben für die Bundesstiftung „Mutter und Kind“ übernommen hat. „Zweck dieser Bundesstiftung ist es, ergänzende Hilfen an werdende Mütter zu leisten, die sich wegen einer Notlage an eine anerkannte Beratungsstelle nach § 218 b des Strafbuchgesetzbuches wenden. Diese Hilfen können insbesondere für die Erstausrüstung des Kindes“ verwendet werden. (Sozialministerin Brockdorff) Damit sollen die Beratungsstellen zu Stellen gemacht werden, die auf jeden Fall das Ergebnis Fortführung der Schwangerschaft zu erbringen haben und Almosen verteilen.

In einer Erklärung des Frauenbündnisses Schleswig-Holstein zu den Koalitionsvereinbarungen heißt es: „Insgesamt sehen wir ... eine Verschärfung des bestehenden § 218. Wir sagen Ihnen ... unseren erbitterten Widerstand sowohl gegen den bestehenden § 218 als auch gegen jeden Versuch der Aushöhlung des § 218 an.“ – (hat)

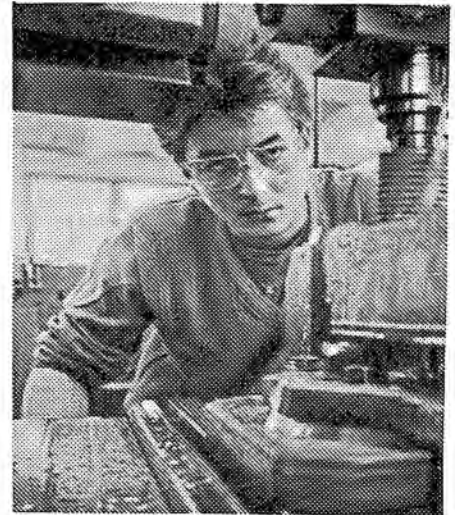
GEW-Hauptversammlung

VW-Sprecher wirbt für Flexi-Ausbildungskonzept

Lüneburg. Gefragt sind nicht länger körperliche Belastbarkeit, manuelle Geschicklichkeit und einseitiges Fachwissen, sondern das Denken in größeren Zusammenhängen, Konzentration und Teamgeist. So umschrieb auf der diesjährigen Jahreshauptversammlung der GEW Kreisgruppe Lüneburg Dipl. Ing. Weber vom Zentralen Bildungswesen der VW AG die heutigen Anforderungen des Automobilkonzerns an die Jugend.

Unter dem treffenden Referattitel „Anspruch der Industrie an schulische

Bildung in Gegenwart und Zukunft“, ausgehend von den wichtigsten Einflüssen auf die Produktionsstrukturen und unter dem Aspekt: „Wie kann die Wiederverwertbarkeit von eingesetztem Kapital gewährleistet werden?“ formulierte Weber weitere Anforderungen an die 4000 bei VW Auszubildenden: Kenntnisse, Kooperation, Verantwortung, Konzentration und Flexibilität in den sich verändernden Produktionsbedingungen. Besonders Wert legte der VW-Referent auf die Fähigkeit der Auszubildenden, Fehler, die im Ferti-



Bald betreut von acht Tutoren in Betrieb und Freizeit?

gungsbereich auftreten, schnell zu erkennen und schriftlich korrekt zu melden, und er beklagte sich bei den Lehrern gleichzeitig über mangelndes schriftliches Ausdrucksvermögen. Weitere Probleme: mangelndes Interesse von Azubis und zum Teil auch von Ausbildern am Betrieb sowie das Fehlen von „Arbeitstugenden“. VW testet deshalb seit Februar dieses Jahres ein neues Ausbildungskonzept: Ein Team von rund acht Ausbildern betreut in der Funktion von Moderatoren den Azubi von Anfang bis Ende seiner Ausbildung. Diese Bezugspersonen, „Ausbilderteams“, bestehen, um z.B. das Hauptproblem „Anonymität“ zu vermeiden. Diese „Betreuung“ soll sich auf die gesamte Zeit, also auch die Freizeit, den „gesellschaftlich integrierenden Teil“, des Azubis, „der zu Hause nichts mit sich anzufangen weiß“ (Weber), erstrecken. Um den Azubi weiter einzubinden, werden Trainer von Sportvereinen ins Werk geholt. Gerade über das technische Interesse der Azubis soll für den Konzern „motiviert“ werden, indem Austauschaktionen mit Lehrlingen von Renault Frankreich vorgenommen werden und umgekehrt. Vorbereitung auf vollkommene Flexibilität und frühzeitige ganztägige Einbindung in die Betriebsgemeinschaft ist der Kern des Konzepts. Beunruhigend, daß auf der Versammlung kaum Kritik aufkam. – (hok)

Kommunalhaushalt

Der Zusammenschluß der Opposition erfordert die Kritik der „Konsolidierung“

Mannheim. Der Gemeinderat hat den Doppelhaushalt 1987/88 Ende März gegen sechs Stimmen der Grünen und des DKP-Stadtrates verabschiedet. Es ist der dritte Doppelhaushalt unter dem ausdrücklichen Leitmotiv „Konsolidierung“ – vier Jahre Erfahrungen mit der sogenannten Haushaltskonsolidierung und des Kampfes gegen sie.

Das Ziel der Haushaltskonsolidierung läßt sich am besten mit den Worten der Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg beschreiben, die dem Innenministerium untersteht und die Ende 1984 die Jahresrechnungen 1978 bis 1982 der Stadt Mannheim überprüft hatte. Sie stellte fest bzw. befahl: „Nur mittels weitgehender Ausschöpfung der Einnahmemöglichkei-

anstalt gelaufen: Die „Ausschöpfung der Einnahmemöglichkeiten“ hat die Gemeinderatsmehrheit aus SPD und CDU planvoll betrieben. Betrug die Pro-Kopf-Belastung mit Gebühren und Entgelten 1981 noch 475 DM, sollen es 1988 bereits 614 DM sein. Im gegenwärtigen Doppelhaushalt sorgen die Müllgebühren für die Steigerung. Die „Einnahmemöglichkeit“ Gewerbesteuer bleibt jedoch seit der Senkung des Hebesatzes von 430 auf 395 Punkte im Jahre 1980 unausgeschöpft.

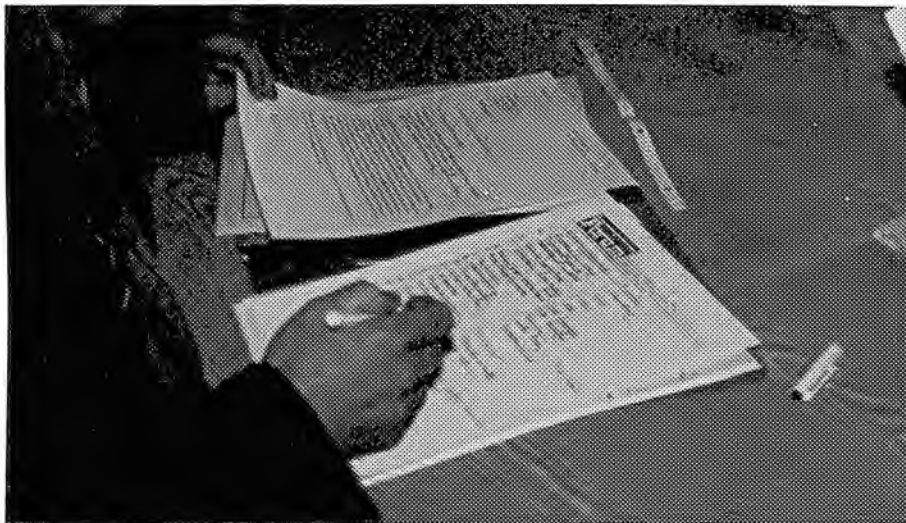
Die „Personalwirtschaft“ ist reichlich restriktiv: Im Haushalt 1983/84 verankerte die Verwaltungsspitze eine „Pauschaleinsparung“ von 7,8% der Personalausgaben auf Basis eines fortgeschriebenen Stellenplanes; 1985/86

haushaltes konnte es sich der Oberbürgermeister leisten, die Beratungszeit von drei Tagen auf zwei zu kürzen. Die große „Koalition der Vernunft“ aus SPD und CDU hat „in diesem Jahr eindrucksvoll reibungslos funktioniert“, schreibt die Rhein-Neckar-Zeitung (25.3.87).

Die Opposition innerhalb wie vor allem außerhalb des Gemeinderates kam nur langsam voran. Die 127 Änderungsanträge von Grünen und DKP wurden fast sämtlich niedergebügelt. Ebenso erging es den 34 Einwendungen zum Haushalt, von denen 25 im Rahmen einer Aktion des Kommunalpolitischen Forums eingereicht worden waren. Diese Aktion an sich war ein nicht gering zu schätzender Erfolg. Ein Fehlschlag war jedoch der Versuch des Kommunalpolitischen Forums, den Einwendungen durch eine gemeinsame Veranstaltung der Einwendenden mehr politisches Gewicht zu vermitteln. Die Beteiligung war sehr mäßig. Dies ist ein Hinweis darauf, daß das Kommunalpolitische Forum in der Kritik der kommunalen Wirtschaftsförderung und der ihr dienenden „Konsolidierung“ noch viel leisten muß. Das setzt voraus, die tatsächliche praktische Wirkung der „Konsolidierung“ genau und kontinuierlich zu untersuchen und anzuprangern. Das Schielen auf „spektakuläre“ Maßnahmen greift zu kurz.

Ein weiterer Ballast für die Opposition ist die „Zurückhaltung“ des örtlichen DGB in der Kritik der kommunalen Haushaltsplanung. Zwar gab der DGB Kreisvorsitzende Nagel eine Erklärung zum Haushalt ab, wie auch schon vor zwei Jahren sein Vorgänger Hüneke, jedoch war diese Erklärung kaum ausreichend. Allzu deutlich war sie Ergebnis des nicht mehr zu übergehenden Drängens einzelner Gewerkschaftskörperschaften wie des Kreisfrauenausschusses und verschiedener ÖTV-Vertrauenskörper. Eine breite Befassung mit dem Haushalt gab es nicht. Der Erhalt der Mietnachsubventionierung beispielsweise wurde mit keinem Wort mehr erwähnt. So verteidigte SPD-Gemeinderat, Daimler-Benz-Betriebsratsvorsitzender und IGM-Funktionär, Lucy, in der Etatdebatte die Mieterhöhung für 11000 Sozialmieter, ohne sich in direkten Widerspruch zu den veröffentlichten Gewerkschaftspositionen in Mannheim zu setzen.

Daß im Personalkonsolidierungsgetriebe mit den 170 „vorübergehend“ (bis zum Abschluß interner Umschichtungen) geschaffenen Planstellen etwas Sand knirscht, ist zweifellos vor allem das Verdienst der ÖTV-Aktivitäten in den betroffenen Bereichen und der kontinuierlichen Arbeit des Kindergarten-Stadtelterneirates. Man sollte die örtlichen Reaktionen allerdings in ihren Drohungen ernst nehmen, daß sie die Konsolidierung damit keineswegs hätten fallen lassen. – (tht)



25 Haushaltseinwendungen standen auf der Liste des Kommunalpolitischen Forums. Sie stammten von Sozial-Mietern, Kindergarteneltern, ÖTV-Vertrauensleuten, der VVN, mehreren DKP-Stadtteilgruppen u.a. An der Übergabeaktion im Rathaus beteiligten sich 30 Leute.

ten, durch eine restriktivere Personalwirtschaft, durch eine kritische Überprüfung des Aufgabenbestandes sowie durch eine wesentliche Einschränkung freiwilliger Leistungen wird es möglich sein, die Investitionskraft des Haushalts dauerhaft wiederherzustellen.“ SPD-Oberbürgermeister Widder hat darüber hinaus in seiner Etatrede 1985/86 klargestellt, daß die „Investitionskraft“ nicht etwa an im Grunde genommen konsumtive Investitionen wie Kindergärten mit ihren jeweiligen Folgekosten verschwendet werden soll, sondern daß es um solche Investitionen geht, „die etwas zur Entstehung künftiger Einkommen beitragen“. Der CDU-Mann Hartung veranschlagte für den Vollzug der Konsolidierung „fünf bis zehn Jahre“.

Mittlerweile ist einiges im Sinne der Landesregierung/Gemeindeprüfungs-

setzte sie erstmals eine Reduzierung des Stellenplanes um 115 von 9234 Stellen durch – dies bei zunehmenden Aufgaben wie z.B. in der Sozialhilfeverwaltung, deren „Durchsatz“ 1982 noch 88 Mio. DM betrug, während für 1988 bereits 129 Mio. DM eingeplant sind. Hier nun allerdings kommt die Konsolidierungswalze 1987/88 etwas ins Stocken. Vor allem im Bereich des Sozial- und Jugendamtes müssen „vorübergehend“ 170 Planstellen wieder neu eingerichtet werden.

Was die „wesentliche Einschränkung freiwilliger Leistungen“ betrifft, enthält der neue Doppelhaushalt einen erheblichen Einschnitt: Die jahrelang unantastbare, da auch von der SPD verteidigte objektgebundene Mietkosten-nachsubventionierung ist nun um DM 0,50/m² gekürzt worden.

Bei Verabschiedung des Doppel-

Ostermarsch München

**Hoffnung auf Durchbruch
bei atomarer Abrüstung**

München. Mehr als 10000 Menschen beteiligten sich am Ostermarsch 1987, der in diesem Jahr hauptsächlich von der Hoffnung geprägt war, durch die Abrüstungsinitiative der UdSSR endlich einen Durchbruch bei der atomaren Abrüstung erzielen zu können.

Sammelpunkte für einen Sternmarsch zum Münchner Marienplatz, auf dem ein Musikprogramm und Infotische aufgebaut wurden, waren drei Auftaktkundgebungen sowie ein Gottesdienst. Am Rande Münchens gelegene Betriebe von Dornier, MBB und Siemens waren Sammelpunkte einer „Radl-Sternfahrt“.

Der Aufruf zum Ostermarsch 1987 – getragen von einem Bündnis verschiedenster Friedensinitiativen, christlicher Gruppen, Kriegsdienstgegnern, Antifaschisten, ASten – stand unter dem Motto: „Nein zu WAA und Weltraumrüstung! Für eine neue Politik – Abrüstung jetzt!“ Im Aufruf wird festgestellt: „Die Unionsparteien können sich nicht auf die Zustimmung der Bevölkerung zu ihrem offen propagierten Kurs der Konfrontation mit dem Osten verlassen. Die Mehrheit wünscht die Fortsetzung der Entspannungspolitik und lehnt die Unterstützung rassistischer Regime und den Export von Waffen ab. Dies ist auch ein Resultat des jahrelangen Wirkens der Friedensbewegung“. Gefordert werden konkrete Abrüstungsschritte zur Fortsetzung der Entspannungspolitik: „Weltraumrüstung verhindern – Atomwaffentests verbieten – Weg mit den Mittelstreckenraketen in West und Ost – Für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa – Keine WAA in Wackersdorf und anderswo – München atomwaffenfrei – kein Bunkerbau-Programm.“

Der Aufruf bietet Ansatzpunkte für eine Kritik an Kriegszielen und Kriegsvorbereitung von NATO und der BRD. Die Reden der Abschlußkundgebung waren allerdings von der Diskussion um die Gorbatschow-Vorschläge geprägt. In einem Grußwort erklärte Bürgermeister Klaus Hahnzog (SPD), „die Landeshauptstadt sei stolz darauf, daß in ihren Mauern so viele Organisationen, Gruppen und Initiativen für den Frieden wirkten“. Er „plädierte für eine ‚starke Friedensbewegung‘, weil sich möglicherweise in Bonn ‚eine Hochburg der Bremser‘ gegen die Vorschläge von Gorbatschow bilde“.

I. Brusi vom DGB-Bundesvorstand betonte, die neuen Vorschläge aus Moskau seien eine „historische Chance“ und kritisierte das „Philosophieren über die Ernsthaftigkeit“ im Westen. „Die Ernsthaftigkeit der sowjetischen Offerte lasse sich am besten prüfen, wenn man die Vorschläge ernst nähme



Abschlußkundgebung auf dem Münchner Marienplatz

und darüber in Verhandlungen eintreten. Die Entspannungspolitik müsse zu einer Sicherheitspartnerschaft zwischen Ost und West weiterentwickelt werden.“ H. Bäumer von der Friedensinitiative Staatsanwälte und Richter (MdL-Grüne) nannte es „unfaßbar“, daß Politiker, die für die NATO-Nachrüstung gestimmt hätten, nun bei der Zustimmung zur Null-Lösung zögerten. „Ein Teil von ihnen hat mit dem Doppelbeschluß ganz andere Absichten verfolgt.“ Zum Abschluß der Kundgebung sprachen sich Pfarrer B. Edgor (USA) und Prof. P. Fedosow (UdSSR) für die atomare Abrüstung aus. – (acr)
Quellen: Münchner Aufruf zum Ostermarsch 1987, SZ v. 21.4.87

Wiedergutmachung**Mit 0,5 Mio. DM alle
Ansprüche erledigt?**

Hamburg. In Hamburg hat die SPD-Bürgerschaftsfraktion einen Antrag auf Einrichtung eines Härtefonds für die „vergessenen Opfer des Nationalsozialismus“ eingebracht. Der Fonds ist mit 500000 DM ausgestattet und stellt eine „Übergangsregelung“ bis zur Verabschiedung des von der SPD im Bundestag eingebrachten Gesetzentwurfes zur Einrichtung einer Stiftung „Entschädigung für NS-Unrecht“ dar.

Auch der Hamburger SPD ist allerdings bestens bekannt, daß dieser Gesetzentwurf keinerlei Chancen hat, da die Bundesregierung in einem Bericht über die Wiedergutmachungspraxis zu dem Ergebnis gekommen ist, daß keinerlei Handlungsbedarf in dieser Frage mehr bestünde.

Ende März fand vor der Bürgerschaft eine zweitägige Anhörung verschiedener Gruppen von Opfern des Faschismus statt, unter ihnen verfolgte Homosexuelle, zwangssterilisierte Frauen und Männer, Roma und Sinti, VVN. Bisher wird z.B. den Homosexuellen keinerlei Wiedergutmachung

gezahlt, weil Homosexualität im Nationalsozialismus ebenso wie in der BRD bis 1969 strafbar war. Also saßen sie auch zu Recht in Zwangsarbeitslagern und KZ, so die Wiedergutmachungsbehörden.

Hunderte von Roma und Sinti warten noch auf ihre Anerkennung als Verfolgte des Nationalsozialismus. Ihnen wurde noch 1959 in einem Urteil des Bundesgerichtshofs bescheinigt, daß sie vor 1942 nicht aus rassistischen Gründen verfolgt wurden, sondern als „Kriminelle“ oder „Sicherheitsrisiko“ in den Vernichtungslagern geschunden und ermordet wurden. Auch später haben sich die Wiedergutmachungsämter auf die „Zigeunerakten“ der Faschisten gestützt, um Wiedergutmachungsanträge abzuwürgen. Da zudem die Verfolgten die gesamte Beweislast tragen, konnten die Wiedergutmachungsämter oft genug Vergleiche durchsetzen. Für die Verfolgten Roma oder Sinti kamen dabei Hungerbeträge heraus, die häufig noch auf die Sozialhilfe angerechnet werden.

Die Rom und Cinti Union Hamburg hat daher aus Anlaß der Anhörung diese Praxis scharf kritisiert und sie als eine „zweite Endlösung“ bezeichnet. Daraufhin hat die Hamburger Sozialbehörde in einer Presseerklärung der RCU vorgeworfen, sie „beleidigt die Opfer nationalsozialistischer Verfolgung, deren Schicksal eng mit diesem Terminus verknüpft ist“ (man beachte die Sprache!). Außerdem beruft sie sich zur Rechtfertigung ihrer Wiedergutmachungspraxis gegenüber den Roma und Sinti ausgerechnet auf die Vergleichspraxis, die den Opfern wegen der „manchmal schwierigen Beweislast“ zugute gekommen sei.

Der Zentralrat der Rom und Cinti und andere Gruppen fordern eine Entschädigungsrente von monatlich DM 1000 DM, die nicht auf andere staatliche Leistungen angerechnet werden darf. Alle Gruppen lehnten den Betrag von 0,5 Mio. als „lächerlich gering“ ab. – (mek)



Häftlingszeichnung eines Sinti in Auschwitz

Krankenpflegeausbildung

Schüler greifen die unzureichenden Ausbildungsbedingungen an

Karlsruhe. 117 Schülerinnen und Schüler des Städtischen Klinikums Karlsruhe hatten sich im Januar 1987 mit einem Brief an den Klinikdezernenten, Bürgermeister Eidenmüller (FDP), und an die Öffentlichkeit gewandt: „Betr.: Derzeitige Mißstände in der Ausbildung zur Krankenschwester/- zum Pfleger ... Wir wollen eine gute Arbeit leisten! Um das zu erreichen, brauchen wir aber eine gute Ausbildung ... Wenn durch Arbeitsüberbelastung des examinierten Personals vorhandenes Wissen durch Streß und damit verbundenen Zeitmangel nicht weitergegeben werden kann, führt dies zu einer schlechten Ausbildung ... Zu große und zu viele Klassen, gepaart mit zu wenig Lehrkräften führen zu Überbelastung der vorhandenen Schulpfleger/-schwwestern. Folgen davon sind im Normalfall: Erschwerte Stundenplanung; Zwangspausen – bis zu Monaten – während eines Unterrichtsthemas – zwangsweise unvorbereiteter Unterricht. Während der Examina – bis zu vier pro Jahr – spitzt sich diese Situation noch zu ... Die Auszubildenden (sind) genötigt, sich von anderen ‚Leidensgenossen‘ (Zivildienstleistende, andere Schüler, Praktikanten) anlernen zu lassen ... Außerdem werden wir zu Arbeiten angehalten, die nicht unserem Ausbildungsstand entsprechen, z.B. Patient allein vom OP abholen, s.c.- und i.m.-Spritzen ohne Aufsicht“

Die bürgerliche Presse reagierte darauf einerseits mit der Verbreitung von Unwahrheiten: durch die Schaffung von 100 neuen Ausbildungsplätzen sei es zu „vorübergehenden Engpässen“ gekommen. Tatsache ist, daß 1985 einmalig ein Sonderkurs von 30 Schülern eingerichtet wurde. Dieser vierte, zusätzliche Kurs ersetzte praktisch den Kurs der einjährigen Ausbildung, der zu diesem Zeitpunkt abgeschafft wurde. Von „Schaffung von 100 neuen Ausbildungsplätzen“ konnte also nicht die Rede sein.

Andererseits sollte in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt werden, die Schüler seien selber die Ursache der bekanntgewordenen Vorgänge: Sie böten sich förmlich an, unerlaubte Tätigkeiten wie das Spritzengeben selbstständig ausführen zu dürfen.

Der verantwortliche Klinikdezernent Eidenmüller versuchte sich aus der Affäre zu ziehen mit dem Argument, er habe von nichts gewußt. Anhand von Protokollen früherer Sitzungen wurde ihm schwarz auf weiß das Gegenteil bewiesen. Schließlich drohte er den Schülern mit disziplinarrechtlichen

Folgen, weil sie sich an die Öffentlichkeit und nicht über die Pflegedienstleitung an ihn gewandt hätten.

Zur Lösung der Situation bot er an, daß erstens „Verstöße gegen die Ausbildungsordnung sofort abgestellt“ und zweitens eine „Anpassung der Arbeit ans vorhandene Personal“ vorgenommen werden sollte. Z.B. sollten die Stationen keine Notbetten mehr aufstellen dürfen, wie in der II. Medizin: Dort gibt es 25 reguläre Betten, meistens werden aber 29 bis 30 Patienten versorgt. Als letztes Argument, um die

Wirtschaftlichkeitsgutachten weitere 260 Stellen gestrichen werden. Ohne die Arbeit der Schüler wäre der Krankenhausbetrieb längst zusammengebrochen.

Die Schüler im Pflegedienst werden nach den Anhaltszahlen der Deutschen Krankenhausgesellschaft im Verhältnis eins zu fünf auf den Personalschlüssel angerechnet. Die Allgemeinstationen, sei es jetzt Innere Medizin oder Chirurgie, die nicht zur Funktionspflege oder zum Intensivbereich gehören, haben einen Personalbesetzungs-



Beschäftigte des Städtischen Klinikums demonstrieren am 1. Mai gegen weitere Rationalisierungsmaßnahmen.

Kommune aus der Schußlinie der Kritik zu bekommen, brachte Eidenmüller den „Geldmangel“ vor und provozierte, daß die übermäßige Arbeitsbelastung von Personal und Schülern nur von der Nicht-Anwendung der Kostendämpfungsmaßnahmen herrühre.

Die Tatsachen fallen dabei unter den Tisch. Wie z.B., daß sich der Gesundheitszustand der Bevölkerung beständig verschlechtert, Verschleißkrankheiten, die das Knochen- und Gelenksystem, Herz, Kreislauf und Nerven betreffen, zunehmen und der Bedarf an medizinischer Versorgung sich immer mehr vergrößert. In Karlsruhe z.B. ist die Zahl der behandelten Patientenseit 1959 von 37932 auf 76714 im Jahr 1985 angestiegen. Die Pflegetage pro Patient sind im selben Zeitraum von 22,8 auf 13,15 zurückgeschraubt worden. Allein im Oktober '86 hatte das Personal am Klinikum 11000 Überstunden geleistet, um den Betrieb aufrecht zu erhalten. Trotz dieser bedrohlichen Zahlen sollen nach einem im Klinikum durchgeführten

schlüssel, bei dem in der Regel zwei bis drei Examierte (dazu werden auch diejenigen mit nur einjähriger Ausbildung gerechnet) und dazu zwei bis vier Schüler die Arbeit machen müssen. Den Schülerinnen und Schülern wird die Pflege, vor allem die Grundpflege, überlassen. Dazu gehört schon eine Qualifizierung, die eigentlich durch examiniertes Personal gegeben werden müßte. Die Auszubildenden müssen bestimmte Tätigkeiten übernehmen, die nicht ihrem Ausbildungsstand entsprechen – und das vor allem aus der Notwendigkeit des bestehenden Arbeitsablaufes heraus.

Schüler, Zivildienstleistende und Praktikanten sind voll eingeplant. Von den Vollkräften wird ein Arbeitspensum verlangt, daß noch durch Tätigkeiten wie das Organisieren, Anordnen, Überwachen der pflegerischen Tätigkeiten, Eintragen in die Krankenblätter, Schreibarbeit nicht mehr schaffbar ist. Die Schüler wechseln die Stationen im Rhythmus von acht bis 16 Wochen. Aufgrund der knappen Personalausstat-

tung fehlt die Zeit für Ausbildung und praktische Unterweisung. Schüler verabreichen oft genug vor allem die s.c.-Injektionen selbständig, obwohl in der Dienst- und Geschäftsanweisung des Klinikums geregelt ist, daß die i.v.-Injektion ausschließlich von Ärzten verabreicht werden soll, während i.m.- und s.c.-Spritzen ans Pflegepersonal delegiert werden können, an Auszubildende aber strikt nur unter spezieller Anleitung.

Für die 280 Schüler im Klinikum gibt es neun Lehrkräfte. 1972 hatte die Bundesregierung eine europäische Verordnung unterschrieben, daß auf 15 Schüler eine Lehrkraft kommen muß. Im Klinikum fehlen also mindestens drei bis vier. Dies führt dazu, daß selten ein Lehrer direkt auf der Station für direkte Anleitungen oder Unterweisungen vorhanden ist. Im wesentlichen bei den Prüfungen, zur Examenspflege, kommen sie auf die Station. Hinzu kommt noch, daß es für den Krankenpflegeberuf kein Berufsbild gibt und entsprechend für die Ausbildung keine zeitliche und sachliche Gliederung.

Das läßt der Willkür, die hier als Sachzwang der entsprechenden Einrichtung daherkommt, Tür und Tor offen.

Als Schwäche in der Auseinandersetzung erweist sich, daß gegenüber verschiedenen Argumenten, die die Reaktion benutzt, kaum Kritik laut wird. Der Kostendämpfungspolitik der Reaktion wird mangelnde Konsequenz vorgeworfen, wenn z.B. die DKP-Betriebsgruppe die Verstaatlichung der Pharma-Industrie verlangt, um „Sparmaßnahmen am richtigen Ort durchführen zu können“. Oder wenn – was FDP-Eidenmüller weidlich ausnutzt – Teile der ÖTV-Vertrauensleute fordern, „den Chefärzten an den Geldbeutel zu gehen“, anstatt daß die Bezahlung aller Kosten für die gesundheitliche Versorgung verlangt wird. Gegen das Argument, es fehle am Geld, hat die DKP immerhin in die Diskussion gebracht, daß die Kommune dann finanziell einspringen muß.

Die ÖTV und der Personalrat des Klinikums unterstützen die Schüler in ihrem Kampf um bessere Ausbildungsbedingungen. Sie fordern:

- eine sachliche und zeitliche Gliederung der Ausbildung; Lernzielformulierung;
- die Benennung von besonders qualifizierten Praxisanleitern auf den Stationen;
- die Freistellung von examiniertem Personal für die praktische Ausbildung;
- eine ausreichende Anzahl von Lehrkräften – pro 15 Auszubildende eine Lehrkraft;
- keine Überstunden für Auszubildende;
- mindestens jedes zweite Wochenende muß dienstfrei sein.

(¹ Anmerkung: i.v.-Spritzen bedeutet: intravenös = in eine Vene; i.m.-intramuskulär = in einen Muskel; s.c. ist subcutan = unter die Haut).

Quellenhinweise: ÖTV-Klinikspiegel, Betriebszeitung der ÖTV-Vertrauensleute am Städtischen Klinikum Karlsruhe; Schrittmacher, DKP-Betriebsgruppe Klinikum Karlsruhe; Informationen der ÖTV zur Krankenpflegeausbildung. – (evd, map)

Tagesablauf auf Station – aus der Sicht einer Vollkraft

Ort: Theater der Inneren Medizin
Zeit: 6.00 Uhr – 13 Uhr

Mitwirkende: Sr. Wa / Schüler Pe. (V. Semester) / Schülerin Su (II. Semester) / Praktikant Jö / Ich (auch Schwester).

Pe wäscht Herrn X, Su wäscht Herrn Y, Jö geht zu Herrn M.

Sr. Wa und ich betten die Station und gewinnen einen ersten Überblick. Bis 6.25 Uhr haben wir die Station im Laufschrift durch. Herr B kommt morgens nicht so schnell in Fahrt; Herr D will uns wieder von seiner Frau erzählen; Herr K paßt hier wieder alles überhaupt nicht. Die Herren E und F haben ihre Waschlöscher gestellt bekommen, und den Rücken hätten sie sich auch gerne noch länger abfrottieren lassen. Ich gehe Blutzucker abnehmen, spritze Insulin und nehme der Rationalität wegen gleich die Trombophob-Spritzen mit. Meine Kollegin teilt die Medikamente aus und erklärt dabei.

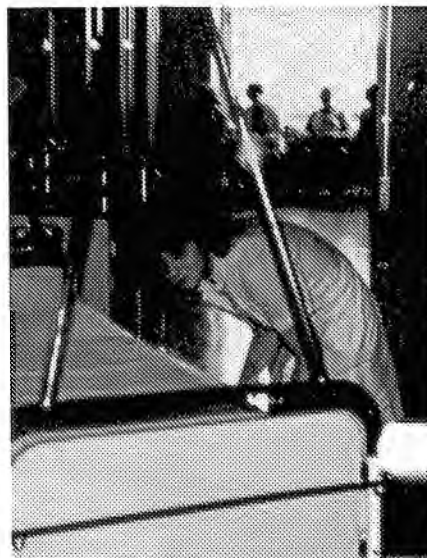
6.35 Uhr Su ist fertig. „Su, geht bitte gleich zu Herrn O, beeil Dich.“ Unser Praktikant kommt auch aus dem Zimmer: „Die Urine – kannst Du? Mach dich gleich dran.“ Ich meinerseits schnappe mir die Waage und renne durch die Zimmer. 6.50 Uhr – das Frühstück steht schon einige Minuten im Gang. Ich fange alleine an auszuteilen. Sr. Wa macht sich über Infusionszubereitung und die Vorbereitung der i.v.-Spritzen her.

Der Stationsarzt läuft ein. Wa unterrichtet ihn über die abgelaufene Nacht. Zusammen mit Schülerin Su,

die alleine ihren zweiten Patienten waschen und notdürftig versorgen durfte, wird das Frühstück weiter ausgeteilt. Schüler Pe füttert gleich im Anschluß an das Waschen Herrn X.

Der zweite Stationsarzt trifft ein. Unsere Schülerin deckt derweil einen gemütlichen Frühstückstisch. 7.30 Uhr Frühstücksgeschirr der Patienten einsammeln. Ich trage in dieser Zeit noch einige wichtige Dinge in das Kardex ein.

7.50 Uhr Frühstück. 7.51 Uhr es läutet: Su steht auf. 7.53 Uhr es klingelt: na, geh ich halt einmal. 7.58 Uhr Telefon: Sr. Wa nimmt Blutwerte entgegen. 8.04 Uhr Arzt: „Herr O muß sofort zum Sono.“ Jü steht auf. 8.05 Uhr es klingelt wieder. 8.12 Uhr Telefon: „Herrn U, V, W, X, Y, Z zum Röntgen.“ Ich schicke Herrn U, V, W hin-



unter. Die anderen Patienten müssen im Bett hinunter. 8.20 Uhr eine Infusion muß gewechselt werden. Das Telefon läutet: EKG.

8.30 Uhr Pe wäscht den letzten Patienten. Su und Jö gehen zu Herrn Z, der hat ins Bett gemacht. Ich schnappe mir derweil die zum Röntgen Abgerufenen und karre sie mit dem Bett.

Jetzt beziehen Wa und ich akkordmäßig die Betten für Neuzugänge. Telefon: „Herr H zur Endoskopie!“ Telefon: „Herr M zum Szinti!“ Telefon: „Herr O zur MDP!“ Telefon: „Wo bleibt denn Herr H?“ Der Arzt: „Bitte richten Sie sofort ...“

Jü: „Die Infusion in Zimmer 007 ist eingelaufen.“ Schülerin: „Herr Z hat Schmerzen.“

Jetzt aber husch, husch mit dem Verordnungswagen durch die Station. Jü: „Aber den Fuß von Herrn Z kann ich noch nicht versorgen.“ „Oh je, das ist doch so einfach, laß es Dir von Su zeigen.“

11.10 Uhr Mittagessen steht da. Wird ruckzuck verteilt. Die restliche Visite wird ausgearbeitet.

Su und Pe löchern Wa und mich mit Fragen. Ich merke, vor dem Examen habe ich auch einmal mehr gewußt.

13 Uhr Übergabe: Die mach ich kurz und knapp an Sr. Ri. Zu guter letzt hat Herr Z wieder in das Bett gemacht – zum vierten Mal heute früh.

13.30 Uhr geschafft. Feierabend.

Quellenhinweis: ÖTV-Klinikspiegel 3/86.

Streik der Parkplatzwächter

Hannover. Am letzten Tag der Hannover-Messe haben ca. 50 von 300 Parkplatzwächtern wegen des niedrigen Lohns und der schlechten Arbeitsbedingungen gestreikt. Sie bekommen einen Bruttolohn von 8,50 DM pro Stunde, d.h. 97 DM brutto für einen 12-Stunden-Arbeitstag. Für 45 Parkplatzwächter gibt es nur 30 qm Aufenthaltsraum. Zwei von ihnen wurden am letzten Tag wegen des angeblich geringen Verkehrsaufkommens entlassen und 25 weil sie bei einem „Anwesenheitsappell“ nicht auf den Parkplätzen waren. – (anr)

Banken versuchen Tarifdiktat

Am 23.4., einen Tag nach dem Flexi-Abschluß in der Metallindustrie, haben die Banken die Tarifverhandlungen abgebrochen und ihren Mitgliedsinstituten empfohlen, ohne Tarifvertrag 3,6 % rückwirkend ab 1.3.87 zu zahlen. Vorausgegangen war eine gemeinsame Erklärung von HBV und DAG gegen die Kopplung von Gehaltserhöhung und Verschlechterung der Arbeitszeitlage. Die Banken wollen offensichtlich die Gewerkschaften vorführen.

Köln. Aktionen auf der Straße führten Sozialarbeiter, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger des Vingster Treffs, einer Beratungsstelle, letzte Woche durch. Arbeitslosenfrühstück und Beratungen fanden auf dem Vingster Markt statt. Die Stadt Köln hat zum 1. Mai drei von vier Beschäftigten gekündigt. Die Öffnungs- und Beratungszeiten mußten reduziert werden. 1100 Kölner unterstützten mit ihrer Unterschrift die Forderung des Treffs nach mehr hauptamtlichen Beschäftigten. – (anl)

Dies trotz 60000 Unterschriften gegen Samstagsarbeit sowie Warnstreiks und öffentlichen Aktionen in bisher nicht dagewesener Breite. Die größte Aktion fand in Saarbrücken statt, wo 50 Zweigstellen geschlossen waren und ca. 2000 Bankangestellte demonstrierten. Auch in den Frankfurter Bankzentralen gab es Warnstreiks einzelner Abteilungen. HBV und DAG haben Schwerpunktstreiks, insbesondere in Rechenzentren, angekündigt. Dort besteht starker Widerwille gegen regelmäßige Samstagsarbeit. Für die Computer-Bediener heißt das nämlich: Sonntagsarbeit. – (gst)



Lohnforderungen im Handwerk

Bielefeld. Im Metallhandwerk NRW wird derzeit über die Lohntarife verhandelt. Die IGM-Forderungen lauten zwischen 6,8% und 7% Erhöhung. Bei den Auszubildenden Festbeträge von 40 DM. Die Angebote der Handwerksinnungen sind beim Schlosser- und Schmiedehandwerk und im Heizungshandwerk 2,8% und im Kfz-Gewerbe 2%. Im Landmaschinenhandwerk verlangen sie eine Lohnerhöhungspause von sechs Monaten. Die bisherigen Verhandlungen waren erfolglos. Die IGM kündigte für die nächsten Wochen Aktionen der Beschäftigten an. – (stb)

Lehrerstreik gegen Schulleitersuspendierung

Westberlin. Weil der kommissarische Schulleiter der Westberliner 2. Gesamtschule Kreuzberg suspendiert und mit Hausverbot belegt wurde, traten die Lehrer der Schule spontan in den Streik. In der Schule wurde in den letzten Jahren erfolgreich ein Modell durchgeführt, das Leistungsbeurteilungen statt Zeugnisse, eine Klassenfrequenz von zwanzig Schülern, einen Ausländeranteil von 45% und kollektive Arbeitsweise der Lehrer beinhaltet. Dies paßt dem Senat nicht. Mit dem von den Lehrern als putschartig bezeichneten Absetzen des Schulleiters will der Senat sich jetzt durchsetzen. Die Lehrer fordern die sofortige Aufhebung der Suspendierung. Der Schulrat hat gedroht, die 480 Kinder

in andere Schulen zu versetzen. Die Springer-Presse bezeichnet die streikenden Lehrer als „entartet“. Die Lehrer haben ihren Streik ausgesetzt, wollen aber weitere Maßnahmen für ihre Forderung ergreifen. – (gug)

Stahl: Maxhütte meldet Konkurs an

Sulzbach-Rosenbg. Die zu 49% zu Klöckner gehörende Maxhütte hat am 16.4. Konkurs angemeldet. Noch am Tag vorher hatte der Werksvorstand nach einer neunstündigen Betriebsversammlung eine Liste mit 104 Entlassungen zurückgenommen. Mit dem Konkursantrag will er dem Widerstand gegen Rationalisierung brechen und den Abbau der Belegschaft von zur Zeit 4500 auf 2500 Beschäftigte durchsetzen. Nach Aussage des Vorstandes können im Mai die Löhne nicht mehr gezahlt werden. In Auerbach demonstrierten am 24.4. mehrere tausend. Die Produktion wird jedoch weitergeführt. – (wof)

Bosch-Betriebsrat gegen Überzeit

Stuttgart. Der Betriebsrat von Bosch Stuttgart-Feuerbach konnte die Überzeit erheblich einschränken. Überstunden werden nur in Werkstätten genehmigt, in denen über 18 Prozent der Arbeiter krank gemeldet sind. Die Überzeit ist aus gesundheitlichen Gründen bevorzugt tagsüber montags bis freitags und nicht nachts zu nehmen. Alle Überstunden sind freiwillig, keinem Arbeiter dürfen aus der Verweigerung Nachteile entstehen. – (ros)



Seit sieben Wochen stehen 20000 schwarze Eisenbahnarbeiter der Südafrikanischen Staatlichen Transportbetriebe Sats in Streik. Die Aktion entzündete sich an einer Disziplinarmaßnahme gegen einen Lokomotivführer und hat sich zum bisher größten Streik im öffentlichen Dienst ausgeweitet. Im Mittelpunkt der harten Kraftprobe steht die Anerkennung der unabhängigen schwarzen Gewerkschaft SARHWU. Die Kapitalisten bestehen auf Verhandlungen mit der hausinternen Richtungsgewerkschaft. Ein Ultimatum, die Arbeit wieder aufzunehmen, wurde von 16000 Arbeitern nicht befolgt; daraufhin wurden alle entlassen. Die Sicherheitskräfte erschossen mindestens drei streikende Arbeiter. – (and)

Schlesiertreffen in Hannover

**„Schlesien bleibt
polnisch!“**

Gegen das „Schlesiertreffen“ hat ein Aktionsbündnis – in Fortsetzung der Bündnispolitik von vor zwei Jahren – den nachfolgenden Aufruf „Schlesien bleibt polnisch!“ verabschiedet. Das Bündnis führt am 19.06. eine Podiumsdiskussion, am 20.06. eine Demonstration gegen das „Schlesiertreffen“ durch. – (gec)

„Am 20./21. Juni 1987 findet in Hannover neuerlich das ‚Deutschlandtreffen der Schlesier‘ statt. Unter der Losung ‚Mit uns für Schlesiens Zukunft‘ werden unverhohlenen Gebietsansprüche gegenüber der DDR, Polen und der Sowjetunion erhoben. So, wenn es im Aufruf zum ‚Schlesiertreffen‘ heißt: „... Schlesien meldet sich mit diesem Deutschlandtreffen in Hannover zu Wort, ... weil allzu viele Deutschland am liebsten ganz auf die Bundesrepublik Deutschland begrenzt wissen möchten oder vielleicht gerade noch Mitteldeutschland, das sich DDR nennen lassen muß, miteinbeziehen, aber für Ostdeutschland, jenseits von Oder und Görlitzer Neiße, keinen Platz mehr in diesem unseren Vaterland wissen ...“ und „... Vier Jahrzehnte Fremdherrschaft haben unser Recht auf Schlesien nicht mindern können ...“

„Ganz im Zeichen der Jugend“ soll das Revanchistentreffen diesmal stehen. Alle, die „für Schlesien Partei ergreifen“, sind zur Teilnahme aufgerufen. Diejenigen, die aus familiären oder kulturellen Gründen teilnehmen, dienen dabei als Staffage für revanchistische Politik.

Neuerlich wird das ‚Schlesiertreffen‘ durch die CDU/FDP-Landesregierung mit 195000,- DM ‚gefördert‘. Neben Ministerpräsident Albrecht wird diesmal der bayerische Ministerpräsident Strauß auf dem ‚Schlesiertreffen‘ auftreten. Er soll mit dem ‚Schlesienschild geehrt werden‘, als ‚Auszeichnung‘ für das von ihm und Dregger initiierte und von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion betriebene Vorhaben, die ‚Vertriebenenverbände‘ für den Friedensnobelpreis vorzuschlagen, um sie damit vom Vorwurf des Revanchismus, Militarismus und Nationalismus zu befreien.

Das Land Niedersachsen, als ‚Patenland der Landsmannschaft Schlesien‘, tut ein weiteres, um die ‚Erinnerung an die Heimat im Osten‘ wachzuhalten. Das bereits mit Landesmitteln geförderte ‚Schlesiernuseum‘ soll in Hildesheim errichtet werden.

Die Vertriebenenfunktionäre wissen sehr genau, daß sie mit ihren unverhohlenen Gebietsansprüchen auf die Unterstützung der Bundes- und Landesregierung bauen können.

Die Bundes- und Landesregierung hält nach wie vor am Alleinvertretungsanspruch für ‚alle Deutschen‘ und am ‚Fortbestand des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937‘ fest. Sie verweigert nach wie vor der DDR die volle völkerrechtliche Anerkennung. In Salzgitter besteht weiterhin die ‚Erfassungsstelle für in der DDR begangene Straftaten‘. In den Schulen sind nach wie vor Landkarten mit den Grenzen von 1937 vorgeschrieben, und im Unterricht wird laut Beschluß der Kultusministerkonferenz die Erinnerung an die ‚Heimat im Osten‘ weitervermittelt und wachgehalten.

Dies alles macht deutlich, daß die bundesdeutsche Politik immer noch den Anspruch auf die DDR und die ehemaligen deutschen Ostgebiete erhebt.

Daß für diese Ziele gerade auch die christlich-liberale Formel ‚Frieden in Freiheit‘ in einem ‚Europa freier Völker‘ steht, zeigt die von der ‚Landsmannschaft Schlesien‘ am 21.01.87 verabschiedete Entschließung, in der es u.a. heißt: „... Die Teilung Deutschlands und die Teilung Europas sind identisch. Wer die Teilung Europas überwinden will, muß auch die Teilung Deutschlands überwinden wollen. Die Zukunft gehört einem freien Europa der freien Vaterländer

... „Ein Deutschland – ein Europa“, unter diesem Motto führt die ‚Paneuropa-Union Deutschland‘ vom 15.-17.05.87 in Goslar ihre ‚Europa-Tage‘ durch, an der sich u.a. Albrecht, Kohl, Filbinger sowie der Präsident der ‚Paneuropa-Union‘ und CSU-Europaabgeordnete Otto v. Habsburg beteiligen. Zu den Zielen der ‚Paneuropa-Union‘ gehört u.a. folgende Aussage: „Wir müssen jedermann klarmachen, daß wir Großeuropäer sind: Für uns endet Europa nicht an der Linie, die an einem Unglückstag im Februar des Jahres 1945 von Nichteuropäern quer durch unseren Erdteil gezogen wurde ...“

Wir stellen fest: Revanchismus ist mehr als die Politik weniger Spinner. Dahinter steht nicht nur die Bundes- und Landesregierung, sondern auch Wirtschaftskreise, die ernsthaft auf eine Wiedereroberung des ‚freien Marktes‘ im Osten setzen und sich dabei der Formel des ‚Europas freier Völker‘ bedienen.

Die revanchistische Politik findet vor dem Hintergrund eines durch die Bundesregierung geförderten neuen deutschen Nationalismus statt und wird durch diesen verstärkt. Die Rehabilitierung der faschistischen Waffen-SS in Bitburg, die Bemühungen, das Geschichtsbild über den ‚Historikerstreit‘ reaktionär zu revidieren, aber auch die rassistische Hetze gegen Ausländer und Asylbewerber haben den Zweck, faschistische Greuelthaten zu verharmlosen und neuerlich eine ‚deutsche Volksgemeinschaft‘ zu fördern.

Das Erheben von Gebietsansprüchen, das Infragestellen bestehender Grenzen – bewußt wird damit militärische Aggression vorbereitet.

Weil wir wissen, daß ohne die volle völkerrechtliche Anerkennung der bestehenden Grenzen in Europa keine wirkliche Friedensicherung möglich ist,

fordern wir – wie bereits vor zwei Jahren:

- volle völkerrechtliche Anerkennung der DDR sowie der Grenzen Polens und der Sowjetunion; – der faktische Alleinvertretungsanspruch der BRD für ‚alle Deutschen‘ ist aufzugeben; – alle abgeschlossenen Verträge sind strikt einzuhalten; – die Elbmündung ist als Staatsgrenze zur DDR anzuerkennen; – die Verwendung von Landkarten mit ‚Deutschland in den Grenzen von 1937‘ als geltende Grenzen sind im Schulunterricht zu untersagen; – die Erfassungsstelle in Salzgitter muß aufgelöst werden; – die 195000,- DM aus Steuermitteln zum ‚Schlesiertreffen‘ sind zu streichen; – kein ‚Schlesiernuseum‘; Kündigung der Patenschaft mit der ‚Landsmannschaft Schlesien‘; – kein Friedensnobelpreis für die ‚Vertriebenenverbände‘.

Das Ziel unseres Protestes ist die Politik des Revanchismus und Nationalismus, wie sie die Vertriebenenfunktionäre mit praktischer und ideologischer Unterstützung der Bundes- und Landesregierung und der sie tragenden Parteien betreiben. Wir wollen unseren Protest formulieren gegen diese Politik, die im ‚Schlesiertreffen‘ nur ihren sichtbaren Ausdruck findet.

Wir fordern alle Menschen im Lande, vor allem auch die politisch Verantwortlichen in Stadt, Land und Bund, auf, sich an den Aktionen gegen das ‚Revanchistentreffen‘ zu beteiligen und den 19.-21.06.87 in Hannover zu einem Protest gegen Revanchismus und Nationalismus zu machen.“

Der Aufruf „Schlesien bleibt polnisch“ wird bisher unterstützt von:

AStA (Universität Hannover); BWK (LV Nds./HB); DFU (LV Nds.); DKP (Hannover); GABL-Hannover; Die GRÜNEN (Hannover-Stadt); Jungdemokraten (Hannover); Juso (Hannover-Stadt); Juso-Hochschulgruppe (Hannover); Motorradclub Kuhle Wampe (Hannover); Liste „Wir“ (Universität Hannover); MSB (Hannover); SDAJ (Hannover); SHB (Hannover); SJD-Die Falken (Hannover); Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg (LV Nds.); VSP (LV Nds.); VVN/BdA (Hannover)

Nur die Podiumsdiskussion und Demonstration unterstützen: Arbeitskreis Linke Politik Hannover; Bund Kämpfer der Antifaschisten; FAU; KB (alle Hannover)

Faschistische Kunst

Die Welt von allem Menschlichen gereinigt

Das Museum für neue Kunst in Freiburg zeigt zur Zeit eine erste umfassende Rückschau auf das Werk von Alexander Kanoldt. Sie wurde von Jochen Ludwig in Zusammenarbeit mit dem Heydt-Museum der Stadt Wuppertal erarbeitet, welches die Ausstellung vom 17.5.1987 an zeigen wird.

I. Ludwig und Sabine Ferlemann schildern seinen Werdegang so: „Kanoldts Schaffen von den Anfängen um 1905 bis zu seinem Tod 1939 prägte die Avantgardebewegung in München mit Kandinsky als Mittelpunkt, wurde selbst zu einem Hauptweg der neusachlichen Malerei der 20er Jahre, um schließlich als ‚entartet‘ verfeuert zu werden.“

Dies geschieht, obwohl er seit 1932 Parteimitglied ist und sich als „fanatischer Nationalsozialist“ bezeichnet. Seinen ehemaligen Schülern an der Breslauer Akademie schreibt er: „Unstut DEUTSCHE Kunst not!!! ... Der Ausländerei

verdanken wir so viele künstlerische Mißgeburten, daß wir wirklich erst daran denken müssen, wieder reines Blut zu züchten!“ Was Wunder, daß unseren Kunstwächtern „die kunstpolitische Wertung der Person und des Werkes Kanoldts“ schwer fällt. Dennoch wird er auf verschiedenste Weise von ihnen immer wieder ins Spiel gebracht: 1947 schon wieder in Freiburg, Thema der Ausstellung „Badische Secession“, 1949 München als „Blauer Reiter“, 1951 München „Geisteserbe des Deutschen Ostens“, weiter noch als Realist, als neuer Sachlicher oder auch nur bei „Blumen und Gärten in der Malerei“.

Die Kunstkritiker sind meist gern bereit, den Maler vom Nazi zu trennen, oder bezeichnen es als Gütesiegel, daß er „ideologisch nicht zu vereinnahmen war“. Auf diese Weise dann gereinigt, wird ihm Genialität bescheinigt. Es ist die Rede vom ästhetischen Cre-

do unsinnlicher Schönheit. Die FAZ schreibt: „... das Ergebnis sind echte großartige Kunstwerke.“ Um der Frage nachzugehen, was die bürgerlichen Kunstkritiker an der Kunst Kanoldts so begeistert, kann man sich das Bild Stilleben IV genauer ansehen. Die dargestellten Dinge sind zeitlos, alle Spuren von Wachsen und Verfall sind getilgt, ihre Materialhaftigkeit ist auf das äußerste zurückgenommen, ihre Unterscheidung ergibt sich nur aus der Form. Die dargestellten Gegenstände sind nicht für den menschlichen Gebrauch bestimmt, die Gitarre ohne Saiten, der Bilderrahmen ohne Bild, die vordere Spielkarte ist leer. Dies entspricht Kanoldts Programm des Purifizierens der Gegenstandswelt. „So offenbart sich Kanoldts Haltung als leidenschaftlicher Versuch, den schönen Schein des Naturvorbilds von allem Nebensächlichen zu befreien, um es in seiner Substanz noch zu bewahren.“

Was hält er aber für nebensächlich? All das, was die Dinge für den Menschen nützlich macht. Er hat die Dinge um ihren Gebrauchswert reduziert. Was übrig



„Selbstbildnis“, 1930

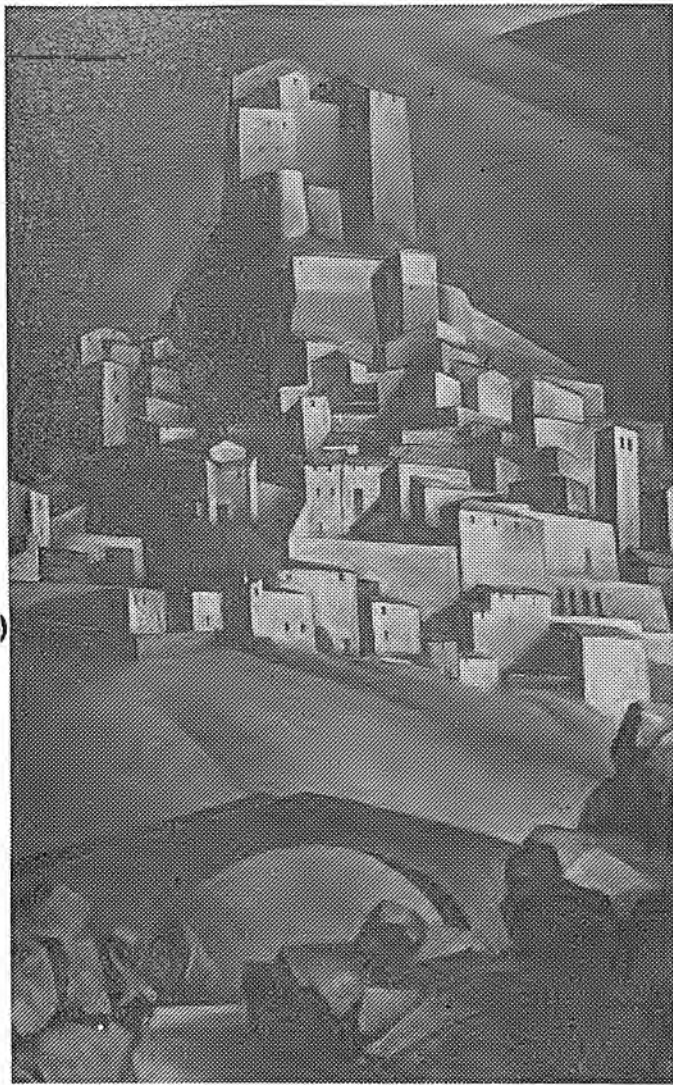
bleibt, ist der Warenfetisch. Karl Marx untersucht im Kapital Bd.1 die Dinge als Arbeitsprodukt: „Abstrahieren wir von ihrem Gebrauchswert, so abstrahieren wir auch von den körperlichen Formen und Bestandteilen, die es zum Gebrauchswert machen. Es ist nicht länger Tisch, oder Haus oder Garn oder sonst ein nützlich Ding. Alle seine sinnlichen Beschaffenheiten sind ausgelöscht... Es ist nichts von ihnen übrig geblieben als dieselbe gespenstische Gegenständlichkeit, eine bloße Gallerte unterschiedsloser menschlicher Arbeit... Als Kristalle dieser ihnen gemeinschaftlichen Substanz sind die Werte – Warenwerte.“

Kanoldt malt seine Städteansichten genauso. Auch hier entfernt er alles Nebensächliche, um seine „geistige Vision“, die er wie folgt schildert, herauszuarbeiten: „Kalt stehen sie da, geisterhaft in all ihrer kristallklaren Schönheit.“

Und endlich wird aus der ganzen Sache ein Schuh. Es erklärt sich, warum die bürgerliche Kritik von Kanoldts



„Stilleben mit Gitarre“, 1926



„Subiaco“, 1924

Bildern so fasziniert ist, auch „wenn man sich manchmal einen Pulswärmer wünscht“. Es ist die rein kapitalistische Sicht der Welt, die in seinen Bildern glorifiziert wird.

Weiter wird klar, warum die Faschisten sich von einem der Wegbereiter ihrer Kunst trennten. Anfangs war er ihnen nützlich, sowohl gegen die realistischen Tendenzen, am populärsten durch Grosz und Dix vertreten, wie auch gegen die völlig abstrakte Kunst des Blauen Reiters. Aber als es darum ging, das Volk positiv für ihre Beutezüge und für die Schlachtbank zu gewinnen, da konnte Kanoldt mit seiner menschenleeren und menschenfeindlichen Kunst nicht mehr helfen. Zum dritten wird deutlich, warum jetzt, wo die Debatte um die Präsentation faschistischer Kunst entflammt, auch Kanoldt ins Gefecht gewor-

fen wird. Wir denken, daß damit eine Position gestärkt werden soll, die es dem Künstler erlaubt, aus „seiner“ Sicht die Wirklichkeit von allem Nebensächlichen zu befreien, um „deren Inneres im Sinne einer geistigen Vision als Wahrhaftiges sichtbar zu machen“. Wobei bedeutsam ist, daß sich sowohl Kanoldt wie auch die späteren Abstrakten um Kandinsky immer auf die gemeinsame theoretische Herkunft aus der neuen Münchner Künstlervereinigung bezogen haben. Und das war eben diese Maxime von der geistigen Vision als wahrhaftige Weltsicht. Wir denken, daß die Untersuchung der Frage nach der Menschenfeindlichkeit und der ungebrochenen Bedeutung dieser Maxime von großer Wichtigkeit für die Entwicklung einer antifaschistischen Kunst ist.

– (hk, uwa)

Kindertagesstätten

Neuere Entwicklungen im Kindertagesstättenwesen

Im Heft 22/86 der Politischen Berichte wurde die Situation in Stuttgarts Kindertagesstätten dargestellt und daraus die Forderung nach Festsetzung eines Mindeststandards abgeleitet. In Westberlin führte die ÖTV eine Fachtagung durch, so daß sich im Vergleich die Fortführung der Diskussion anbietet.

Im Vergleich zum Bundesgebiet muß die Situation in Westberlin auf dem Kindertagesstättensektor als weit fortgeschritten betrachtet werden. Im Bundesgebiet stehen Kindern und Eltern ganz überwiegend halbtags geöffnete, meist konfessionell geführte Kindergärten zur Verfügung. Es gibt vergleichsweise wenig Ganztagsplätze (für Stuttgart wurde eine Versorgung von 20% aller Kinder angegeben). Das Angebot orientiert sich am traditionellen, mittlerweile realitätsfremden Familienmodell, welches bei Nichtberufstätigkeit der Frau für einige Stunden am Tag das Bildungsprogramm für die Kinder übernimmt. Der größte Teil der berufstätigen Eltern muß sich derweil mit Omas, Tanten und Nachbarn behelfen. Diese Verwandtschafts- und Nachbarschaftsbeziehungen sind in Westberlin aufgrund der spezifischen Erwerbs- und Bevölkerungsstruktur (und durch den Mauerbau) weit weniger vorhanden bzw. tragfähig:

- Westberlin hat traditionell einen hohen Anteil sogenannter Frauenarbeitsplätze. Fast die Hälfte aller Erwerbspersonen (45%) sind weiblich. Die Frauenerwerbsquote liegt mit 62% erheblich über dem Bundesdurchschnitt (50%). Auch die Erwerbstätigkeit von Müttern mit Kindern unter 18 Jahren übertrifft mit 59% den Bundesdurchschnitt (42%). Noch 51% der Mütter mit Kindern unter sechs Jahren sind erwerbstätig.

- In Westberlin ist der Anteil der alleinerziehenden Eltern mit mehr als 20% doppelt so hoch wie in der BRD. Jedes fünfte Kind wird unehelich geboren.

- Für Westberlin ist traditionell die Zuwanderung von Arbeitskräften typisch. Diese bringen dabei selten ihre Omas, Onkel etc. mit.

Diese Tatsachen erklären, daß die Kindertagesbetreuung in Westberlin ein hochbrisanter Politikbereich ist, in dem es immer wieder zu mehr oder weniger heftigen Auseinandersetzungen kommt.

Davon später. Zunächst bleibt im Unterschied zu Westdeutschland festzustellen, daß ganztägig geöffnete Einrichtungen der Normalfall sind und es vergleichsweise viele Krippen- und Hortplätze gibt.

Die Geschichte der Kindertagesstättenversorgung in Westberlin zeigt, daß die Ganztagsversorgung der Kinder berufstätiger Eltern heute als ein selbstverständliches, wenn gleich in Quantität und Qualität immer wieder durchzusetzendes Recht der Kinder und Eltern betrachtet wird. Dazu folgender geschichtlicher Abriß:

Die mit der Studentenbewegung sich entwickelnde Frauen- und Kinderladenbewegung hat den Anspruch der Frauen auf gesellschaftliche Teilhabe und damit auf neue Formen der Kindererziehung offensiv vertreten und deutlich gemacht, daß Tageseinrichtungen für Kinder nicht länger nur etwas für „sozial Bedürftige“ sind, sondern daß die Kinder hier lebensnotwendige soziale Erfahrungen machen können. Die Warteliste für die bezirklichen Kindertagesstätten zeigten mit 18000 Vormerkungen den ungeheuren Bedarf und veranlaßten den Senat 1971 zu einem 10000-Plätze-Programm. In den Jahren 1974 und '76 beschloß der Senat die Kindertagesstätten-Entwicklungspläne (KEP I und

II), die neben zahlreichen Zielen der qualitativen Entwicklung auch neue Richtwerte für den quantitativen Ausbau festlegte. So sah der KEP II eine Versorgung in Gebieten mit ungünstiger Sozialstruktur von 90% (KEP I 100%) für den Elementarbereich vor. Ein neuer Nachfrageschub entstand Ende der 70er Jahre, als der sogenannte Nulltarif eingeführt wurde. Nun wurde deutlich, daß die bis dahin geltende Kostenbeteiligung gerade Eltern mit niedrigen Einkommen davon abgehalten hatte, ihr Kind in eine Kita zu bringen. Die Warteliste wuchs sprunghaft und trug dazu bei, daß viele neue Kindertagesstätten in die Planung aufgenommen wurden. Längst nicht alle der seitdem geplanten Kitas sind bisher fertiggestellt.

Mit den KEPs war damals tatsächlich eine Absicherung der Mindeststandards für die Kindertagesstättenversorgung gegeben. Als nachteilig zeigt sich heute, daß es damals nicht gelang durchzusetzen, daß die KEPs nicht nur als Senatsbeschluß, sondern als Gesetz verabschiedet wurden. So geschieht die ganze sozialpädagogische Gestaltung wie die quantitative Versorgung – abgesehen von solchen allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen wie denen des BGB (psychisches und körperliches Wohl der Kinder, Aufsichtspflicht), etlichen bau-, brandschutz- und versicherungsrechtlichen Bestimmungen sowie einigen Klauseln des Jugendwohlfahrtsgesetzes – im „rechtsfreien“ Raum und ist damit unmittelbar einerseits von den geschichtlich erkämpften Standards, andererseits von den aktuellen gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen abhängig. Ein Zustand, der so z.B. für die Schulen undenkbar ist. Die Forderung nach gesetzlicher Anerkennung der Kindertagesstätten als Bildungseinrichtung für alle Kinder gehört neben der Forderung nach zwei Erziehern pro Gruppe zu den Uraltforderungen aus diesem Bereich.

Wenn also der Zustand des Kindertagesstättenwesens direkt vom gesellschaftlichen Kräfteverhältnis abhängt, ist es von einigem Interesse, die Entwicklung seit der „Wende“ in Westberlin 1980 zu betrachten. Ursprünglich hatte der Senat probiert, seine frauen- und arbeiterfeindliche Familienideologie tatsächlich in handfeste Politik umzusetzen. 1981 bzw. 1982 hatte er versucht, das Problem „Warteliste“ und damit das Problem Kita generell durch eine kräftige Erhöhung der Kostenbeteiligung zu lösen. Den Eltern sollte damit der Spaß am „Abschieben“ ihrer Kinder verdorben werden. In seinem Sparbeschluß plante der Senat bereits, in welcher Reihenfolge die „leerstehenden“ Kitas zu schließen seien. Entsprechend seiner besonderen Interpretation von Subsidiarität sollten zuerst die landeseigenen Einrichtungen daran glauben. Elternprotest erreichte, daß die Kostenbeteiligung weniger stark angehoben wurde und die abschreckende Wirkung nicht eintrat, wie aus der seit zwei Jahren nahezu konstant bleibenden Zahl von ca. 25000 Vormerkungen geschlossen werden kann. Die meisten der dann etwas weniger frontal durchgeführten Angriffe konnten ebenfalls ganz oder teilweise abgewehrt werden.

- 1980 und 1985 wurden Pläne zur Überbelegung der Gruppen verhindert,

- angestrebte Personalreduzierungen im gleichen Jahr konnten erheblich abgemildert werden und werden dieses Jahr über den Umweg von Vertretungsmittelerhöhungen teilweise wieder ausgeglichen,

- Pläne zur Reduzierung des technischen Personals und zur Privatisierung der Reinigung blieben in den Schubladen,

- der Versuch der Kürzung von Beraterstellen kann als gescheitert betrachtet werden,

- die Absicht, Halbtagsbetreuung und Schwerpunktkitas für die Ganztagskinder zu schaffen, wurde nicht verwirklicht,

- die Wahrung der Aufstiegschancen für Erzieher konnte erreicht werden und, last not least,

- der quantitative Ausbau des Kita-Bereichs geht weiter!

Der Senat hat nicht nur das vom Vorgänger begonnene Investitionsprogramm fortgeführt, er hat in der laufenden Wahlperiode noch kräftig zugelegt. Um Planungsfehler in Neubaugebieten auszugleichen, wurde mit einem erheblichen Investitionsprogramm eine Erweiterung des Platzangebotes durchgeführt. Da es auch in anderen Gebieten der Stadt Notwendigkeiten zur Platzvergrößerung gab, wurde für dieses Programm auch noch ein zweiter Teil beschlossen. Das ist in der Tat eine Wende in der Senatspolitik um nahezu 180 Grad.

Es sei mir hier eine theoretische Betrachtung erlaubt:

Wenn man die obengenannte Westberliner Bevölkerungs- und Erwerbsstruktur als typisch für eine fortgeschrittene kapitalistische Gesellschaftsentwicklung betrachtet, dann kann sich auch eine reaktionäre Regierung nicht ohne weiteres über die Bedürfnisse und Verhältnisse hinwegsetzen, sondern muß diesen Rechnung tragen. Was übrig bleibt, ist Propaganda und natürlich eine reaktionäre Modifizierung in der Art und Weise, wie diesen Erfordernissen entsprochen wird. So zeigt der Senat keinerlei Interesse an einer qualitativen Verbesserung der Einrichtungen, er betreibt eine Politik der Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und eine Politik der sozialen Differenzierung.

Die sogenannte Privatisierung beruft sich auf den Vorrang des Subsidiaritätsprinzips und treibt im Kindertagesstättenbereich merkwürdige Blüten. Gerade hier ist es offensichtlich, daß die ohnehin subventionierten freien Träger nicht in der Lage sind, ein bedarfsdeckendes Angebot zu machen. Also springt der Senat in die Bresche, plant und baut neue Kitas, übergibt sie dann den freien Trägern, schlüsselfertig (wenn er sie los wird) und übernimmt sodann die vollen laufenden Kosten. Außer dem optischen Einhalten des Null-Stellenplanes, dem nominellen Herausstellens aus der Verantwortung und einer eventuellen Desolidarisierung der Beschäftigten durch unterschiedliche Bezahlung und Arbeitsbedingungen ist damit nichts erreicht. Ein wesentlich interessanterer Aspekt der Privatisierung stellen die mit Starthilfegeldern massiv geförderten Nachkommen der Kinderläden, die Eltern-Initiativ-Kindertagesstätten (EKTs) dar. Mitte '85 gab es bereits über 7000 Plätze in 426 EKTs. Die EKTs machen schon 10% des Platzangebotes aus und sind damit nach dem Diakonischen Werk (13,5%) der zweitgrößte freie Träger.

Unter erheblichen Zeit-, Verwaltungs- und vor allem Geldaufwand schaffen sich hier Eltern ein pädagogisches Angebot für ihre Kinder in überschaubarem und mitzugestaltendem Rahmen. Der Senat sieht hierin die Möglichkeit, kurzfristig und billig Wartelisten abzubauen. Eltern, die die nötige Zeit und das nötige Geld haben, sind mit diesem Angebot zufrieden. Aber zunehmend gibt es Eltern, die diese Belastungen nur mit Mühe aufbringen können, ihre Kinder gerne in einer städtischen Kita unterbringen würden, aber für die die EKT der einzige Ausweg ist, überhaupt eine Unterbringungsmöglichkeit für ihre Kinder zu bekommen. Für die meisten Arbeitereltern ist die EKT keine Möglichkeit. Alleinerziehende Ausländer, Mehrkindfamilien, ganztags berufstätige Paare, können sich die zeitlichen und finanziellen Mehrbelastungen nicht leisten und werden sich weiter in die langen Wartelisten städtischer Kitas einschreiben müssen. So entstehen immer mehr Kitas 1. und 2. Klasse: Die EKT als das materielle und bildungsmäßige Privileg der Mittelschicht, die staatlichen Kitas als Armenkitas.

Die staatlichen Kitas in den innerstädtischen „Problembezirken“ sind zunehmend von sich überschneidenden Verarmungsprozessen betroffen. Neben die Verarmung der Erfahrungs- und Kommunikationsmöglichkeiten durch den Trend zur Ein-Kind- und oft auch zur Ein-Eltern-Familie und der Zubetonierung des Wohnfeldes tritt die Verelen-

dung von Teilen der Arbeiterbevölkerung. Die Kita muß sich dann auf die soziale Lage der von der „neuen“ Armut betroffenen Kinder und ihrer Eltern einstellen und ist gezwungen, zusätzliche soziale Aufgaben zu erfüllen, wenn z.B.

- Schuhwerk und Kleidung der Kinder nicht passen oder nicht der Jahreszeit entsprechen,
- diese Kinder wegen Geldmangel nicht an den Gruppenaktivitäten teilnehmen können,
- die Kinder kein Frühstück mitbekommen,
- immer mehr Zeit für die Körperpflege der Kinder aufgewendet werden muß,
- immer häufiger kranke oder genesende Kinder in die Kita geschickt werden,
- der Anteil entwicklungsgefährdeter Kinder in der Gruppe steigt,
- immer häufiger Eltern bei den Erziehern Rat und Hilfe suchen.

Bislang fehlen darüber genauere Untersuchungen, jedoch sind die Tatsachen bei allen damit Befassten hinlänglich bekannt. Diese sozialpädagogisch besonders geforderten Kitas unterliegen der vom Senat inszenierten Verarmung der Kitas selbst: Der fehlende Kostenangleichung bei Spiel- und Beschäftigungsmaterialien sowie bei den Beköstigungssätzen und die schleichende Personalreduktion. Der Druck in diesen Kitas ist so groß, daß das Arbeiten dort für die Beschäftigten oft eine unerträgliche Last ist, was sich in den immensen Krankenzeiten niederschlägt. Aufgrund des hohen Bedarfs bekommen in diesen Bezirken nur noch Kinder der Dringlichkeitsstufe I und II einen Platz, eben aus „schwierigen“ Verhältnissen kommende Kinder. Immer mehr pädagogisch interessierte (Mittelschichts-)Eltern wandern so in „sozial weniger belastete“ Kitas (EKTs) ab. Dadurch findet schon im Vorschulalter eine soziale Selektion statt, die die öffentlichen Kitas in Gefahr bringen, zu Gettos zu werden. Hinzu kommt, daß immer mehr Eltern Schwierigkeiten haben, die 70,- DM (sind gerade wieder erhöht worden) Kitagebühren aufzubringen. Angesichts dieser Entwicklungen wurde auf der Fachtagung die Forderung erhoben, Kitas in sozialstrukturell besonders belasteten Einzugsbereichen als „Sozialstationen“ mit insgesamt verbesserten Rahmenbedingungen zu installieren. Die Jugendsenatorin polemisiert dagegen: Die Kita sei keine Reparaturwerkstatt, Kinder seien keine Autos. es sei eine Anmaßung, wenn Erzieher meinen, Kinder in der Kita erziehen zu müssen; die Erziehung finde immer noch in der Familie – aber auch in der Schule – statt.

Obwohl ich oben aufgezeigt habe, daß der Senat mit seinen Plänen nicht durchkam, macht sich darüber nicht so recht Freude breit. Es handelte sich um mehr oder weniger erfolgreiche Abwehrkämpfe, wo doch angesichts der drängenden Verhältnisse mal eine tatsächliche Verbesserung nötig wäre. Der Aufgabe, aus der Defensive herauszukommen, stellt sich die ÖTV in diesem Bereich zunehmend seit einiger Zeit, und die Fachtagung war ein Schritt dahin. Dabei gibt es vielfältige Schwierigkeiten. Die Einsicht, sich für die Durchsetzung seiner Interessen kollektiv einsetzen zu müssen und – daraus entwickelt – das Bewußtsein der Notwendigkeit gewerkschaftlicher Organisation hat im Erzieherbereich eine schwache Tradition und ist auch heute sehr unterentwickelt. In einem Sozialberuf steht eben das Engagement für den einzelnen Mitmenschen im Vordergrund. Die politische Sichtweise ist eher eine harmonische als eine vom Kampf gegensätzlicher Interessen. In einem typischen Frauenberuf stehen Familie und Privatheit in der persönlichen Wertrangfolge vor dem öffentlichen, politischen Engagement. Ein Schritt aus der Defensive heraus kann der Abschluß eines Bezirkstarifvertrages für den Erziehungsdienst sein, den die ÖTV jetzt anstrebt (siehe Resolution). Dieser würde die Regelung der Arbeitsbedingungen mit einschließen, wie Gruppengröße, Personalschlüssel, d.h. Mindeststandards, und für einen gewissen Zeitraum festschreiben. Man müßte sich dann nicht alle paar Monate von neuen Kürzungsplänen überraschen lassen. Es böte sich damit auch erstmalig die treffliche Möglichkeit, durch legale gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen in diesem Bereich etwas zu bewegen. Eine erhebliche Gefahr ist mit dieser neuen Richtung allerdings verbunden: Wenn die Kampfkraft nicht ausreicht, um die Verhandlungsbereitschaft des Senats zu erzwingen, läßt dieser das Tarifvertragsangebot resonanzlos verhallen, oder schlimmer, diktiert Bedingungen, miserabler als die jetzigen. Man darf gespannt sein. – (pet)

(Quellenhinweis: Für Kinder und Tagesstätten, Beiträge der pädagogischen Fachtagung vom 6.-8.11.1986, ÖTV-Berlin)

Resolution zur Pädagogischen Fachtagung der ÖTV-Berlin vom 6.-8.11.1986 für Kinder- und Tagesstätten

Wieder und wieder wurde in den vergangenen Jahren versucht, Gruppenüberbelegung und Personalreduzierungen durchzusetzen. In den Abwehrkämpfen dagegen wurden Kräfte verschlissen, die dringend gebraucht wurden für die inhaltliche Weiterentwicklung der Kita-Arbeit. Wir sind es leid, den Plänen und dem tatsächlichen Qualitätsabbau in den Kindertagesstätten hinterherzulaufen.

Deshalb fordern wir die zuständigen Gremien der ÖTV auf, einen Tarifvertrag für den Erziehungsdienst abzuschließen, der die Arbeitsbedingungen einschließt.

Wir fordern weiter, daß die Kita als Bildungseinrichtung für alle Kinder dieser Stadt anzuerkennen ist. Der Platzausbau hat sich demzufolge nicht nur an der dringendsten Nachfrage, sondern am Prinzip der Vollversorgung zu orientieren.

Kostenbeteiligungen der Eltern dienen dazu, die Vorkerkzahlen zu drücken. Sie führen zu einer sozialen Auslese. Die Bildungseinrichtung Kita braucht den Nulltarif!

Der Qualitätsabbau muß gestoppt werden. Der Erhalt

der Kita-Beratung mindestens im derzeitigen Umfang ist unsere Minimalsforderung. Die seit Jahren stagnierenden oder reduzierten Mittel für Beköstigung und Spielmaterial müssen mit den Preissteigerungsraten erhöht werden.

Der Personalschlüssel entspricht nicht den pädagogischen Zielvorstellungen. Wir fordern immer noch zwei Erzieher pro Gruppe. Die vom Senat in Aussicht gestellte Erhöhung der Vertretungsmittel von ca. 3% reicht nicht einmal, um die von ihm selbst nachgewiesenen und veröffentlichten Ausfallzeiten und Belastungsfaktoren der pädagogischen Arbeit annähernd auszugleichen. Bei Einrechnung nur dieser Zeiten in den Personalschlüssel ergäben sich in Krippe und Elementarbereich 1,72 Erzieher/Gruppe und im Hort 1,34 Erzieher/Gruppe.

Wir erwarten vom Senat die Einhaltung dieses Schlüssels als Sofortmaßnahme anstelle der unzureichenden Vertretungsmittelregelung.

Die neuzuschaffende Erzieherausbildung muß den gestiegenen Erwartungen an die Qualifikation von Erzieher(inne)n Rechnung tragen. Keinesfalls darf es durch einen berufsqualifizierenden Abschluß an einer neuen Berufsfachschule in Zukunft „Erzieher(inne)n zweiter Klasse“ geben.

Behindertenpolitik und „Arbeitstherapie“

Lebenshilfe Lüneburg: „Abends tun einem oft die Beine weh, der Rücken auch.“

Mehr als 1000 Lohnabhängige arbeiten in Lüneburg in Einrichtungen für Behinderte u.a. im psychiatrischen Landeskrankenhaus, der Lebenshilfe, der psychiatrischen Klinik Häcklingen. Die tägliche Arbeit führt zu vielen Widersprüchen, die der Anlaß für das (im folgenden abgedruckte) Extra der Volksfront-Informationen waren. Es wurde erstellt von der Volksfront Lüneburg in Zusammenarbeit mit an der Behindertenpolitik Interessierten.

In dieser Extraausgabe zur Behindertenpolitik in Lüneburg wollen wir auf zwei Gesichtspunkte eingehen: Einmal auf den brutalen Zugriff auf die Arbeitskraft der Behinderten, wie er sich in dem sprunghaften und von der Landesregierung geplanten Ausbau der Werkstätten für Behinderte und dort entwickelten akkordähnlichen Arbeitsbedingungen ausdrückt und die Zahl der Behinderten wachsen läßt, weil

ihre Arbeitskraft dort für Pfennigbeträge, statt tariflich gesicherter Bezahlung zu haben ist. Zum anderen ist gerade bei der furchtbaren „Euthanasie-Tradition“ Lüneburgs eine erneute Beschäftigung mit faschistischer Politik notwendig, um die Ziel- und Entwicklungsrichtung der gegenwärtigen Behindertenpolitik, wie die Reaktion sie betreibt, zu erfassen. Die Rehabilitation des faschistischen Euthanasie-Ideologen Carl Schneider durch bisher eher als links geltende Professoren zeigt, wie dringend die hemmungslosen Konjunktur gebremst werden muß, mit der sich Arbeitstherapiekonzepte ohne Abgrenzung zur faschistischen Zwangsarbeit ausbreiten und der Reaktion die Entfaltung ihrer Politik erleichtern.

Das Extrablatt will die Diskussion anregen. Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht.

Werkstatt für Behinderte – Beispiel Lebenshilfe Lüneburg: Arbeit und Arbeitsbedingungen

Die Werkstatt für Behinderte (WiB) ist entstanden aus der Idee, den Behinderten Mitmenschen für sie angemessene Lebens- und Arbeitsbedingungen zu schaffen und ihnen bei der Eingliederung bzw. Wiedereingliederung in Arbeit, Beruf und Gesellschaft Hilfe zu leisten. Heute spielt dieser Grundgedanke jedoch kaum noch eine Rolle. Die WiB ist integraler Bestandteil der „freien“ Wirtschaft und ist daher der Konkurrenz unterworfen. Um im Konkurrenzkampf zu bestehen, „muß“ ein Unternehmen neben Rationalisierungsmaßnahmen von den Arbeitern das Höchstmögliche an Leistung verlangen. Um zu zeigen, wie sich das auf die Behinderten in der WiB auswirkt, einige Beispiele:

1) Der Trainings- und Anlernbereich wurde in den letzten Jahren von drei auf ein Jahr verkürzt.

2) Das Wechseln von einer Werkstatt-Abteilung (z.B. „Metall“) in eine andere (z.B. „Holz“) auf eigenen Wunsch der Behinderten ist fast unmöglich. Auf der einen Seite fällt ein Arbeiter weg, auf der anderen Seite wird wieder Einarbeitungszeit benötigt.

3) Die Schwerbehinderten sind heute aus dem normalen Werkstattbetrieb herausgenommen. Für sie wurde eine Schwerbehindertengruppe geschaffen, mit eigenen Räumlichkeiten, in denen sie mit einfachen manuellen Tätigkeiten beschäftigt werden – eine Ausgrenzung Behinderter innerhalb der „Werkstatt für Behinderte“.

4) Des weiteren ist die Tendenz zu beobachten, daß Behinderte in die WiB vermittelt werden, die bereits auf dem freien Arbeitsmarkt tätig waren und z.T. sogar eine abgeschlossene Berufsausbildung haben.

5) Wenn es die Auftragslage erfordert, fallen für die behinderten Mitarbeiter auch schon mal die „Therapie-

stunden“ (Sport, Schwimmen, Reiten etc.) aus. Begründet wird dies damit, daß Arbeit an sich schon Therapie sei und alles andere ein großzügiges Entgegenkommen der Geschäftsleitung!

6) Der „Lohn“ der Behinderten ist abhängig von den erarbeiteten Gewinnen; (s. Subventionsmechanismus). Was erhalten die Behinderten nun für ihre Leistung? Da sie in einem Betreuungsverhältnis zur WiB stehen, unterliegen sie nicht dem Arbeitsschutz und haben keinen Anspruch auf tariflich festgelegten Lohn. Das Schwerbehindertengesetz gesteht ihnen lediglich einen „ihren Leistungen und Fähigkeiten angemessenes Entgelt“ zu. Ein Mindestlohn ist nicht garantiert. Wel-

che Höhe angemessen erscheint, wird von der WiB bzw. deren Lohnkommission festgelegt. Daraus ergibt sich z.B. für die Lebenshilfe Lüneburg ein Mindestlohn von 90 DM und ein Höchstlohn von 500 DM. Der Lohn wird in Form einer „therapeutischen Vergütung“ ausgezahlt. Das hierzu erarbeitete Lohnsystem ist in sechs Lohngruppen unterteilt, welche wiederum in einen Lohngruppen- und einen Leistungsanteil untergliedert sind. Auch hier macht sich fest, wie sehr die Leistung gefragt ist. Das Verhältnis zwischen Lohngruppen- und Leistungsanteil kann in der niedrigsten

Gruppe 50:50 und in der höchsten immer noch 70:30 sein.

Funktionsweise der WiB und Subventionsmechanismus

Die Lebenshilfe als Träger der Werkstatt hat die Aufgabe, die Einrichtung und den laufenden Betrieb zu ermöglichen. Der Bau der WiB Lüneburg wurde zu 20% vom Lebenshilfe-Verein und der Rest aus öffentlichen Mitteln finanziert. Zur Organisation des Arbeitsablaufes und der Betreuung der Behinderten sind Werkstattleiter und Aufsichtspersonal nötig. Die Werkstatt bezieht von Lieferanten ihre Investitionsgüter, Bauten, Maschinen etc., sowie Produktionsmaterialien. Zum



Nazi-Propaganda: „Dieser Pfleger, ein gesunder kraftvoller Mensch, ist nur dazu da, um diesen einen, gemeingefährlichen Irren zu betreuen. Müssen wir uns dieses Bildes nicht schämen?!“ (aus: Neues Volk, 2/1934)

Verkauf der Produkte braucht sie Abnehmer. Die WfB soll kostendeckend arbeiten, d.h. die Summe der Einkünfte aus Subventionen und Erträgen muß die Kosten der Löhne und Materialaufwendungen decken. Die Subventionen werden im allgemeinen vom Landessozialamt in Form von Pflegesätzen gezahlt. Subventioniert werden aber nur die Personalkosten für die Betreuung (nach Personalschlüssel 1:12), die Lohnnebenkosten der Behinderten und Arbeitsmaterialien sowie Maschinen und Werkzeuge, nicht aber die Löhne der Behinderten. Sie sind abhängig vom jeweiligen Gewinn. Um dem Ganzen einen sozialen Charakter zu geben, spricht man hier von einer „Solidargemeinschaft“. Bevor der Gewinn jedoch als Lohn ausgezahlt wird, wird er noch von einigen Kosten bereinigt. Darin sind z.B. enthalten: Werkstattkosten wie Verpflegung und Fahrtkosten, Personalmehrkosten, produktionsbezogene Gebühren und Transporte, Reparaturen (z.B. durch Zivildienstleistende verursachte Schäden an Fahrzeugen). Von dem so bereinigten Nettogewinn werden nochmals 20% abgezogen, die als Rücklage zur Überbrückung schlechter Auftragslage in der WfB verbleibt. Hierzu ist die WfB aufgrund einer Verwaltungsvorschrift des Landessozialamtes verpflichtet.

Praktisch soll die Rücklage eine Art Arbeitslosenversicherung darstellen. Allerdings haben die Behinderten hierauf keinen garantierten Anspruch und zudem ist sie sehr teuer. Zum Vergleich: Die derzeitige Höhe der Arbeitslosen-Pflichtversicherung für einen Arbeitnehmer beträgt 2,15%! Der jetzt verbleibende Gewinn wird an die Behinderten ausgezahlt, wobei jeder einzelne nochmal einen Teil für Wohnheimkosten abgezogen bekommt, wonach jemandem aus der höchsten Lohngruppe noch ca. 300 DM (kann wegen des hohen Leistungsanteils noch stark differieren) zur persönlichen Verfügung bleiben.

Den Nutzen an den WfBs haben die Kapitalisten

Im Schwerbehindertengesetz ist festgelegt, daß Arbeitgeber mit mehr als 16 Arbeitsplätzen, wenigstens 6% ihrer Arbeitsplätze mit Schwerbehinderten besetzen müssen. Für jeden unbesetzten Arbeitsplatz haben sie eine Ausgleichsabgabe von monatlich 100 DM zu entrichten. Trotzdem kommen die wenigsten der Beschäftigungspflicht nach. Im Oktober 1979 hatten von 123200 beschäftigungspflichtigen Arbeitgebern lediglich 24000 (19%) die 6% (teils darüber) ihrer Arbeitsplätze

mit Behinderten besetzt, 41400 (34%) hatten überhaupt keinen Pflichtplatz besetzt. Laut LZ vom 14./15.3.87 sind im Arbeitsamtsbezirk Lüneburg lediglich 3,42% der Schwerbehindertenarbeitsplätze besetzt (Bund 5%, Niedersachsen-Bremen 4,8%). Von den 2598 zu beschäftigenden Schwerbehinderten im Arbeitsamtsbezirk haben nur 1364 einen Arbeitsplatz.

Ein Grund dafür ist die viel zu niedrige Ausgleichsabgabe. Es ist für die Unternehmen wesentlich profitabler diese zu zahlen und dafür Arbeiten an die WfB zu vergeben, zumal sie noch laut § 53 SchwBG 30% des Rechnungsbetrages auf die jeweils zu zahlende Ausgleichsabgabe anrechnen können: Die Preise, die der Unternehmer für Aufträge nimmt, die er an die WfB vergeben hat, werden so kalkuliert, als würde er die Arbeit in seiner Firma von seinen „normalen“ Arbeitern durchführen lassen. Mit der WfB handelt er einen Preis aus. Wenn wegen fehlender Maschinen und geringerer Leistungsfähigkeit der Behinderten mehr Zeit und mehr behinderte Mitarbeiter für einen Auftrag benötigt wird, so wirkt sich dies nur für die Behinderten negativ aus (Schmälerung des Gewinns, s. letztes Kapitel).

Obwohl das Arbeitsamt die Einstellung von Behinderten fördert z.B. zahlt

was soll man schon erzählen?



In der Küche der Lebenshilfe Lüneburg sind wir sieben Frauen, dazu kommen zwei Leiterinnen. Wir haben 230 Mittagessensportionen zu kochen, 150 davon gehen außer Haus. Um 7.00 Uhr fangen wir an (einige von uns, die vom Lande kommen, stehen schon um 5.00 Uhr auf). 15.30 Uhr ist Arbeitsschluß. Morgens früh geht es gleich los mit den vorbereitungen:

- Nahrungsmittel annehmen, auspacken, wegstellen, holen.
- 8.30 Uhr haben wir Frühstück. Dafür stellen wir das Kaffeewasser auf, decken den Tisch. Danach wird das Kaffeegeschirr in der Spülmaschine gestapelt und durchgelassen. Über Mittag gibt es das meiste zu tun:
- Kartoffelmaschine anstellen
- Gemüse putzen
- Gruppen auszählen (d.h. Mittagsgeschirr für die Schulklassen zusammenstellen)
- Essen austeilen
- Essensportionen für außer Haus entgegennehmen
- Geschirr in die Spülmaschine stellen, es ausräumen, abtrocknen.

Dann die Reinigungsarbeiten:

- Spülmaschine ausspritzen
- Kessel auswischen
- Kippfannen auskratzen
- Fußböden schrubben
- Die Roste über den Silos putzen (das ist die fleißigste Arbeit).

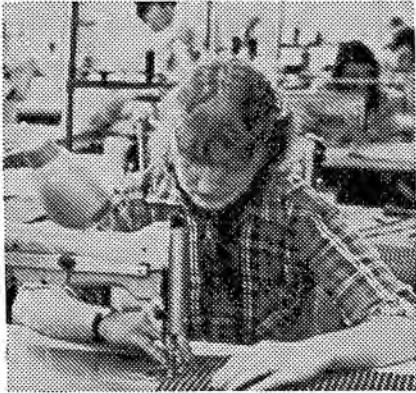
Abends tun einem oft die Beine weh, der Rücken auch.

Aber die Arbeit muß ja gemacht werden.

Wie hoch unser Lohn ist? Wir wissen es nicht – oder doch: einige wenige kriegen 300,- DM, die meisten 107,- DM monatlich.

Den Text und die Illustration haben wir einer Broschüre „was soll man schon erzählen?“ – Bilder und Texte vom Arbeiten“ entnommen, die vom Museumspädagogischen Dienst Hamburg herausgegeben wurde. Sie enthält Arbeiten von Kolleginnen und Kollegen, die an einem Kursus „Druckgrafik im Buchdruck“, veranstaltet in Zusammenarbeit mit der Arbeitsloseninitiative der IG Druck und Papier Hamburg, teilgenommen haben.

es bis zu 80% des tariflichen Lohns über ein Jahr, in begründeten Einzelfällen auch zwei Jahre (§ 58 AfG), und es kann die Anrechnung eines Schwerbehinderten auf mehr als einen Arbeitsplatz zulassen, wenn dessen Unterbringung in Arbeit auf besondere Schwierigkeiten stößt (§ 7 Abs. 6 SchwbG), wird die Arbeitskraft der Behinderten in den WfBs vorrangig genutzt. Für die Unternehmer bedeutet das mehr Profit, für die Behinderten Ausgrenzung und Minimallohn ohne Garantie für



Textilwerkstatt: Nähen für Pfennigbeträge

harte Arbeit.

Ein weiterer Grund ist wohl der besondere Kündigungsschutz den ein Schwerbehinderter genießt, wenn er in einem normalen Arbeitsverhältnis steht, und zudem hat er noch Anspruch auf (bisher) sechs Tage Sonderurlaub im Jahr (§§ 12-19 und § 44 SchwbG). So fordern die Arbeitgeber auch einen drastischen Abbau des Schwerbehindertenschutzes. Hier, wie auf anderen Feldern der Sozialpolitik, hat die Bundesregierung die Vorstellungen der Arbeitgeber aufgegriffen, um mit ihren „Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Schwerbehindertengesetzes“ (Bundesrat-Drucksache 431/84) den Schwerbehindertenschutz abzubauen. Das zielt u.a. auf den Kündigungsschutz, auf den Zusatzurlaub und sieht eine drastische Verkleinerung des Kreises der Begünstigten des SchwbG vor. Allein die Ausgleichsabgabe soll, immer noch unzureichend, auf 150 DM erhöht werden.

(Sämtliche Zahlen und Gesetzesstellen aus: M.Kittner; „Arbeits- und Sozialordnung“, 10. Auflage, Stand: 5.3.1985)

Zahl anerkannter Schwerbehinderter steigt:	
1974:	17000
1976:	40000
1979:	62000
1980:	74000
1981:	87000
1982:	112000
1983:	131000

Mittel der Ausgleichsabgabe:

1976:	379 Mio.DM
1977:	425 Mio.DM
1978:	373 Mio.DM
1979:	220 Mio.DM
1980:	216 Mio.DM

Der Rückgang beruhte auf der Zahlungsverweigerung vieler Arbeitgeber im Hinblick auf ein Verfahren vor dem BVerfG.

Die Beschäftigungsquoten bei Bund und Länder (Okt. 1979):

6,2% beim Bund (inkl. Bahn und Post)
3,6% Schleswig Holstein
3,8% Baden-Württemberg
4,0% Niedersachsen
4,3% Bayern
6,6% Westberlin
7,5% Bremen

Entstehungsgeschichte der Lebenshilfe

Aus einer Initiative der Sonderschullehrerin E. Sprengel entstand 1964 der Elternverein „Lebenshilfe für das geistig behinderte Kind“.

Sinn und Zweck war es, auf die Probleme der Behinderten aufmerksam zu machen, ihnen gemeinsames Leben und Arbeiten zu ermöglichen und sie in die „normale Gesellschaft“ zu integrieren bzw. eine Integration zu ermöglichen. Zwei Jahre nach Vereinsgründung wurden die ersten fünf Arbeitsplätze für geistig behinderte Erwachsene eingerichtet. Bis 1969 wurde daraus eine kleine Werkstatt für 20 Behinderte. Daneben gab es einen heilpädagogischen Kindergarten, der damals bereits 17 Kinder betreute. Eine schulische Versorgung wurde 1976 angeschlossen, eine Tagesstätte für Schulpflichtige mit 55 Plätzen und einer Lehr- und Versorgungsküche. Heute werden hier ca. 100 behinderte Kinder und Jugendliche betreut.

1974 wurde mit dem Bau eines Werkstattzentrums begonnen – einem Sechs-Millionen-Projekt für zunächst 280 Arbeitsplätze –, und es entstand die erste Wohnstätte für 23 erwachsene Behinderte in Embsen. Zu dieser Zeit wurde auch die „Lebenshilfe gemeinnützige GmbH Lüneburg“ gegründet, deren Hauptgesellschafter der Lebenshilfe-Elternverein war und bis heute ist. Die Werkstatt bietet Arbeitsplätze in den Bereichen Holz- und Metallverarbeitung,

Druck und Papier, Textilverarbeitung, industrielle Teilemontage, Großküche, Wäscherei und Kfz.-Werkstatt. Im Sommer 1982 wurde in Tostedt eine Zweigwerkstatt eröffnet. Heute werden über 400 behinderte Mitarbeiter in den Werkstätten beschäftigt. Einschließlich



Schellen montieren für „soziales Lernen und Kontaktfähigkeit“!!!

Frühförderung, Sonderkindergarten, und Tagesbildungsstätte mit integrierter Sonderschule G, und Eingangs- und Trainingsstufen für die Werkstätten werden über 600 behinderte Menschen von der Lebenshilfe Lüneburg betreut. Die Anzahl der Wohnheimbewohner ist in den über 400 Beschäftigten in den Werkstätten enthalten, da der Wohnheimplatz an den Platz in der Werkstätte gebunden ist.

„Wer sich selbst finden will, ist bei uns verkehrt“

Dies sagte am 18.6.86 Gerda Feldmann, die Leiterin des Sonnenhofs in der Lünepost. Anlaß: der zehnte „Geburtstag“ dieser Einrichtung in Ochtmissen, die mittlerweile 60 Arbeitsplätze für Behinderte bereithält. Für ihre Tätigkeit als Leiterin des Sonnenhofes und als Vorstandsvorsitzende des Trägervereins, der Johann-und-Erika-Loewe-Stiftung hat die Ehefrau des Lüneburger CDU-MdL Feldmann (Moravia-Brauerei) jetzt am 5.3.87 auf Vorschlag von Ernst Albrecht durch Bundespräsident Weizsäcker das „Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland“ verliehen bekommen. In seiner „Laudatio“ lobte Minister Schnipkoweit „den Sonnenhof als Einrichtung, die Maßstäbe in der psychiatrischen Arbeit setze und in Niedersachsen wie in der Bundesrepublik ihresgleichen suche.“ (LZ, 6.3.87) „Wer sich selbst finden will, ist bei uns verkehrt“, bei einem solchen Leitspruch wundert nicht, daß von Bezahlung der Arbeit und Arbeitsbedingungen in der Bäckerei, Tischlerei, Weberei, Wachtelfarm, beim Party-Service, in der Hauswirtschaft und auf dem biologisch-organischen Bauernhof nie die Rede ist. „Die Behinderten haben nach Arbeit gestrebt, wir haben Arbeitsmöglichkeiten geschaffen.“ Gerda Feldmann will den Sonnenhof weiter wachsen lassen. Muß sich lohnen, für die Behinderten wohl kaum!

Forschungsbericht von Minister Blüm (CDU) fordert den Ausbau der Arbeitstherapie

Im Juni 1984 gibt der Bundesminister für Arbeit und Soziales den Forschungsbericht „Arbeitstherapie in Psychiatrischen Krankenhäusern – Leitlinien und Bestandsaufnahme“ heraus. Erklärtes Ziel der reaktionären CDU-Politik heißt: Ausbau der Arbeitstherapie, denn immerhin ist der „Versorgungsgrad“ der Psychiatriepatienten mit Arbeitstherapie rückläufig. Er betrug 1973 44%, 1982 nur noch 38%. Das Ziel des Forschungsberichts ist es, „durch Ausbau und Qualifizierung der Arbeitstherapie die stationäre psychiatrische Behandlung effektiver zu gestalten und die Wiedereingliederung psychisch Kranker gezielter vorbereiten zu können. Die dadurch bewirkte Minderung von Behandlungsdauer- und -häufigkeit trägt mittel- und langfristig auch zur Kostendämpfung bei.“ (S. 2) „Effektivere psychiatrische Behand-

Ausbau der Arbeitsplätze in den Werkstätten für Behinderte (Niedersachsen)

1975	4000
1980	8000
1985	11500
geplant:	
1990	15200

In den WTBs in Niedersachsen gehören mittlerweile 10 bis 50 Prozent der behinderten Beschäftigten zu den psychisch Kranken.

Quelle:
Niedersächsischer Behindertenbericht 1985

lung“ heißt hier also weitere Verkürzung und Verbilligung der stationären Behandlung. Das bedeutet auch, daß der Ausbau der Arbeitstherapie auf Kosten der Anwendung und Entwicklung anderer Therapien gehen soll. Die Frage der Gesundung eines psychisch

Kranken wird unter dem Gesichtspunkt der Kostendämpfung darauf reduziert, an welcher Sorte Arbeitsplatz die reduzierten Fähigkeiten verwertbar gemacht werden können. Diese Betrachtungsweise, die den kranken Menschen auf seine Leistungsfähigkeit und Verwertbarkeit zurechtstutzt und selbiges für Gesundheit erklärt, ist im Faschismus zur brutalsten Entfaltung gebracht worden.

„Wiedereingliederung“ heißt hier (im günstigsten Fall) daß der Patient im Anschluß an die stationäre Behandlung eine berufliche Rehabilitationsmaßnahme macht, „ggf. auch mit einem Eingliederungsziel unterhalb des bisherigen Berufsniveaus“. Ansonsten darf die „medizinische Arbeitstherapie an berufsbezogenen Inhalten nicht mit der beruflichen Rehabilitation verwechselt werden“ (S. 29). Die Arbeitstherapie dient weitgehend dazu, die Arbeitskraft der psychisch Kranken soweit als möglich zu vernutzen und zu sortieren nach: Verwertbarkeit innerhalb einer psychiatrischen Anstalt, innerhalb einer Werkstatt für Behinderte, einer Selbsthilfefirma oder auf dem freien Arbeitsmarkt.

Mit dem Ausbau der Arbeitstherapie

soll die Psychiatrie die Aufgabe übernehmen, einen besonderen Arbeitsmarkt ohne tarifliche Rechte zu schaffen, der dann auf den allgemeinen Arbeitsmarkt drückt. Immerhin ist es in Lüneburg z.B. heute schon möglich, daß acht psychisch kranke Frauen bei Lucia vier Stunden pro Tag arbeiten. Sie werden nach Stücklohn bezahlt (78 Pf. pro Pullover, aus dem sie die Fäden zupfen müssen, 10 bis 15 Stück schaffen sie am Vormittag) und bringen es auf einen Monats„lohn“ von 200 bis 230 DM.

Diese Art Perspektive der „Wiedereingliederung“ läßt jedes Kapitalistenherz höher schlagen. – (mas)

Beurteilungsbogen über die Tätigkeit in der AT

Name: _____ geb. am: _____ Station: _____

AT-Einrichtung: _____ seit: _____ 19 _____ Monat: _____ Jahr: _____

1) ANWESENHEIT:
regelmäßig 5 P. unregelmäßig 2 P. unzureichend 0 P. _____ Punkte

2) ARBEITSHERREITSCHAFT:
gut 4 P. mäßig 2 P. gering 1 P. _____ Punkte

3) SOZIALVERHALTEN:
angemessen 5 P. kontaktfähig 4 P. kontakgestört 2 P. isoliert 0 P. _____ Punkte

4) ARBEITSAUSSICHTUNG:
gut 4 P. fehlerhaft 2 P. unbrauchbar 0 P. _____ Punkte

5) ARBEITSMENGE:
viel 4 P. durchschnittlich 3 P. wenig 1 P. _____ Punkte

ANMERKUNG: _____ Gesamtpunktzahl: _____ Punkte

Im Krankheitsfall wird die Arbeitsentlohnung für 10 Arbeitstage weitergezahlt.
Bei eventuell auszusprechenden Prämien werden Sie berücksichtigt, wenn Sie in den vorausgegangenen 4 Wochen regelmäßig zuwesend waren.
Sollten Sie in diesem Zeitraum mehr als 2 Tage unentschuldigst gefehlt haben, entfällt für Sie die Prämie.

2 — 7 Punkte: = 5 DM
8 — 9 Punkte: = 10 DM
10 — 12 Punkte: = 20 DM
13 — 14 Punkte: = 30 DM
15 — 16 Punkte: = 35 DM
17 — 18 Punkte: = 40 DM
19 — 20 Punkte: = 45 DM
21 Punkte: = 50 DM
22 Punkte: = 60 DM

Therapieerfolg besprochen: Summe _____ DM

Unterschrift des Patienten: _____ Unterschrift des Therapeuten: _____

Diese Art Beurteilungsbogen ist selbst im Forschungsbericht umstritten.

Dokumentiert

Forschungsbericht: Auszüge aus der Bestandsaufnahme

Untersucht werden in dem Forschungsbericht 19630 Arbeitstherapieplätze in 74 Psychiatrischen Krankenhäusern, damit sind 75% aller psychiatrischen Krankenhausbetten in der BRD erfaßt.

Die in der Arbeitstherapie angebotenen Arbeiten sind zu 54% krankenhausbezogen und zu 46% Fremdaufträge. Sowohl die krankenhausbezogenen Arbeiten als auch die Arbeiten an Fremdaufträgen sind in der ganz über-

wiegenden Zahl einfachste Dienstleistungen (in der Küche, auf den Stationen, Hofkolonne, Handlangerdienste in den Regiebetrieben etc.) bzw. Montage-, Verpackungs- und Sortiertätigkeiten.“ (S. 15)

Bundesweit erhalten 75% der Patienten nicht mehr als 60 bis 65 DM/Monat und 90% nicht mehr als 90 bis 95 DM/Monat. (S. 18)

Über eine „Erhöhung der möglichen Arbeitsbelohnung (sollen) stärkere Motivationsanreize“ geschaffen werden. (S. 54) Um „die Motivationsfunktion des Geldes“ zu erhalten, soll das Arbeitsentgelt niedriger sein als in weiterführenden Reha-Einrichtungen, insbesondere der Werkstatt für Behinder-

te. (S. 18)

„Viele Langzeitpatienten werden auf Dauer arbeitstherapeutisch behandelt. Damit stellt sich die Frage, inwieweit ein Beschäftigungsverhältnis entsteht.“ Nur bei 569 von 19630 Patienten werden Beiträge zur Sozialversicherung gezahlt. (S. 19) „Tarifvertragliche Regelungen existieren nirgends.“ (S. 20) Geprüft werden soll, „inwieweit die Patienten für das Krankenhaus wirtschaftlich nützliche Arbeit erbringen. Damit eröffnet sich die Chance, wirtschaftlich nützliche Arbeit sich vom Krankenhaus angemessen honorieren zu lassen, allerdings ohne Konkurrenz zum Personal des Krankenhauses.“ (S. 58)

Gegen die Rehabilitierung des NS-Psychiaters Carl Schneider

Klaus Dörner, langjähriger Vorsitzender der DGSP (Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie) ruft dazu auf, ... daß wir es alle bitter nötig haben, Carl Schneider wiederzulesen, um seine theoretischen sowie seine praktischen Positionen und Erfahrungen zu beerben und für unsere Zeit, die immer noch so gern das „Ganzheitliche“ im Munde führt, zu übersetzen und nutzbar zu machen.“ (1) Dörner hat sich angesichts der Massenarbeitslosigkeit neu mit dem NS-Psychiater Dr. Carl Schneider beschäftigt und propagiert ihn. Das Prinzip der Schneider'schen Arbeitstherapie ist die Unterdrückung jeder Art abweichenden Verhaltens durch Arbeit. Das geht soweit, daß er bei nächtlichen Erregungszuständen „die Arbeit am Waschtrog“ (2, S. 182) verordnet. Zum Funktionieren bringt Schneider seine Arbeitstherapie über anfangs intensive Zuwendung des gesunden Personals und durch ausgeklügelte Gruppenzusammensetzung, die den Patienten jeden Zusammenschluß unmöglich macht. Die Sorte „Zuwendung“ beschreibt er näher: „Die Bedeutung der Bekämpfung asozialer Erscheinungen ... verhilft dem tieferen Bedürfnis aller Menschen nach Führung durch den Stärkeren, durch den reicher Veranlagten und Begabteren zum Durchbruch. Dadurch aber verschafft sie einer höchst ethischen Forderung im zwischenmenschlichen Verkehr auch in den Irrenanstalten Geltung, der Gefolgschaft der Führungsbedürftigen gegenüber einem Führungsfähigen.“ (2, S. 189) Tritt irgendwo unerwünschtes Verhalten auf, wird der Patient einer anderen Gruppe zugeordnet. Wünsche von einzelnen werden nicht berücksichtigt, nur „wenn sie im nächsten Augenblick für die gesamte Belegung durchgeführt werden

können. Selbst das Individualisieren in der Behandlung findet im grundsätzlichen Rahmen der allgemeinen Ordnungen seine Grenze.“ (2, S. 194) So ist z.B. individuelles Lesen nicht erlaubt, nur das Vorlesen in Gruppen. „Sie (die Irrenheilkunde) überträgt nur die Grundsätze der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik auf das kleine Gebiet der Irrenpflege.“ (2, S. 192) Wer nicht für Volk und Vaterland und den Endsieg arbeiten will oder kann, wird umgebracht. Das Arbeitszucht haus für psychisch Kranke betreibt Schneider nicht „aus Mitleid oder Fürsorge, sondern aus ärztlicher Erkenntnis der biologischen Notwendigkeit“. (2, S. 190) Zur „biologischen Notwendigkeit“ gehört für den Nazi-Psychiater, daß die Kranken keinen Pfennig Lohn für ihre Arbeit bekommen, weil „in der ärztlichen Anwendung Arbeit ein Heilmittel sei und für Heilmittel will niemand Entlohnung.“ (2, S. 177) Dazu gehört auch, daß nur der Starke, Leistungsfähige verdient zu leben.

Daß ausgerechnet Dörner, der immerhin einiges unternommen hat, um

die Verbrechen der Faschisten an den psychisch Kranken aufzudecken, der an den Forderungen nach Wiedergutmachung für die Opfer der Nazi-Verbrechen festhält, Carl Schneider als „genialen Therapeuten“ und „modernen ökologischen Systemtheoretiker“ bezeichnet, zeigt, wie schwach heute die Kritik an der faschistischen Gesundheitspolitik entwickelt ist und wo die Aufgaben der Antifaschisten im Gesundheitswesen liegen.

Quellenhinweis: (1) Klaus Dörner, Klassische Texte – neu gelesen. Carl Schneider: Genialer Therapeut, moderner ökologischer Systemtheoretiker und Euthanasie-Mörder, in: Psychiatrische Praxis 13/1986; (2) Carl Schneider, Behandlung und Verhütung der Geisteskrankheiten, Berlin 1939; (3) Ernst Klee, „Euthanasie“ im NS-Staat, Frankfurt am Main 1985; (4) Karl-Heinz Roth, Erfassung zur Vernichtung, Berlin 1984.

Literaturempfehlung zum Thema. Gerhard Baader, Ulrich Schultz, Medizin und Nationalsozialismus, Dokumentation des Gesundheitstages Berlin 1980, Berlin 1983; Benno Müller-Hill, Tödliche Wissenschaft, Reinbek 1984; Michael Wunder, Sie nennen es Fürsorge, Berlin 1982 – (mas)

Arbeitsabteilung	Für Lohnarbeit (Ersparnis an Arbeitslöhnen)					Für hergestellte Waren nach Abzug des Materialwertes				
	1934 RM.	1935 RM.	1936 RM.	1937 RM.	Sa. RM.	1934 RM.	1935 RM.	1936 RM.	1937 RM.	Sa. RM.
Bautruppi . . .	6930	11020	1200	2326	21476	—	—	—	—	—
Buchbinderei . .	—	—	—	—	—	100	130	247	195	672
Flechtere . . .	—	—	—	—	—	118	118	92	287	615
Gärtner . . .	1650	3100	3884	4069	12703	—	—	—	—	—
Polsterei . . .	—	340	284	252	876	—	—	—	—	—
Schreiner . . .	—	379	—	—	379	163	95	123	1292	1673
Schuhmacherei . .	—	—	—	—	—	128	300	235	258	921
Weberei . . .	—	—	—	—	—	443	563	556	1866	3428
Weibl. Handarb.	1350	786	845	574	3555	40	697	354	476	1567
Schneiderei . . .	—	237	100	250	587	—	—	—	—	—
				Zus.	39606				Zus.	8876
									Lohnarbeit	39606
									Summe aus der Arbeitstherapie	48482
									Dazu Arznersparnis etwa	4000 ; 5000 ; 3700 ; 3900
									Erfolg im ganzen (in 4 Jahren)	65082
									Erfolg in 1 Jahr im Durchschnitt rund	16250

Heidelberger Klinik: wirtschaftliche Ergebnisse der Arbeitstherapie. (1, S. 117)

Wer war Carl Schneider? Einiges zu seinem Wirken

Schon 1930 setzt sich Dr. Carl Schneider als Leitender Medizinalrat der Betheler Anstalten für die Verhinderung der Fortpflanzung „Untüchtiger“ ein. Er verteidigt das Sterilisierungsgesetz „als verantwortlicher Versuch, eine neue Zeit mit neuen Menschen zu versehen“. Der Kranke, „der Abnorme ... könne nicht in den Staat eingegliedert werden, weil er in dieser ‚Gesinnungsgemeinschaft‘ zu keiner ‚lebendigen Betätigung‘ fähig sei.“ (3, S. 40)

C. Schneider ist einer der 49 T4-Gutachter, die mindestens 75000 Psychiatrie-Patienten zur Ermordung freigaben. Er läßt es sich nicht nehmen, die Begutachtung der Betheler Patienten selbst vorzunehmen, obwohl er längst Ordinarius in Heidelberg ist.

(3, S. 324)

C. Schneider hat mitgewirkt bei den Vorbereitungen für das Euthanasie-Gesetz. Einer seiner Vorschläge: statt Euthanasie-Gesetz soll es verdeckter „Gesetz über die Sterbehilfe“ heißen. In bezug auf arbeitsfähige Patienten führt er aus: „... der Begriff der Verwahrung sei dahingehend auszulegen, daß er nicht anzuwenden sei auf Unheilbare, die sozial wertvolle, insbesondere für die Volkswirtschaft wertvolle Arbeit in der Anstalt leisten.“ (4, S. 148)

In der Forschungsanstalt Wiesloch/Heidelberg will C. Schneider als Leitender Arzt den wissenschaftlichen Beweis antreten, daß Idiotie auf fehlende Gehirnteile zurückzuführen sei und will angeborenen vom nichterblichen Schwachsinn unterscheiden. Zu diesem Zweck braucht er viele Gehirne,

die er untersuchen kann. Ständig fordert er neues „Material“. Gestützt auf das Euthanasie-Gesetz muß er auch nicht den natürlichen Tod eines „Schwachsinnigen“ abwarten, um das Gehirn sezieren zu können. (3, S. 397ff)

Auch als Wehrpsychiater hat C. Schneider sich hervorgetan. Im Mai 1944 fordert er wegen „Zersetzung der Wehrkraft“ die strafrechtliche Verfolgung von psychisch kranken Soldaten, die sich gegen seine drastischen Behandlungsmethoden, z.B. Elektroschocks, wehren: „Richtig erscheint es, das Widerstreben gegen die ärztliche Therapie und den mangelnden Gesundheitswillen während der Therapie unter Strafe zu stellen ...“ Als Strafe fordert er die Versetzung in eine Feldsonderabteilung oder Konzentrationslager. (3, S. 364)

Eine eigene Schule für Körperbehinderte und sogenannte Geistigbehinderte – nach wie vor uneingelöste Forderung

Über zwölf Jahre ist es her, daß eine Gruppe von Eltern, Lehrern und Hochschullehrern darauf gedrängt hat, daß behinderte Kinder das einzige Recht durchsetzen, was sie mit nicht behinderten Kindern gemeinsam haben – nämlich ihr Recht auf Schulbildung in einer staatlichen Schule. Auf dieser Grundlage entstand 1976 die Vereinbarung zwischen Lebenshilfe und Landkreis über die Errichtung einer Sonderschule G.

Vom 1. August 1976 an existierte diese Schule mit der Genehmigung der Bezirksregierung als Ganztagschule.

Bereits 1983 erfuhren Schulaufsicht, Bezirksregierung und Landkreis von der wachsenden Schülerzahl und der damit verbundenen Raumenge der Sonderschule G. Und spätestens im Juni 1984, seit der öffentlichen Veranstaltung der GEW unter dem Thema „Schul- und Bildungspolitik im Brennpunkt“, wußten die Politiker aller Parteien von den unzumutbaren Lehr-

und Lernbedingungen an der Sonderschule G. Es fehlte an Klassenräumen für den Fachunterricht, Räumen für Sprachtherapie, für Förderunterricht, die Bibliothek und für Lernmittel. Insgesamt fehlten rund 1000 Quadratmeter Klassenraumfläche, so daß die Schule mit der Hälfte des Schulraums auskommen mußte, den die niedersächsischen Schulbaurichtlinien für Sonderschulen G vorschreiben. Neue Schüler konnten an sich nicht mehr aufgenommen werden.

Was ist seitdem geschehen? Im uralten provisorischen Benediktgebäude stürzte eine Decke ein, die Schüler konnten gerade noch rechtzeitig geborgen werden. Seit Jahren wiesen Mitarbeiter immer wieder auf Ausdünstungen am gleichen Gebäude hin, da sie und die Schüler unter schubweisen Augenentzündungen und Anschwellen der Schleimhäute litten. Die Art der Messungen durch das Gesundheitsamt – was auch dem Landkreis unterstellt

ist – ergab natürlich keinerlei Nachweis über gesundheitsschädigende Baumaterialien.

In mehr als sechs Sitzungen des Kreisschulsausschusses wurde das Raumproblem der Sonderschule „erörtert“. Etliche Scheinlösungen bis hin zu Almosenverteilungen und – uneingelöst – Versprechungen des ehemaligen Oberkreisdirektors Harries sollten die Gemüter von Eltern und Mitarbeitern beruhigen, konnten aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß man sich sehr schwertut, für ein derartiges „Schülerklientel“ zu investieren. Dieselben Politiker sind sich aber einig, daß sechs Millionen Bundes- und Landesmittel beim Neubau des ostpreußischen Landesmuseums, in dem Arbeitsdienst und Göringsche Jagdtrophäen glorifiziert werden, gut angelegt sind.

Für die Sonderschule G mußte hingegen bisher jede kleinste Verbesserung bitter erkämpft werden. Und auch das Versprechen des Landkreises, daß 1990 (!) die Sonderschule G ins umgebaute BBS III-Gebäude umsiedeln kann, glauben wir erst, wenn der Unterricht für alle Schüler dort unter einem Dach tatsächlich stattfindet.

Arbeitstherapie – was Gesunde krank macht kann Kranke nicht gesund machen

In den letzten zwei bis drei Jahren wurde Arbeitstherapie, d.h. gezielte Anwendung von Arbeit zur Behandlung psychischer Erkrankungen, zu einem zentralen Thema von Fachtagungen und Veröffentlichungen gemacht. Inzwischen wird überall in psychiatrischen Einrichtungen die Ausweitung der Arbeitstherapien diskutiert und geplant.

Arbeit, so die begründende These für Arbeitstherapie, sei „elementarer Bestandteil seelischer Aktivität und Gesundheit“. (1) Diese These ist unhaltbar. Sie widerspricht der tagtäglichen Erfahrung, insbesondere der Lohnarbeiter, mit den Auswirkungen ihrer Arbeit, die sich keineswegs in „psychischer Aktivität und Gesundheit“ ausdrücken. Vielmehr haben arbeitsbedingte Erkrankungen und Gesundheitsverschleiß ein solches Ausmaß erreicht, daß über die Hälfte der Arbeiterinnen und Arbeiter wegen Krankheit, zunehmend auch psychischer Erkrankungen, vor Erreichen des Rentenalters aus dem Arbeitsprozeß ausscheiden muß. (2)

Unhaltbar wie die Ausgangsthese sind nach den Erkenntnissen der Arbeitsmedizin die „Wesensbestandteile“ der Arbeit, denen zufolge Arbeit für psychisch Kranke heilsam sein soll, letztlich Arbeit gleich welchen Inhalts und unter welchen Arbeitsbedingungen: Dörner faßt zusammen, daß Arbeit „nicht nur Verdienst des Lebens-

unterhaltes bedeutet, sondern auch dem Tag eine Zeitstruktur gibt, die sozialen Beziehungen über die Intimsphäre hinaus erweitert, Selbstvertrauen über die Zugehörigkeit zu einem Leistungskollektiv vermittelt, einen sozialen Status zuweist und die persönliche Identität klärt.“ (3) Die Einkommenshöhe, demnach von untergeordneter Bedeutung, bestimmt nach einer Untersuchung von A. Kornhauser über Automobilarbeiter in den USA 1965 als eine der fünf wichtigsten Arbeitsbedingungen entscheidend den Grad psychischer Gesundheit. Daß Tagesstrukturierung durch Arbeit gesund sein soll, ist nicht nur angesichts der Folgen von Akkord-, Nacht- und Schichtarbeit eine zynische Behauptung. Den Zusammenhang zwischen der „inneren“ Strukturierung der Arbeit und der Häufigkeit psychischer Beschwerden haben H.-D. Seibel und H. Lühring in ihrer Studie „Arbeit und Gesundheit“ von 1984 nachgewiesen: „Ein hohes Maß an Fremdbestimmtheit von Arbeitsgeschwindigkeit, und Arbeitsablauf durch eine enge Überwachung am Arbeitsplatz und unmittelbare Abhängigkeiten von der Produktionstechnologie stehen ebenso wie detaillierte vorstrukturierte und partialisierte Arbeitsaufgaben im Zusammenhang mit einer überdurchschnittlich schlechten psychischen Gesundheit.“ (4) Von denselben Bedingungen ist die Qualität (von der nicht gesprochen

wird) der sozialen Beziehungen abhängig. Was bei Dörner so wenig auftaucht wie bei vielen anderen ist die Bedeutung des Arbeitsinhaltes für psychische Gesundheit. Der niederl. Arbeitswissenschaftler Abholz, Seibel/Lühring wie Kornhauser kommen aber zu dem Ergebnis, daß monotone Tätigkeiten mit geringem Entscheidungsspielraum in höchstem Maß psychische Störungen bedingen, und daß die psychische Gesundheit umso besser ist, je höher die Komplexität, die qualifikatorischen Anforderungen und die eigenen Kontrollmöglichkeiten über den unmittelbaren Arbeitsvollzug sind. (5)

Die genannten Untersuchungen weisen insgesamt nach, daß die Arbeitsbedingungen einen ursächlichen Faktor für psychische Erkrankungen ausmachen.

Quellen: (1) Bernd Eikermann in: Tagungsband 37. Gütersloher Fortbildungswoche, 1985; (2) Gesundheit der Nation, KiWi 1986, S. 37; (3) Klaus Dörner in: Tagungsband, Einführung; (4) Zit. nach: Wenn Du arm bist, mußt Du früher sterben, VSA Hamburg, 1., 86, S. 73; (5) Ebd., S. 69–73 – (ulb)

Herausgegeben von der Ortsgruppe Lüneburg der Volksfront. Dieses Volksfront-Informationen Extra wurden erstellt von an der Behindertenpolitik Interessierten in und außerhalb der Volksfront.

Erscheinungsdatum: 19. März 1987



Volkszählungs-Notstand

Die Kampagne der Bundesregierung zur Durchsetzung der Volkszählung entwickelt sich mehr und mehr zu einer großangelegten Notstandsübung. Büros der Grünen und anderer Gegner der Volkszählung werden von der Polizei heimgesucht, hohe Bußgelder verhängt, Telefone gesperrt, Strafverfahren eingeleitet, ohne daß sich dagegen

großer öffentlicher Widerstand regt. Das bestärkt die Regierung in ihrer Hoffnung, die weitgehend von liberalen und grünen Ideen geprägte Boykottbewegung isolieren und schlagen zu können. Zu der dringenden Frage, mit welchen Mitteln die politische Front gegen die Volkszählung gestärkt und die Boykotteure geschützt werden können, kommt eine weitere: Wie weiter nach der Volkszählung?

EG-Imperialisten gegen den kurdischen Befreiungskampf

Der Antrag der türkischen Regierung auf Vollmitgliedschaft in der EG und der fast zeitgleich eingereichte Antrag auf Vollmitgliedschaft in der WEU eröffnet den westeuropäischen Imperialisten die Aussicht, über die Türkei ihren Einfluß im Nahen Osten sowohl politisch wie militärisch in nächster Zeit bedeutend auszuweiten. Aber: Diese Expansion kann nur gelingen, wenn vorher die türkische Regierung den kurdischen Befreiungskampf niederwerfen kann. Die gewaltsame „Befriedung“ der kurdischen Gebiete wird damit zu einer „europäischen Aufgabe“. Wie wollen die westeuropäischen Imperialisten vorgehen, und was plant die türkische Regierung?



Faschistenzentrum

Seit November 1986 kämpfen Antifaschisten für die Schließung des Zentrums der Nationalistischen Front in Bielefeld. Obwohl Ratsbeschlüsse gegen die NF als Nachfolgeorganisation der NSDAP durchgesetzt wurden, können die Faschisten weiterhin unter Polizeischutz ihre Versammlungen abhalten, während die Polizei Antifa-

schisten sechs Stunden lang einkesselt. Die CDU will eine „Initiative für den Rechtsstaat“ gegen „Links- und Rechtsradikalismus“ gründen – unter Ausschluß der Grünen und weniger, um was gegen die Faschisten als gegen die Autonomen zu unternehmen. Die Grünen wollen erneut die Anwendung des Art. 139 GG zur Unterbindung von Nazi-Treffen anwenden. Wie verhält sich die SPD?

Was den Kapitalisten nach dem Tarifabschluß vorschwebt

Wer die Bewertungen des Tarifabschlusses in der Metallindustrie liest, dem entgeht kaum das händerreibende Schmunzeln der Kapitalisten. Wir wollen zusammenstellen, was ihnen jetzt in den nächsten drei Jahren Tarifrufe mit den vereinbarten Regelungen an Rationalisierungen und längerer Betriebsnutzungszeit alles möglich dünkt. Mit welchen Modellen für Saisonarbeit, Schichtsysteme, Samstagsregelungen werden sie in den nächsten Monaten an die Betriebsräte herantreten? Untersuchungen über die Einkommensentwicklung deuten darauf hin, daß die Lohnvereinbarung nicht bloß wegen der enthaltenen Möglichkeit der Reallohnsenkung über Inflation zu kritisieren ist.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten
– erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte erscheinen vierzehntäglich, Preis pro Heft:

- Chemie und übrige Industrien 0,50 DM
- Handel, Banken, Versicherungen 0,80 DM

Herausgeber

Bundesvorstand des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5 Köln 1, Zulpicher Straße 7

Tel.: 0221/21 64 42

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft

Politische Berichte m.b.H.

5 Köln 1, Zulpicher Straße 7

Tel.: 0221/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich:

Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – Nachrichten, Analysen, Protokolle. 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie –

Nachrichten Stahl- und Metallindustrie. 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik – Nach-

richten, Analysen, Mitteilungen. 1,20 DM

Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft Medien in der Volksfront. 0,50 DM

Arbeitsgemeinschaft Jugend, Militär, Gefängnisse –

Nachrichten Jugend, Militär, Gefängnisse. 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheits-

politik – Informationsdienst Gesundheitspolitik.

1,20 DM

Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte.

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 45,50 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 91,- DM. Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft

Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7

GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg

Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin

Helmstr. 8, 1000 Westberlin 62

GNN Verlag Niedersachsen/Bremen

Große Düwelstr. 55, 3000 Hannover 1

BWK Nordrhein-Westfalen

Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg

Waldparkstr. 9, 6800 Mannheim 1

GNN Verlagsgesellschaft Bayern

Gerhardstr. 18a, 8000 München 40

Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Brigitte Düring, Martin Fochler, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/216442

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/21 16 58 Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Siegmund Elgehausen, Wolfgang Müller; für Aus Verbänden und Parteien: Ullrich Detjen; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Sozialstatistik, Spezialberichte: Alfred Küstler Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei Vierteljährlich: Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD (A), FAU-R, KG (NHT), PA, VSP.